BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
20. Wahlperiode

Plenarprotokoll 20/57
11.04.2013

57. Sitzung

Donnerstag, 11. April 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel, Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilung des Präsidenten
Fortsetzung der **Tagesordnung** 4367

Senatsmitteilung:

Rahmenkonzept Medienkompetenzförderung in Hamburg und Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 4. Mai 2011 "Medienkompetenz durch Medienführerschein erhöhen" (Drucksache 20/410)
– Drs 20/7358 – 4367

Hansjörg Schmidt SPD 4367
Andreas C. Wankum CDU 4368
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE 4369, 4372
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP 4369
Kersten Artus DIE LINKE 4370
Lars Holster SPD 4371

Beschluss 4372

Senatsmitteilung:

Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 9. Februar 2012 "Interkulturelle Kompetenz in den gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs" (Drucksache 20/3016)
– Drs 20/7360 – 4372

Sylvia Wowretzko SPD 4372
Hjalmar Stemmann CDU 4373
Heidrun Schmitt GRÜNE 4374
Dr. Wieland Schinnenburg FDP 4375, 4380
Cansu Özdemir DIE LINKE 4376
Cornelia Prüfer-Storcks, Senatorin 4377
Kazim Abaci SPD 4379
Nikolaus Haufler CDU 4380

Beschluss 4381

Antrag der FDP-Fraktion:

Bessere Beachtung des Datenschutzes durch Behörden und Landesbetriebe
– Drs 20/7414 – 4381

Finn-Ole Ritter FDP 4381, 4385
Urs Tabbert SPD 4382
Ralf Niedmers CDU 4383
Farid Müller GRÜNE 4384

Christiane Schneider DIE LINKE 4385

Beschlüsse 4386

Antrag der CDU-Fraktion:

Keine Abstriche beim Schutz des Kindeswohls hinnehmen – unverzügliche Nachbesetzung freier Stellen in den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) sicherstellen!
– Drs 20/7424 – 4386

dazu

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

Nachbesetzung freier Stellen in den Bezirken – nicht bei Angeboten für Kinder und Familien sparen!
– Drs 20/7570 – 4386

und

Antrag der SPD-Fraktion:

Kinderschutz hat Priorität – Stärkung der ASD in Hamburg weiter vorantreiben
– Drs 20/7595 – 4386

Christoph de Vries CDU 4386
Frank Schmitt SPD 4388
Christiane Blömeke GRÜNE 4389
Finn-Ole Ritter FDP 4391
Tim Golke DIE LINKE 4392
Dr. Peter Tschentscher, Senator 4393
Dietrich Wersich CDU 4394
Anja Hajduk GRÜNE 4394

Beschlüsse 4395

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

Westerweiterung des Hafens – vorhandene Potenziale nutzen, bevor neue Kapazitäten geschaffen werden!
– Drs 20/7420 – 4395

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE 4395, 4405
Jan Balcke SPD 4397, 4407
Olaf Ohlsen CDU 4398, 4405
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP 4399, 4406
Norbert Hackbusch DIE LINKE 4400, 4406
Frank Horch, Senator 4402

Beschluss 4407

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

NSU-Terror und Behördenversagen: Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Aufklärung
– Drs 20/7402 – 4407

Christiane Schneider DIE LINKE 4407, 4416
Ekkehard Wysocki SPD 4410
Kai Voet van Vormizeele CDU 4412, 4416
Antje Möller GRÜNE 4413, 4418
Zwischenbemerkung von Ekkehard Wysocki SPD 4413
Carl-Edgar Jarchow FDP 4414
Dora Heyenn DIE LINKE 4415
Dr. Andreas Dressel SPD 4417

Beschluss 4418

Antrag der CDU-Fraktion:

Eintrittsermäßigung für ältere oder dauerhaft erwerbsgeminderte Hamburgerinnen und Hamburger mit geringem Einkommen bei der igs 2013
– Drs 20/7233 – 4418

dazu

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

Eintrittsermäßigung für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien bei der igs hamburg 2013
– Drs 20/7573 – 4418

und

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Nicht ungleich behandeln, was gleich ist, Eintrittsermäßigungen bei der igs für alle Hamburgerinnen und Hamburger mit wenig Einkommen
– Drs 20/7580 (Neufassung) – 4418

Beschlüsse 4418

Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben
– Drs 20/7311 – 4418

Beschlüsse 4418

Sammelübersicht 4419

Beschlüsse 4419

Große Anfrage der CDU-Fraktion:

Personaleinsparungen 2012
– Drs 20/6717 – 4419

Beschlüsse 4419

Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:

Kapazitäten der Hamburger S- und U-Bahnen
– Drs 20/6815 – 4419

Beschlüsse 4419

Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:

Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg und die Ausbildungsvorbereitung AvDual
– Drs 20/6934 – 4419

Beschluss 4419

Große Anfrage der CDU-Fraktion:

Schattenhaushalte und Tresorschlüssel für alle – Wie steht es um die Buch- und Kassenführung der Stadt?
– Drs 20/6936 – 4419

Beschlüsse 4419

Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:

Runder Tisch Sexuelle Dienstleistungen: Gegenwärtiger Stand der Umsetzung der Ergebnisse
– Drs 20/6937 – 4419

Beschluss 4419

Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:

Sportberichterstattung im öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk
– Drs 20/7083 – 4420

Beschlüsse 4420

Senatsantrag:

Haushaltsplan 2011/2012 Neustrukturierung des Hamburger Justizvollzuges: Aufhebung der Sperre gemäß § 36 LHO sowie Änderung der Haushaltsplanung 2012
– Drs 20/4930 – 4420

Beschluss 4420

Senatsantrag:

Abkommen über die gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung (DZIF) und Abkommen über die gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Herz-Kreislaufforschung (DZHK)
– Drs 20/7330 – 4420

Beschlüsse 4420

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/6437:

Ankaufsrecht an einem Teil des Grundstücks Alter Wandrahm 17/18 (Senatsantrag)
– Drs 20/7344 – 4420

Beschlüsse 4420

Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 20/6032:

Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014, Einzelplan 3.1, Kapitel 3150 – Keine leeren Versprechen: Ausbildungsgarantie jetzt! (Antrag DIE LINKE)
– Drs 20/7386 – 4420

Beschluss 4420

Antrag der GRÜNEN Fraktion:

Ganztägige Bildung und Betreuung – Betroffene mitnehmen und endlich Planungssicherheit schaffen!
– Drs 20/7221 – 4421

zurückgenommen 4421

Antrag der CDU-Fraktion:

Der SPD-Senat muss Verantwortung für die 149 Millionen Euro Mehrkosten durch die Tariferhöhung übernehmen – Die Bürgerschaft verlangt Transparenz und ein Handlungskonzept
– Drs 20/7399 (Neufassung) – 4421

Beschluss 4421

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Bessere Qualität in den Kitas für alle Kinder
– Drs 20/7405 – 4421

Beschlüsse 4421

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Rundfunkbeitrag sozial gestalten
– Drs 20/7406 – 4421

Beschlüsse 4421

Antrag der SPD-Fraktion:

Sanierungsfonds Hamburg 2020: Sanierungsoffensive für unsere Freiwilligen Feuerwehren
– Drs 20/7422 – 4421

Beschlüsse 4421

Beginn: 16.29 Uhr

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Nach der eindrucksvollen Rede des Bundestagspräsidenten sind wir wieder im parlamentarischen Alltag. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir gleich mit den Debattenbeiträgen beginnen, möchte ich zunächst noch Geburtstagsglückwünsche aussprechen. Diese richten sich zum einen an die Kollegin Bekeris und zum anderen an den Kollegen Finn-Ole Ritter. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 auf, Drucksache 20/7358, Senatsmitteilung: Rahmenkonzept Medienkompetenzförderung in Hamburg und Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 4. Mai 2011 "Medienkompetenz durch Medienführerschein erhöhen".

[Senatsmitteilung:
Rahmenkonzept Medienkompetenzförderung in Hamburg und Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 4. Mai 2011 "Medienkompetenz durch Medienführerschein erhöhen" (Drucksache 20/410)
– Drs 20/7358 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien sowie mitberatend an den Schulausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Schmidt hat das Wort.

Hansjörg Schmidt SPD:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin meiner Fraktion unendlich dankbar, dass wir im Anschluss an die Rede von Herrn Lammert zum 80. Jahrestag des Ermächtigungsgesetzes das Thema Medienkompetenz auf die Tagesordnung gesetzt haben. Pressefreiheit, Medienkompetenz, freie Medien und ein freies Internet sind das größte Gegengewicht zu totalitären Regimen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist kein Wunder, dass China, der Iran und leider auch Russland mit Filtersperrsystemen versuchen, die Meinungsfreiheit und den Zugang zu Informationen im Internet einzuschränken. Und es ist eine Schande, dass deutsche Unternehmen sich an diesen Unterdrückungsmechanismen beteiligen. Es wird Zeit, dass der Gesetzgeber hier etwas unternimmt.

Die Welt ist komplexer geworden, und durch die Digitalisierung sind die Medienangebote vielfältiger geworden. Digitale Medien sind nicht länger nur eine technische Plattform, sondern integraler Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Medienkompetenz als Kulturtechnik im Sinne einer Digital Literacy hilft den Menschen, aus der Flut der Informationen die richtigen auszusortieren und die Möglichkeiten der Digitalisierung in die eigene Welt einzuordnen. Wir Sozialdemokraten wollen eine Medienkompetenzförderung, die Partizipation als Prinzip versteht, den sicheren Umgang mit sämtlichen Medienformaten vermittelt, die informationelle Selbstbestimmung fördert und allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe sichert.

(Beifall bei der SPD)

Das hier vorliegende Rahmenkonzept Medienkompetenzförderung ist so ein Gesamtmaßnahmenpaket. Es stellt in seinen sechs Handlungsfeldern sehr gut die Bestandsaufnahme zur Medienkompetenzförderung in Hamburg dar. Welche Angebote gibt es und an wen richten sie sich, welche Medien stehen im Vordergrund, welche Strukturen gibt es, wer sind die Akteure und vor allem, wo gibt es Handlungsbedarf? Hamburg hat mit dem Rahmenkonzept eine in Deutschland einzigartige Grundlage für die Medienkompetenzförderung geschaffen. Andere Bundesländer schauen auf uns, denn hier wird gute Arbeit geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg ist eine Stadt mit erfolgreichen Medien- und IT-Unternehmen und vielen Kreativen. Dies fällt aber nicht vom Himmel, hierfür braucht es eine Basis. Mit dem Rahmenkonzept sorgen wir dafür, dass die Grundlage für diesen Erfolg weiter befruchtet wird. Die Begeisterung der Menschen für die Medien- und IT-Welt schaffen wir aber nur, wenn wir in der öffentlichen Diskussion endlich aufhören, immer nur den Teufel an die Wand zu malen. Wir brauchen eine Medienkompetenzförderung der Befähigung und nicht der Warnung. Es wird Zeit, dass bestimmte Richtungen in Politik und auch in den Medien bei diesem Thema nicht immer nach der großen Schlagzeile gieren. Gerade in der Debatte um die Nutzungsgewohnheiten sollte die Generation Plattenladen aufhören, der Generation YouTube den eigenen Lebensstil als Maß aller Dinge vorzuschreiben. Das hat vorher schon bei der Generation Transistorradio nicht funktioniert.

(Beifall bei der SPD)

Das hier vorliegende Konzept findet das richtige Maß aus Abwägung und Begeisterung. Dies liegt sicherlich auch an der Entstehung. Dieses Konzept ist eben nicht in Top-down-Manier in den Behörden aufgesetzt worden, sondern gemeinsam von der Verwaltung mit den Akteuren aus der Medien- und Bildungsszene entwickelt worden. Dass angesichts der Heterogenität der Szene am Ende ein gemeinsames Papier herausgekommen ist, ist nicht

(Hansjörg Schmidt)

selbstverständlich, deshalb gilt unser Dank allen Mitwirkenden.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte hier insbesondere das Mediennetz Hamburg hervorheben. Mit dem Mediennetz Hamburg haben wir ein Juwel der Medienbildung in unserer Stadt. Hier wird sehr wertvolle Arbeit geleistet, und die unterschiedlichen Richtungen werden zusammengeführt, denn Medienpolitik als Gesellschaftspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Hier zeigt sich deshalb auch, dass es richtig war, dass wir das Amt für Medien in die Senatskanzlei geholt haben. Wir haben ein Kompetenzzentrum und eine Koordinierungsstätte geschaffen, die auch auf Augenhöhe mit den anderen Behörden agiert. Das ist die Handschrift der SPD.

(Beifall bei der SPD – *Jörg Hamann CDU:* Davon sieht man aber bis jetzt nichts!)

Engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden haben neben den freien Akteuren genauso zum Gelingen beigetragen. So hat zum Beispiel Frau Beck im Amt für Medien den ganzen Prozess fabelhaft koordiniert, und deshalb gilt auch ihr unser aller Dank.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte jetzt nicht auf die Details der 30 Seiten des Konzepts eingehen, sondern an dieser Stelle nur einen einzigen Punkt hervorheben, den wir auch in unserem Bürgerschaftsantrag damals hervorgehoben haben. Endlich wird nun die Medienausbildung in der Lehrerausbildung verbindlich verankert. Hier holt der SPD-Senat etwas auf, was bisher leider versäumt wurde.

(Beifall bei der SPD)

Da es noch viel mehr gibt, was man zu dem Rahmenkonzept sagen könnte, weil es so voller wertvoller Inhalte ist, macht es Sinn, diese im Rahmen einer Expertenanhörung in den Ausschüssen weiter zu betrachten. Das ist unser Vorschlag, und ich freue mich dort auf die weitere Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Wankum hat das Wort.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das ist jetzt die Generation Transistorradio!)

Andreas C. Wankum CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Schmidt, auch wir freuen uns auf die Debatte im Ausschuss. Wir freuen uns bereits sehr lange darauf, denn der Antrag, den Sie bei uns abgeschrieben und bürokratisch ein bisschen verbrämt haben, stammt ursprünglich von uns. Daran darf hier erinnert werden, und es hat eigentlich bei diesem wichtigen Feld viel zu lange gedauert, bis Ihr Rahmenkonzept Medienkompetenzförderung vorgelegt wurde.

(Beifall bei der CDU und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Medienkompetenz ist wichtig vom Kleinkind bis zum Senior. Und ich fange an, dass das Glas halb voll ist, denn Sie haben recht, dass man nicht immer damit anfangen soll, das Glas sei halb leer. Die Chancen zu erkennen und zu nutzen, dazu müssen wir den Menschen helfen, laufend in der Lage zu sein – allen Altersgruppen, allen gesellschaftlichen Schichten.

Auf der anderen Seite wissen wir auch um die Gefahren, und mit diesen Gefahren umzugehen, dafür müssen wir auch sorgen. Wenn der Bundestagspräsident eben über die dunkelste Zeit in Deutschland gesprochen hat, dann dürfen wir auch nicht vergessen, dass es die Medien waren, an deren Spitze Menschen standen, die mit diesen Medien umgingen, und dass die Medien von politischen Kräften genutzt wurden, die auch diesen Umgang kannten, dass auf der anderen Seite das Gros der Bevölkerung eben keine Medienkompetenz hatte und deswegen der Manipulation, die über damals moderne Medien auf sie einprallte, ausgeliefert war und dieses auch mit in die Katastrophe geführt hat, in der Deutschland sich von 1933 bis spätestens 1945 befunden hat.

Umso wichtiger ist es, dass wir eine klare Position im Bereich Medienkompetenzförderung bei Ihnen erkennen, und die vermisse ich bei der Lektüre dieses Papiers. Man hat sich wohl mit allen Beteiligten – ich bin auch dankbar, dass sie dieses Papier mit erarbeitet haben und auch für die Koordination – allzu oft auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt. Wir brauchen eine Medienkompetenzförderung, die sich an den Realitäten orientiert und nicht daran, wie der Senat in seiner Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage vom März dieses Jahres selbst einräumt, dass ein allgemeines Positionspapier derzeit nicht einmal geplant sei.

Ich könnte noch viel dazu sagen. Medienkompetenz muss ausgebaut werden, und auch die Widerstände müssen überwunden werden, die oft darin begründet sind, dass gerade im Bereich der Lehrer die Angst davor besteht, sich mit diesen Dingen auseinanderzusetzen, mit denen man selbst nicht umzugehen weiß. Wir werden konstruktiv im Ausschuss mit Ihnen darüber diskutieren und hoffentlich noch zu einer besseren Lösung kommen als der, die uns bis jetzt vorgelegt worden ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Dr. von Berg hat das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Medienkompetenz – es wurde eben schon gesagt – ist ein ganz wichtiges Thema in unserer Stadt. Sie ist eine Schlüsselqualifikation aller Beteiligten einer Gesellschaft. Wir als GRÜNE begrüßen es sehr, dass das Rahmenkonzept im Rahmen eines Beteiligungsprojektes aufgelegt wurde. Das war deutlich zu verfolgen, auch im Internet, sodass sich wirklich alle einbringen konnten. Wir begrüßen auch, dass es so aufgebaut ist, dass immer gleich Handlungsempfehlungen gegeben wurden. Und wir begrüßen es ebenfalls, dass es sehr viel weiter geht als der doch eher rückwärtsgewandte CDU-Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Aber – und dazu hat hier noch niemand etwas gesagt – ich sehe überhaupt keinen Sinn in einer Überweisung. Das ist bereits ein fertiges Rahmenkonzept, es ist ein Beteiligungskonzept, und im Petitum steht deutlich, wir sollten bitte schön Kenntnis nehmen. Ich frage mich, warum wir noch einmal diese Schleife über zwei Ausschüsse gehen müssen, wo es doch eigentlich jetzt darum geht zu schauen, wie dieses Rahmenkonzept denn wirkt, ob die Handlungsempfehlungen umgesetzt werden und wo man noch nachsteuern muss. Warum müssen wir jetzt noch einmal die Schleife über die Ausschüsse drehen?

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist für mich eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, denn eines ist mir in den letzten zwei Jahren deutlich aufgefallen: Zumindest im Schulausschuss beschäftigen wir uns fast nie mit den wirklich dringenden Problemen in unserer Stadt.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Ach!)

Das liegt daran, dass die Anträge der Opposition – und ich rede hier von allen vier Oppositionsfraktionen – ganz häufig nicht überwiesen werden.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Ach, das ist doch Legendenbildung!)

– Das ist keine Legendenbildung, Herr Kienscherf, ich habe mir die Mühe gemacht, in die Parlamentsdatenbank zu gucken und mir noch einmal alle Vorgänge anzuschauen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Als ob Ihre Anträge wichtig wären!)

– Ich habe extra bei allen vier Fraktionen nachgeschaut.

Es geht um Essen an Schulen – nicht überwiesen; ein dringendes Thema, fragen Sie einmal die Eltern unserer Stadt. Es geht zum Beispiel um Kooperationen zwischen Stadtteilschulen und berufsbildenden Schulen – nicht überwiesen; das interessiert hier anscheinend keinen, jedenfalls in der SPD-Fraktion. Dann der Verkauf von Schulgrundstücken: Schlagen Sie einmal die Zeitungen auf und schauen hinein, das interessiert die Menschen in dieser Stadt, aber offensichtlich nicht die SPD-Fraktion, und deswegen dürfen wir im Ausschuss nicht darüber beraten. Ein weiteres wichtiges Thema, das uns alle hier tagtäglich und immer wieder auch im Parlament beschäftigt und vor allem im Ausschuss beschäftigen sollte, ist die Inklusion – auch abgelehnt, nicht überwiesen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Über Inklusion haben Sie doch mehrfach beraten, sogar mit Anhörung!)

Das ist die Schleife, die wir hier drehen sollen, weil die Ausschüsse schon gar nicht mehr wissen, womit sie sich beschäftigen sollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gehört auch zur Wahrheit dazu, und das müssen Sie sich hier anhören. Das Rahmenkonzept ist gut, und wir schauen einmal, wie die Handlungsempfehlungen umgesetzt werden, aber wir finden diese Schleife unnötig. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau von Treuenfels hat das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Frau von Treuenfels spricht gleich, aber ich möchte erst einmal von unserer Fraktion Finn-Ole Ritter gratulieren – herzlichen Glückwunsch.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Hälfte dieser Legislaturperiode ist vergangen, und – oh Wunder – der Senat legt endlich das seit zwei Jahren von der Bürgerschaft eingeforderte Konzept zur Medienkompetenzförderung vor. Wenn man bedenkt, welche Bedeutung alle Fraktionen diesem Thema beimessen, dann ist es schon überraschend, wie lange wir auf diese Vorlage warten mussten. Schließlich war das Ersuchen in einem der ersten Beschlüsse der Bürgerschaft in der neuen Legislaturperiode. Offenbar arbeitet der Senat noch in dem Tempo, das zur Zeit der Erfindung der Buchdruckerkunst üblich war, nicht aber im Tempo des Internetzeitalters.

(Beifall bei der FDP und bei *Andreas C. Wankum CDU*)

Nun haben wir also endlich das im Schneckentempo entstandene Rahmenkonzept, und das geht immerhin wie wir alle davon aus, dass der Umgang mit neuen Medien ein selbstverständlicher Teil unseres Lebens geworden ist. Smartphones haben sich überall durchgesetzt, Online-Ausgaben von Tageszeitungen erreichen zum Teil mehr Leser als die gedruckte Version, Twitter und Blog sind Kommunikations- und Informationskanäle, gerade für

(Anna-Elisabeth von Treuenfels)

junge Menschen. Die Zahlen belegen das eindrucksvoll: Fast 90 Prozent der 12- bis 19-Jährigen nutzen in ihrem eigenen Zimmer das Internet. Es sind sogar neue Berufe entstanden: Social Media Manager.

Wir Liberalen begrüßen die positive Grundeinstellung des Rahmenkonzepts zu den neuen Medien. Die möglichen Risiken werden zwar nicht verschwiegen, aber grundsätzlich werden die Chancen neuer Medien in den Mittelpunkt gestellt. Das ist aus unserer Sicht der richtige Ansatz. Kinder und Jugendliche sind im Umgang mit dem Internet oftmals versierter als ihre Eltern und Lehrer. Gleichzeitig können sie aber vieles noch nicht einordnen, Risiken nicht einschätzen und Datenschutzbedenken nehmen sie nicht ernst. Hierfür brauchen sie Unterstützung von Eltern und Lehrern. Viele Eltern und Lehrer tun sich aber im Umgang mit neuen Medien schwer, viele verstehen noch nicht so recht, was ihre Kinder und Schüler im Internet tun. Sie müssen sich damit aber auseinandersetzen, denn sonst verpassen sie einen großen Teil der Alltagsrealität ihrer Kinder.

Es gilt also, voneinander zu lernen. Zuallererst sind die Eltern in der Pflicht, deshalb sind das Projekt ElternMedienLotse oder die Einbindung in die Kinder- und Familienhilfezentren gute Beiträge, auch die Eltern in ihrer Medienkompetenz zu stärken.

(Beifall bei der FDP)

Die Förderung von Medienkompetenz ist aber auch eine Querschnittsaufgabe, die in allen pädagogischen Zusammenhängen, von Kita über Schule bis hin zur Berufsausbildung, berücksichtigt werden muss. Deshalb ist es richtig, Medienkompetenz in der pädagogischen Aus- und Fortbildung von Erziehern und Lehrern mehr Gewicht einzuräumen. Nur so können Kinder von Anfang an begleitet werden, dass sie kompetent im Umgang mit neuen Medien werden.

Was aus unserer Sicht allerdings noch fehlt, sind die Überlegungen zur Bekämpfung zunehmender Computer- und Spielsucht. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

– Danke, Finn.

Dennoch bietet das Konzept grundsätzlich viele interessante Ansatzpunkte, über die es sich zu diskutieren lohnt. Deshalb stimmen wir der Überweisung an die zuständigen Ausschüsse zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Artus hat das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Wir haben jetzt einen Überblick über die Medienkompetenzförderung in Hamburg vorliegen. Das liest sich auch ganz gut, denn bislang – so mein Eindruck – gibt es, wie wir eben auch gehört haben, in der Bürgerschaft sehr unterschiedliche Vorstellungen davon, was Medienkompetenzförderung eigentlich bedeutet und vor allem, wer denn eigentlich gefördert werden muss und warum und wie man das erfolgreich macht. Der Ursprungsantrag stammte von der CDU, Herr Wankum erwähnte es. Er beschwor damals in der Begründung die Fehlentwicklung der zunehmenden Bedeutung elektronischer Medien. Vor allem befand er einen nicht altersgerechten Medienkonsum. Es gebe Webseiten mit betrügerischen Inhalten und außerdem würde gedankenlos mit persönlichen Daten umgegangen. Lieber Herr Wankum, ich fand es damals schon nicht angebracht, Medienkompetenz so einseitig debattieren zu wollen.

(*Andreas C. Wankum CDU:* Es ist aber nach wie vor richtig!)

– Aber es ist einseitig, Herr Wankum.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich fand und finde es aber immer noch gut, dass die CDU die Medienkompetenzförderung in der neuen Wahlperiode so schnell wieder auf die Tagesordnung setzte. Der Senat hatte dieses Thema in seinem Arbeitsprogramm nämlich glattweg vergessen, obwohl die SPD in ihrem Wahlkampf 2010/2011 noch einen Medienführerschein forderte und das Amt für Medien direkt nach der von Ihnen gewonnenen Wahl in die Senatskanzlei geholt hat und es damit auch zur Angelegenheit des Ersten Bürgermeisters wurde.

(*Andreas C. Wankum CDU:* Abgekupfert, geistiges Eigentum geklaut!)

Daher erwartete uns auch kurz vor der Bürgerschaftssitzung im Mai 2011 ein vierseitiger SPD-Antrag, der sich aus Versatzstücken diverser SPD-Papiere zusammensetzte. Dieser offenbar hau ruck zusammengezimmerte SPD-Antrag, zwei Tage vor der entsprechenden Bürgerschaftssitzung eingereicht, wurde nicht etwa zusammen mit dem CDU-Antrag und den Anträgen der LINKEN an den Ausschuss überwiesen, sondern nach einer kurzen Debatte, bei der Herr Schmidt von der SPD Gleichnisse mit Kieselsteinen fabulierte, abgestimmt. Die Anträge der CDU und der LINKEN wurden versenkt, und das war Ihr zweiter Fehler, verehrte SPD-Fraktion. Ich habe Ihnen damals schon gesagt, Sie sollten sich hier nicht als Hauptabteilung Wahrheit aufspielen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

(Kersten Artus)

Wie wir jetzt sehen, hätten Sie wirklich gut daran getan, die Anträge der Opposition anzunehmen oder sie wenigstens im Ausschuss noch einmal zu diskutieren. Das Rahmenkonzept für Hamburg zur Medienkompetenzförderung stellt nämlich jetzt sehr ausführlich und auch mahnend das Erfordernis einer medienpädagogischen Evaluation dar. Es nutzt kein Internet- oder Medienführerschein etwas, wenn nicht kritisch geprüft wird, ob die Konzeption und die Vermittlung sowie die Zielgruppenbestimmung erfolgreich gewesen sind. Das Konzept beklagt ganz klar, dass es in Hamburg nur in Ausnahmefällen bereits Evaluierungen gibt, etwa bei dem von mir sehr geschätzten Scout-Projekt der Medienanstalt HSH. Die Empfehlungen sind eindeutig. Es heißt:

> "Benötigt werden Verfahren und Kriterien zur Messung von Medienkompetenz, die von Lehrkräften in den Schulen eingesetzt werden können. Auf dieser Grundlage soll das LI Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer zur Evaluierung von medienpädagogischen Maßnahmen in der Schule entwickeln und anbieten."

Es heißt weiter:

> "Projekte sollen verstärkt evaluiert werden, um Best-Practice-Beispiele zu identifizieren. Die dafür erforderlichen Finanzmittel müssen bereits bei der Bewilligung berücksichtigt werden."
>
> (Beifall bei der LINKEN)

Senatstext wohlgemerkt, nicht SPD-Antragstext.

Und es heißt drittens:

> "Beratungsangebote, an die sich Projektverantwortliche bei Evaluierungsfragen wenden können, sollten ausgebaut werden."

Wir kritisieren auch, dass Sie den Runden Tisch nicht einrichten wollten, den DIE LINKE beantragt hat und an dem Verlage, Sender, Gewerkschaften und das Mediennetz Hamburg teilnehmen sollten. Das finden wir misslich, denn nun reden Sie isoliert mit gewinnorientierten Unternehmen. Herausgekommen ist dabei offensichtlich bislang lediglich ein Projekt: der Kinospot "Check dein Profil, bevor es andere tun". Wer seinen Betrieb aber zum Zwecke der Verbreitung von Meinungen führt, sollte hier mehr in die Verantwortung genommen werden.

> (Beifall bei der LINKEN)

Noch eine abschließende Kritik: Das Rahmenkonzept ist gänzlich geschlechterblind. Es findet sich kein Hinweis auf unterschiedliche Anforderungen in Bezug auf die Geschlechter, erst recht nicht in Beziehung auf ihr Alter und ihre Lebenslagen, und das, wo wir gerade in der letzten Sitzung ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm diskutiert haben. Allerdings fand ich auch bereits in diesem Papier die Aussagen zu Medien gelinde gesagt recht unterbelichtet. Da der Behörde für Justiz und Gleichstellung aber laut Geschäftsordnung des Senats alle Drucksachen vorgelegt werden müssen, um sie auf Gleichstellungsaspekte hin zu beleuchten, frage ich mich nun, ob diese Drucksache an Frau Schiedeks Behörde vorbeigeschummelt wurde.

Wir stimmen natürlich der Überweisung an den Schul- und auch an den Wirtschaftsausschuss zu, auch wenn ich mir persönlich die Überweisung an noch mehr Ausschüsse vorgestellt hätte. Hier habe ich eine ganz andere Position als Frau von Berg. Ich halte es für dringend erforderlich, Medienkompetenzförderung intensiv unter den Bürgerschaftsabgeordneten zu diskutieren. Das würde uns allen sehr gut tun, es wäre lehrreich und hilfreich, und dann würden am Ende vielleicht auch bessere Anträge und Senatsdrucksachen dabei herauskommen.

> (Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Holster hat das Wort.

Lars Holster SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wankum, ein Satz. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie dieses Konzept wirklich intensiv gelesen haben, denn wenn wir noch einmal auf Ihren Antrag zurückkommen, dann haben Sie darin lediglich einen Medienführerschein gefordert. Wenn wir jetzt in den Antrag der SPD-Fraktion schauen, dann sind hier acht Punkte aufgeführt. Hier ist ein Gesamtkonzept gefordert, das jetzt vorliegt und wesentlich weitgreifender ist als Ihr einziger Punkt Medienführerschein.

> (Beifall bei der SPD)

Liebe Frau von Berg,

> (Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie sagen, die SPD lehne alle Themen ab, und im Schulausschuss würden keine wichtigen Themen behandelt. Wer hat die Expertenanhörung zur Inklusion beantragt? Das war die SPD-Fraktion.

> (Beifall bei der SPD und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*)

Wir haben eine öffentliche Anhörung zur Inklusion durchgeführt, und wir haben das Thema mindestens dreimal, wenn nicht viermal in der Bürgerschaft debattiert.

> (Beifall bei der SPD – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Holster, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. von Berg?

Lars Holster SPD: Selbstverständlich.

Zwischenfrage von Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Lieber Herr Holster, wie sieht es aus mit dem Antrag zum Inklusionsfonds? Sie merken, dass es Ihnen jetzt gerade um die Ohren fliegt, da Sie eben nicht diesen Inklusionsfonds, eine frei verfügbare Masse für die Schulen, haben. Das hatten wir vorgeschlagen, und Sie haben es abgelehnt, oder nicht?

Lars Holster SPD (fortfahrend): Liebe Frau von Berg, mit dem Antrag zum Inklusionsfonds wollten Sie die Vertretungsmittel in dieser Stadt plündern, und das haben wir nicht zugelassen.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD:* Sehr gut, sehr gut!)

Wir haben mehrfach in der Bürgerschaft das Thema ganztägige Bildung debattiert, und wir haben hierzu im Ausschuss eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Wir haben das Thema Schulbau Hamburg mehrfach debattiert. Und wer war es denn, der das Thema Unterrichtsentwicklung auf die Tagesordnung gehoben hat?

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Zum Thema!)

Wir haben dazu eine Selbstbefassung beantragt, und eine Expertenanhörung findet nächsten Dienstag statt. Wir haben die Themen auf die Tagesordnung gesetzt, und hier wird überhaupt nichts abgelehnt, sondern wir kümmern uns um die wichtigen Themen in der Schulpolitik. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist erkennbar nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/7358 federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien sowie mitberatend an den Schulausschuss zu? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist die Überweisung mit Mehrheit beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 22, Drucksache 20/7360, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 9. Februar 2012 "Interkulturelle Kompetenz in den gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs".

[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 9. Februar 2012 "Interkulturelle Kompetenz in den gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs" (Drucksache 20/3016)
– Drs 20/7360 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Frau Wowretzko, Sie haben das Wort.

Sylvia Wowretzko SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Fast ein Drittel aller in Hamburg lebenden Menschen hat nach Aussage des Statistikamts Nord einen Migrationshintergrund. Heute sprechen wir über die gesundheitlichen Versorgungsstrukturen für diese Mitmenschen, die aus den unterschiedlichsten Teilen der Welt zu uns nach Hamburg gekommen sind. Sie gehören seit Kurzem oder schon seit Langem zu unserer Gesellschaft. Sie gehören der ersten, zweiten, dritten oder vierten Generation von Migranten an. Sie sind unterschiedlichen Alters, sie haben unterschiedliche gesundheitliche Voraussetzungen, manche verfügen über gute Deutschkenntnisse, andere nicht. All diese Menschen, so unterschiedlich sie auch sind, stellen einen Gewinn für unsere Gesellschaft dar. Wir sehen sie als Bereicherung für unsere Stadt, denn sie beschenken uns mit Vielfalt.

(Beifall bei der SPD)

Der SPD-geführte Senat hat in den letzten zwei Jahren mit verschiedenen Schritten eindrucksvoll gezeigt, dass er gewillt ist, diese Vielfalt in allen Bereichen zu würdigen und zu fördern. Vor allem das Konzept Teilhabe, interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt, besser bekannt als Hamburger Integrationskonzept, hebt drei Aspekte hervor: Willkommenskultur, Vielfalt und Zusammenhalt. Mit diesem Konzept sorgen wir dafür, dass erstmals alle zentralen Themenfelder von Integration mit Indikatoren und Zielwerten überprüft werden. Und unsere Stadt tut gut daran, auch ihre gesundheitlichen Versorgungsstrukturen immer wieder auf die interkulturelle Kompetenz hin zu untersuchen. Daher haben wir als SPD-Fraktion mit unserem Antrag vom 25. Januar 2012 den Senat um einen differenzierten und umfassenden Überblick über die derzeit vorhandenen Angebote gebeten. Unter anderem war es uns wichtig zu erfragen, welche Erkenntnisse es über besondere gesundheitliche Risiken von Menschen mit Migrationshintergrund gibt und wie es um den Zugang zu den Angeboten im Bereich der gesundheitlichen Prävention steht, auch vor dem Hintergrund von Genderfragen und Sprachbarrieren. Die detaillierte Antwort des Senats zeigt, dass wir in Hamburg schon jetzt über ein nachfrageorientiertes und interkulturell kompetentes Angebot verfügen.

(Beifall bei der SPD)

Das möchte ich Ihnen gern an drei Beispielen verdeutlichen. Erstens mit dem Keyperson-Projekt,

(Sylvia Wowretzko)

das im Bereich der Suchthilfe muttersprachlich darüber informiert, welche Angebote es in der Suchtprävention gibt und mit der Muttersprachlichkeit Menschen mit geringen Deutschkenntnissen den Zugang zum Hamburger Suchthilfesystem ebnet. Im Bereich der fremdsprachlichen psychotherapeutischen Betreuung erhalten Menschen mit Migrationshintergrund Unterstützung in unterschiedlichen Sprachen von Farsi über Türkisch, Schwedisch, Dari und so weiter. Einen weiteren Schritt in die richtige Richtung erleben wir beim Thema Pflege ganz konkret in Harburg. Seit 2011 sind im dortigen Pflegestützpunkt je eine Beraterin aus dem türkischen und dem russischen Sprach- und Kulturkreis beschäftigt.

(Beifall bei der SPD)

Die Antwort des Senats zeigt, dass interkulturelle Kompetenz in einer dynamischen Gesellschaft mit vielen unterschiedlichen Kulturen unverzichtbar ist, um auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen zu können und unsere Angebote für alle Menschen offen und zugänglich zu halten. Auch stellt die von mir erwähnte Vielfalt eine Bereicherung für unsere Stadt dar.

Lassen Sie mich das noch einmal unterstreichen. Die Förderung der interkulturellen Kompetenz, also die kultursensible Überprüfung von Standards und Routinen und die Integration von Fähigkeiten wie Mehrsprachlichkeit und kulturelles Wissen, steigert die Qualität und Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems.

(Beifall bei der SPD)

Wie die Mitteilung des Senats zeigt, ist unser Gesundheitssystem bereits jetzt gut auf die von mir eingangs erwähnte Heterogenität eingestellt. Gleichwohl ist die Stärkung der interkulturellen Kompetenz in unserem Gesundheitswesen eine dauerhafte Aufgabe. Die Drucksache enthält eine ganze Reihe interessanter Punkte, die wir im Gesundheitsausschuss vertiefen sollten. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung für eine Überweisung an den Gesundheitsausschuss und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Stemmann hat das Wort.

Hjalmar Stemmann CDU:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

> "Ohne Kultur wüssten wir nicht, wie wir fühlen sollten."

Der Ausspruch des amerikanischen Ethnologen Clifford Geertz macht deutlich, dass das Gesundheits- und Krankheitsverständnis kulturell unterschiedlich geprägt ist. Die Verknüpfung von Emotion, Motivation und Kognition, der Gesamtheit aller Prozesse, die mit Wahrnehmen und Erkennen zusammenhängen, prägt das Körperverständnis und die physiologischen Prozesse. Sie kann somit Einfluss auf das Gesundheitsverhalten sowie auf medizinische Therapieentscheidungen haben. Für den Gesundheitszustand und die adäquate Nutzung der bei uns zur Verfügung stehenden medizinischen Angebote sind weniger die Nationalität oder der Zeitpunkt der Zuwanderung entscheidend als vielmehr der soziale und kulturelle Kontext, in dem sich die Betreffenden bewegen, sowie Form und Verlauf der Interaktion innerhalb des Gesundheitssystems.

Nehmen wir einmal einen Krankenhausaufenthalt als Beispiel, so sind die kultursensiblen Bereiche für die Patienten, die Ärztinnen und Ärzte sowie das betreuende Pflegepersonal gleichermaßen vielfältig verteilt. Das rituelle Gebet, Essgewohnheiten und Speiseverbote, Betreuung durch andersgeschlechtliches Personal, Hygienenormen, Besonderheiten bei Sterbenden und Todesfällen, Bedeutungen der Familie und von Angehörigen, professionelle und transkulturelle Pflege – all diese Aspekte gilt es zu kennen, und man muss ihnen im oftmals hektischen und streng getakteten Klinikalltag Rechnung tragen.

Ich habe das Mitte der Achtzigerjahre selbst erlebt, als ich als Hilfskrankenpfleger in den Semesterferien im AK Sankt Georg gearbeitet habe. Am Morgen vor einer Operation stand die ganze Familie um das Bett ihres Familienoberhauptes und wollte dem armen Mann etwas zu essen geben, weil er solchen Hunger habe. Ich wurde abgestellt um aufzupassen, dass er für die bevorstehende OP nüchtern bleibt, was auf großes Unverständnis bei den Familienangehörigen stieß.

In der gesundheitlichen Alltagsversorgung, angefangen bei der Beratung und Aufklärung über den Arztbesuch und die Therapie bis hin zur häuslichen oder stationären Pflege, ist die Sprachbarriere nach wie vor die größte Hürde, die es zu überwinden gilt. Das in der Senatsdrucksache als ein Best-Practice-Beispiel beschriebene Gesundheitsheitsprojekt "MiMi" Hamburg schlägt hier eine Brücke, indem gut integrierte Migrantinnen und Migranten mit gleichermaßen guten Kenntnissen der deutschen Sprache sowie ihrer Muttersprache als Mediatorinnen und Mediatoren fungieren. Genau dieser richtige und wichtige Brückenschlag kommt sowohl im Ursprungsantrag der SPD als auch in der entsprechenden Antwort, also der hier debattierten Senatsdrucksache, zu kurz. Genauer gesagt findet er, bezogen auf das medizinische Fachpersonal, keinerlei Erwähnung.

(Beifall bei der CDU)

An dieser Stelle darf ich mich und meine Kollegen der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/3920 einmal selbst zitieren.

(Hjalmar Stemmann)

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das ist das Beste!)

> "Mindestens genauso bedeutsam aber ist die Frage nach den Leistungen von Menschen mit Migrationshintergrund für die gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs. […] Bereits heute leisten viele Zuwanderer und Menschen mit Migrationshintergrund ihren Beitrag zum Funktionieren der gesundheitlichen Versorgungsstrukturen Hamburgs."

Doch sowohl dieser Beitrag als auch die noch unerschlossenen Potenziale der genannten Bevölkerungsgruppe kommen in der öffentlichen und politischen Diskussion oft viel zu kurz. Hier gilt es nachzusteuern.

(Beifall bei der CDU)

Die Antwort des Senats damals – zum Teil mit Bezug auf die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg – auf unsere Fragen zu niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten mit Migrationshintergrund, medizinischen Fachkräften in den einzelnen Hamburger Krankenhäusern und zur Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund in Gesundheitsberufen in Hamburg waren größtenteils ernüchternd – ich zitiere aus der Antwort –:

> "Hierzu können laut Auskunft der KVH keine Angaben gemacht werden, da Informationen zum Migrationshintergrund für die Zulassung als Vertragsärztin und Vertragsarzt nicht relevant sind und deshalb nicht erhoben werden."

Oder ein anderes Zitat:

> "Die entsprechenden Daten werden in den Statistiken der zuständigen Behörde nicht erfasst."

Und auch jetzt, rund ein Jahr später, lässt der Senat den Blick fürs große Ganze gänzlich vermissen. Dabei sollte Folgendes allen Beteiligten klar sein: Nur wenn vorhandene Potenziale bekannt und gezielt gefördert werden, können diese zum Wohl von Patientinnen und Patienten mit Migrationshintergrund und im Sinne einer bilateralen interkulturellen Versorgungsstruktur ausgeschöpft werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Die zitierten Antworten – Ihr seinerzeitiger Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, und die aktuelle Senatsdrucksache – zeigen, dass noch viel Aufklärungsarbeit notwendig ist. Daher werden wir der Überweisung an den Gesundheitsausschuss zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Schmitt hat das Wort.

Heidrun Schmitt GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein modernes Gemeinwesen kommt ohne interkulturelle Kompetenz nicht aus, das ist unstrittig und sehr einfach festzustellen. Ungleich schwerer ist es, interkulturelle Kompetenz tatsächlich in allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE* und *Dr. Martin Schäfer SPD*)

Daher ist es gut, dass wir im Ausschuss über interkulturelle Kompetenzen im Gesundheitssektor sprechen werden.

In der Senatsstellungnahme wird beschrieben, wie sprachliche, kulturelle, soziale oder materielle Barrieren den Zugang zum Gesundheitssystem erschweren können. Dass beispielsweise junge Frauen mit türkischem Hintergrund ein erhöhtes Suizidrisiko haben, weil sie sich häufiger als andere Menschen in hochbelastenden familiären Situationen befinden, muss eine Antwort in den psychotherapeutischen Angeboten in dieser Stadt finden. Der Senat räumt ein, dass die Versorgung an dieser Stelle nicht ausreichend ist. Aber nicht nur für türkische junge Frauen ist eine Versorgungslücke zu verzeichnen. Alle Menschen, die fremdsprachliche Psychotherapie brauchen, finden nur sehr selten ein passendes Angebot. Hier geht der Senat viel zu wenig auf die Versorgungslücke ein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Das tatsächliche Angebot an psychotherapeutischer Behandlung mit interkultureller Kompetenz deckt bei Weitem nicht den Bedarf. Herausgreifen möchte ich das Projekt "haveno", das im Bericht lapidar als spezielles psychotherapeutisches Angebot ohne Kassenzulassung aufgeführt wird. "haveno" kämpft seit zwei Jahren damit, dass Behandlungskosten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht mehr mit der Stadt abgerechnet werden können. In den Antworten zum Thema auf meine Anfragen ist nachzulesen, wie der Senat "haveno" sich selbst überlässt und auch noch behauptet, es bestehe kein ungedeckter Versorgungsbedarf im Bereich der psychologischen Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge. Darauf, wie interkulturelle Beratungsangebote in der Drogen- und Suchthilfe oder im Bereich der Gesundheitsprävention angesichts der eingefrorenen Haushaltstitel und nicht ausgeglichenen Tarifsteigerungen in Zukunft dauerhaft gesichert werden sollen, gibt diese Senatsstellungnahme erwartungsgemäß keine Antwort.

Meine Damen und Herren! Der Bericht zeigt erneut, dass der SPD-Senat im Gesundheitsbereich kaum eigene Initiativen vorzuweisen hat und lediglich weiterführt, was Vorgängersenate angestoßen

(Heidrun Schmitt)

haben. So wurde das im jetzigen Bericht so umfangreich erwähnte Projekt "Mit Migranten für Migranten" zur Ausbildung von Gesundheitslotsen unter Schwarz-Grün dauerhaft finanziert. Auch die Clearingstelle zur Verbesserung der Versorgung von Menschen ohne gültige Papiere haben wir GRÜNEN auf den Weg gebracht.

(*Sylvia Wowretzko SPD:* Aber nicht fertig gebracht!)

– Es war eine Wahl dazwischen, und deswegen sind wir leider nicht mehr dazu gekommen, das Projekt fertigzustellen. Das ist bedauerlich, denn von der ursprünglichen Idee ist leider wenig übriggeblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Das werden Sie sich auch weiterhin anhören müssen. Aus dem Notfallfonds werden nun Regelleistungen bezahlt, die eigentlich durch das Asylbewerberleistungsgesetz abgedeckt sind und abgerechnet werden müssten. Die SPD-geführte Behörde ist eben nicht bereit, unter Wahrung der Anonymität gegenüber der Ausländerbehörde Behandlungskosten zu übernehmen. Man kann sich ausrechnen, dass die 500 000 Euro nicht lange reichen werden.

Meine Damen und Herren! Eine reine Problembeschreibung und das Anknüpfen an Initiativen vorheriger Senate reichen nicht, um interkulturelle Kompetenz im Hamburger Gesundheits- und Pflegebereich wirklich voranzubringen. Der Senat muss klar benennen, wo ungedeckte Bedarfe sind und wie angesichts schrumpfender Mittel Einschnitte bei vorhandenen Angeboten vermieden werden sollen. Ich hoffe, dass die Diskussion im Gesundheitsausschuss mit einem größeren Problembewusstsein geführt wird und weniger zu einer Wohlfühldiskussion verkommt,

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

als es die Senatsstellungnahme und die Vorredner befürchten lassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Schinnenburg hat das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz auf die Diskussion hier im Hause am 9. Februar 2012 zurückkommen; da war die Drucksache, die jetzt zu dieser Stellungnahme geführt hat, bereits auf der Tagesordnung. Ich hatte bereits damals linke wie rechte Mitglieder dieses Hauses darauf hingewiesen, dass Migranten weder besonders gefährlich noch fürchterlich schutzbedürftig sind und nicht ständig vom Staat beaufsichtigt werden müssen. Migranten leisten einen ganz hervorragenden Beitrag für diese Stadt und dieses Land, und ich danke Ihnen im Namen der FDP-Fraktion herzlich dafür.

(Beifall bei der FDP)

Dies gilt besonders für Ärzte und auch für nichtärztliche Mitarbeiter. Seit einiger Zeit können wir in den Medien öfter lesen, dass hier eine Gefahr bestehe – sie seien nicht so gut ausgebildet und könnten vielleicht auch nicht so gut sprechen. Das mag im Einzelfall so sein. Ich darf Ihnen aus meiner Tätigkeit als Anwalt für Mediziner sagen, dass ich mehrere Kolleginnen und Kollegen aus dem zahnärztlichen Bereich vertrete, die zum Teil im Ausland studiert haben und einen Migrationshintergrund mitbringen. Ihre Fehlerquoten sind mit Sicherheit nicht höher als die derjenigen Kollegen, die diesen Hintergrund nicht haben. Es ist angebracht, auch den Ärzten und Ärztinnen mit Migrationshintergrund Vertrauen entgegenzubringen; das tut die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Nun aber zur Stellungnahme des Senats. Wenn Sie die Ergebnisse genau lesen, dann sind Migranten nicht grundsätzlich öfter krank, sondern teilweise anders krank oder anders gefährdet. Wir lesen auf Seite 2, dass es für sie nahezu gleiche gesundheitliche Risiken gibt wie für Deutsche oder Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Ausländische Staatsangehörige haben aber zum Beispiel, das ist ein Unterschied, eine sechsmal höhere TBC-Neuerkrankungsrate. Sie haben auf den ersten Blick auch ein höheres Sterblichkeitsrisiko. Wenn man jedoch, das hat der Senat richtig ausgeführt, genauer nachforscht, dann liegt das höchstwahrscheinlich daran, dass die gesunden älteren Mitbürger nach Erreichung der Pensions- und Rentengrenze zurück in ihre Heimat gehen und eine Selektion dahingehend besteht, dass diejenigen, die krank sind, eher hierbleiben. Man muss sich nicht wundern, wenn dann die Statistiken so sind, wie sie sind.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Man kann das auch sozial begründen!)

Es gibt keinen direkten Anlass, anderes zu vermuten. Es gibt wahrscheinlich auch kein höheres Sterblichkeitsrisiko.

Bei den einzuschulenden Kindern hat man festgestellt, dass die Kinder mit Migrationshintergrund weniger Übergewicht haben als die anderen Kinder. Das ist eine gute Nachricht.

Das Suizidrisiko wurde vorhin erwähnt. Es ist, anders als gerade gesagt wurde, nicht höher, sondern sogar niedriger. Eine kleine Gruppe von jungen türkischen Frauen hat ein höheres Suizidrisiko, generell aber haben Menschen mit Migrationshintergrund ein geringeres Suizidrisiko. Auch das ist eine gute Nachricht.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das ist aber auch sehr unterschiedlich!)

– Lesen Sie doch einmal genau nach, Frau Schneider. Es steht hier nicht so, wie Sie behaupten.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einen Punkt erwähnen. Ich hatte neulich eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt, weil ich Sorge um die ausländischen Kollegen bei der Behandlung von Menschen ohne Ausweispapiere hatte. Ich hatte befürchtet, dass es rechtliche Probleme für Ärzte gibt, die solche Menschen behandeln, weil sie möglicherweise im Verdacht stehen, dann eine Straftat zu begehen, nämlich Beihilfe zur Umgehung des Ausländerrechts. Die Antwort des Senats hat mich sehr gefreut, denn dieses Risiko gibt es nicht. Man kann also jedem deutschen Arzt oder Zahnarzt, jeder deutschen Ärztin oder Zahnärztin mit gutem Grund empfehlen, Menschen ohne Ausweispapiere zu behandeln, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt aber einen Punkt, der zu kritisieren ist. Schon in der Debatte vor einem Jahr hatte ich darauf hingewiesen, dass ein wichtiger Aspekt des deutschen Gesundheitswesens von dem Antrag der SPD und nun folgend auch der Stellungnahme des Senats völlig ausgeblendet wird, nämlich das deutsche Hausarztsystem. Es ist bekannt, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund nicht den Hausarzt aufsuchen, sondern die Notfallambulanz von Krankenhäusern, weil sie das System aus ihrer Heimat nicht kennen. Auf diese Weise wird das Rückgrat der medizinischen Versorgung, nämlich das Hausarztsystem, nicht ausreichend in Anspruch genommen. Dieses System ist Vorbild für andere Länder, das sollten wir hier erwähnen: es ist wohnortnah, persönlich, engagiert, unbürokratisch und nebenbei auch noch kostengünstig. Wir hatten damals als FDP beantragt, einen weiteren Auftrag an den Senat zu erteilen, nämlich hierüber zu berichten. Das wurde damals von der SPD leider abgelehnt. Der Fehler zeigt sich jetzt. Ein wichtiger Punkt wurde vom Senat nicht bearbeitet, und zwar weil er nicht beauftragt wurde.

Meine Damen und Herren! Wir sind deshalb auch dafür, die Stellungnahme an den Gesundheitsausschuss zu überweisen, und ich werde mir erlauben, diesen Punkt dort noch einmal zu vertiefen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Özdemir hat das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Ersuchen des Senats hat wichtige und auch richtige Erkenntnisse hervorgebracht, und viele Probleme sind deutlich geworden. Es sind aber auch viele Fehler, die in der Vergangenheit begangen wurden, deutlich geworden, so der Umgang mit den Gastarbeiterinnen und Gastarbeitern. Sie haben schwere körperliche Arbeit verrichtet, hatten seelischen Stress und einen sehr schlechten Zugang zum Gesundheitssystem.

Als Enkelkind von klassischen Gastarbeitern habe ich nicht die Auffassung, dass sich die Politik damals sehr darum gekümmert hat, ob die Menschen gesund sind oder nicht, weil man davon ausging, dass sie wieder zurückkehren werden. So habe ich auch in meinem Umfeld viele Menschen, beispielsweise meinen eigenen Opa, die vor ihrem sechzigsten Lebensjahr gestorben sind. Es stimmt nicht, dass die meisten zurückkehren. Es gibt viele, die hierbleiben, hier altern und sterben und dann erst von ihren Kindern oder Enkelkindern zurückgebracht werden. Wenn wir uns anschauen, warum dieser Zugang so schwierig ist oder war und warum er heute immer noch für viele Menschen mit Barrieren erfüllt ist, dann kann man sehen, dass es sprachliche Barrieren und Informationsdefizite gibt, aber auch sehr häufig Angst vor Diskriminierung. Es wurde gerade angesprochen, dass es bei Menschen ohne Aufenthaltstitel auch die Sorge gibt, abgeschoben zu werden. Es stimmt, Sie haben eine Stelle mit 500 000 Euro für drei Jahre ausgerüstet. 500 000 Euro sind für drei Jahre aber wirklich lächerlich und zeugen nicht von interkultureller Kompetenz.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phyliss Demirel* und *Heidrun Schmitt, beide GRÜNE*)

Wenn wir uns den Pflegebereich und den Gesundheitsbereich anschauen, dann kann man sehen, dass dort viele Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten, und zwar deutlich mehr als in anderen Bereichen; es sind aber immer noch zu wenige. Bei den Krankenkassen kann ich zum Beispiel nicht sehen, dass dort mehr Menschen mit Migrationshintergrund arbeiten. In den Krankenhäusern und auch in den Arztpraxen hingegen arbeiten viele junge Frauen. Aber ich kann wahrscheinlich mit einer Hand abzählen, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund in den Gesundheitsämtern tätig sind.

Für viele Menschen mit Migrationshintergrund, die vielleicht auch sprachliche Barrieren haben, sind die niedrigschwelligen Beratungen in ihren Stadtteilen und ihrem Bezirk sehr wichtig und werden oft aufgesucht. Die Beratungen werden oft von jüngeren Menschen gemacht, und dort fühlen sie sich sehr gut aufgehoben; deshalb müssen diese Stellen auch gestärkt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte noch einmal auf die Migrantenselbstorganisationen verweisen. Besuchen Sie diese doch

(Cansu Özdemir)

einmal, sie machen eine vorbildliche Arbeit. Sie bieten Seminare und Beratungsgespräche zu Gesundheits- und Pflegethemen an, wo die Menschen über Krankheiten wie zum Beispiel Krebs oder altersbedingte Beschwerden wie Demenz aufgeklärt werden. Es gibt auch Beratungen und Aufklärung zu den Themen Schwangerschaft und Geburt. Ich habe viele Organisationen besucht, und mir ist deutlich geworden, dass die Menschen, die sich daran beteiligen, meistens zwischen 45 und 65 Jahre alt sind. Das sind genau die Menschen, die diese sprachlichen Barrieren haben. Die erste und zweite Generation ist jedes Mal ziemlich begeistert, und wissen Sie, wer diese aufklärt? Das ist immer die dritte Generation, also Menschen in meinem Alter. Das finde ich bewundernswert.

Wir haben in den letzten Bürgerschaftssitzungen über die Freiwilligenarbeit gesprochen und gesehen, dass diese Arbeit offiziell nicht anerkannt wird. Meiner Auffassung nach verdient die Arbeit in den Migrantenselbstorganisationen große Anerkennung, denn dort werden die Aufgaben erledigt, die die Politik machen sollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Zahl der pflegebedürftigen älteren Migrantinnen und Migranten wächst in Deutschland kontinuierlich. Es gibt die Faktoren Barrieren, geringe Kultursensibilität sowie Altersarmut. Diese können die schlechte Lebenssituation beeinflussen, wenn nicht rechtzeitig gehandelt wird. Deshalb muss die Politik in Deutschland und Hamburg rechtzeitig Maßnahmen ergreifen.

Sie haben auf die muttersprachliche Psychotherapie aufmerksam gemacht und gesagt, dass diese erfolgreich ablaufe. Aber rufen Sie doch einmal dort an, es gibt monatelange Wartezeiten. Ich kenne viele Menschen in meinem Umfeld, die diese Psychotherapie nicht in Anspruch nehmen können. In Ihrer Pressemitteilung haben Sie die muttersprachliche Psychotherapie feierlich angekündigt, aber das ist eine Baustelle, dort muss ein bisschen mehr gemacht werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben einige Barrieren deutlich gemacht. Es wurde gesagt, dass der Migrationshintergrund nicht daran schuld sei, dass Menschen einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem hätten. Aber viele Menschen mit Migrationshintergrund sind von Armut und Diskriminierung betroffen. Diese Faktoren machen die Menschen krank und hindern sie daran, sich am Gesundheitssystem zu beteiligen. Sie finden keinen rechten Zugang. Deshalb muss neben der interkulturellen Öffnung, die vorangetrieben werden muss, auch die Diskriminierung und Armut bekämpft werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Mängel sind Ihnen nun bekannt, und die Politik hat in diesem Bereich noch sehr viel nachzuholen. Jetzt haben Sie die Chance, Maßnahmen zu ergreifen. Das Ersuchen wird an den Gesundheitsausschuss überwiesen. Ich finde es gut, dass wir dort noch einmal die Möglichkeit haben, darüber zu sprechen und unsere Vorschläge einzubringen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phyliss Demirel GRÜNE*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Frau Senatorin Prüfer-Storcks hat das Wort.

Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vom demografischen Wandel sagen wir häufig, dass unsere Gesellschaft durch ihn weniger, älter und bunter würde. Was das "bunter" betrifft, sind wir in Hamburg schon mitten in der Entwicklung. Ende 2010 lebten hier 515 000 Menschen mit Migrationshintergrund, das sind 30 Prozent aller Einwohnerinnen und Einwohner.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ihr Anteil wird weiter steigen. In einigen Stadtteilen haben inzwischen mehr als die Hälfte der Menschen einen Migrationshintergrund, zum Beispiel in Billstedt, Wilhelmsburg, Allermöhe oder Rothenburgsort. Das Merkmal Migrationshintergrund lässt aber keineswegs auf eine homogene Gruppe von Menschen schließen.

(Beifall bei *Dr. Kurt Duwe* und *Dr. Wieland Schinnenburg, beide FDP*)

Die Menschen unterscheiden sich durch ihr Herkunftsland, durch die Länge und die Qualität ihres Hierlebens, den Grad ihrer Integration und ihre Sprachkenntnisse. Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen auch Kinder und Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit, die hier geboren sind und keine eigene Migrationserfahrung haben. Ein Migrationshintergrund ist also für sich allein genommen kein Merkmal, das Aussagen über gesundheitliche Risiken oder das Gesundheitsverhalten in ganz allgemeiner Form zuließe.

(Beifall bei *Antje Möller GRÜNE*)

Menschen mit Migrationshintergrund erleben grundsätzlich die gleichen gesundheitlichen Risiken wie Deutsche oder Angehörige der Mehrheitsgesellschaft. Sie haben höhere Risiken zu erkranken, wenn sie über geringe Bildung und Ausbildung, einen niedrigen Berufsstatus und wenig Einkommen verfügen. Risikofaktoren sind auch schlechte Wohnverhältnisse, belastende Arbeitsbedingungen, Arbeitslosigkeit oder eigenes Risikoverhalten wie zum Beispiel Bewegungsmangel. All das kann die Gesundheit beeinträchtigen, und hier

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

müssen für uns die Ansatzpunkte liegen, um Gesundheit zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich gibt es auch migrationsspezifische Besonderheiten wie Traumatisierungen, Erfahrungen aus den Herkunftsländern, Flucht, Illegalität, schlechte soziale Lage. Es gibt aber auch positive Faktoren, die Migrantinnen und Migranten in ihr neues Heimatland mitbringen. Das kann beispielsweise ein günstigeres Ernährungs- und Gesundheitsverhalten sein. Wir stellen häufig fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund, die mit 20 bis 35 Jahren zuwandern, zu Beginn ihrer Zeit bei uns gesünder leben als Deutsche, sie bringen ein gesundes Essverhalten mit. Leider gehört zur Integration auch, dass sie sich dann an die Mehrheitsgesellschaft anpassen und diese gesunden Gewohnheiten, dieses tradierte, mitgebrachte Wissen im Hinblick auf Ernährung und Hygiene allmählich bei der Annäherung an die Mehrheitsgesellschaft abnimmt. Also kann das Leben in der Aufnahmegesellschaft auch ein gesundheitliches Risiko darstellen, und neue Risiken wie Alkohol und Tabak kommen hinzu.

Unterschiede zeigen sich auch bei der Inanspruchnahme von Angeboten der Gesundheitsversorgung, zum Beispiel von Vorsorge- und Präventionsangeboten. Das mag daran liegen, dass dies aus den Herkunftsländern nicht bekannt ist, und deshalb stellen wir immer wieder fest, dass Menschen mit Migrationshintergrund zum Beispiel durch die Kindervorsorgeuntersuchungen bedauerlicherweise weniger gut erreicht werden. Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt für unsere Gesundheitspolitik in Hamburg.

Die Stellungnahme des Senats zeigt aus meiner Sicht, dass wir gerade in der Gesundheitsmetropole Hamburg gute Rahmenbedingungen auch für die Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund haben. Sie profitieren wie alle Hamburgerinnen und Hamburger von einem qualitativ hochwertigen Versorgungsangebot und von vielfältigen, einschlägigen und spezialisierten Beratungs- und Unterstützungsangeboten, und so soll es auch sein. Menschen mit Migrationshintergrund müssen denselben Zugang zur Versorgung haben, sei es nun die wohnortnahe haus- und kinderärztliche Versorgung oder bei schwerwiegenden Erkrankungen der Zugang zu spezialisierter Versorgung.

(Beifall bei der FDP)

Weil das nicht überall gleichermaßen gegeben ist, setze ich mich besonders dafür ein, dass wir zum Beispiel bei der Verteilung von Hausärztinnen und Hausärzten oder Kinderärztinnen und Kinderärzten auf die Stadtteile ein besseres Verhältnis zur Einwohnerzahl bekommen. Es ist doch evident, dass gerade sozial belastete Stadtteile mit einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund schlechter versorgt sind als andere Stadtteile; das müssen wir ändern.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in Hamburg auf der anderen Seite das Glück, dass sich die Offenheit, die kulturelle und ethnische Vielfalt der Stadt auch im Gesundheitswesen widerspiegelt. Wir haben mehr als 500 Ärztinnen und Ärzte nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Hamburg, Tendenz steigend. Das sind natürlich nur die, die wir in der Statistik als Nichtdeutsche ausfindig machen können. Hinzu kommen viele mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Leider kann ich diese Zahl nicht liefern, weil sie statistisch nicht erfasst wird. Migrationshintergrund ist kein Kriterium der ärztlichen Zulassung und ich glaube, es würde vielleicht auch von den Menschen, die diese Zulassung erlangen wollen, als diskriminierend empfunden, wenn danach gefragt würde.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Über die im Gesundheitswesen arbeitenden Menschen mit Migrationshintergrund hinaus gewährleisten wir durch gut funktionierende Dolmetscherdienste, dass trotz der Sprachvielfalt eine angemessene und auch kompetente Gesundheitsversorgung sichergestellt wird. Ergebnisse unserer Recherchen aus Literatur, aus Gesundheitsdaten sowie Erfahrungen aus Projekten und Rückmeldungen der Befragten zeigen, dass die Notwendigkeit einer interkulturellen Kompetenz im Gesundheitswesen mittlerweile von den Akteuren anerkannt ist und dass es in Hamburg verschiedene Maßnahmen gibt, die dem auch Rechnung tragen.

Was heißt eigentlich interkulturelle Kompetenz im Hinblick auf medizinische Versorgung? Interkulturelle Kompetenz ist ein ganzes Bündel von Fähigkeiten und auch Einstellungen, die ein professionelles und integratives Verhalten gegenüber Patientinnen und Patienten ermöglichen, und zwar sowohl auf der persönlichen Ebene von Arzt, Ärztin zu Patienten als auch auf der institutionellen Ebene. Hintergrundwissen über die Folgen von Migration gehört dazu, aber auch die Akzeptanz verschiedener Lebensentwürfe, ein Wissen über kultursensible Unterschiede, über kultursensible Angebote auch in der Behandlung und der Pflege. Ich bin der Meinung, dass in einer multikulturellen Gesellschaft, wie wir sie haben, die interkulturelle Kompetenz zum professionellen Handwerkszeug aller Akteure im Gesundheitswesen gehört,

(Beifall bei der SPD)

genauso wie übrigens das Wissen über geschlechtsspezifische Unterschiede im Gesundheitsverhalten und in der Betroffenheit bei Erkrankungen. Auch daran müssen wir die Qualität unseres Gesundheitswesens messen und nicht nur an

(Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks)

spezialisierten Angeboten für bestimmte Zielgruppen von Migrantinnen und Migranten.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin froh, dass es in Hamburg seit Jahren vielfältige Angebote gibt, zum Beispiel vonseiten der Ärztekammer, die interkulturelle Trainings anbieten, die interkulturelle Kompetenz und Öffnung vermitteln. Die Ärztekammer tut das, die Stadt selbst tut das, die Universität, die Fachhochschulen, die Wohlfahrtsverbände und das Landesinstitut für Lehrerbildung. Zunehmend werden auch Stellen im Gesundheitswesen von Menschen mit Migrationshintergrund besetzt, und es gibt auch einschlägige Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der Institutionen im Gesundheitswesen. Wir haben auf der anderen Seite vielfältige und zielgruppenspezifische Angebote für wenig integrierte Menschen mit Migrationshintergrund, für sozial Benachteiligte und für Menschen mit schlechten Deutschkenntnissen. Verschiedentlich sind schon Initiativen wie MiMi oder Keypersons gelobt worden; wir berichten ausführlich darüber. Das sind wirklich ausgezeichnete Angebote, hier wird hervorragende Arbeit geleistet.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden übrigens auch rege nachgefragt, sowohl in den Communities der Menschen mit Migrationshintergrund als auch bei den Gesundheitsanbietern, die sie als eine wertvolle Unterstützung ihrer Arbeit sehen. Es hat sich sehr bewährt, schon bei der Planung dieser Angebote die zukünftigen Zielgruppen einzubeziehen.

Meine Damen und Herren! Alle Untersuchungen zur gesundheitlichen Lage von Menschen mit Migrationshintergrund bestätigen, dass Gesundheit maßgeblich mit der sozialen Lage verknüpft ist. Die Wirkung von zum Beispiel Bildung oder Einkommen auf die Gesundheit von Menschen wird im Zusammenhang mit dem Migrationshintergrund noch verstärkt. Wenn dann noch Armut, Flucht, Vertreibung hinzukommen, große kulturelle Unterschiede zwischen Herkunftsland und Aufnahmeland und geringe Sprachkenntnisse, dann kann das schon eine sehr beeinträchtigende Wirkung auch auf die Gesundheit haben.

Integration und Inklusion sind erklärte Ziele in unserer Stadt, und das gilt auch für das Gesundheitswesen. Deshalb werden wir weiterhin auf Lebenswelt orientierte, wo immer erforderlich, unterstützende Angebote für besondere Zielgruppen in der Gesundheitsversorgung und in der Gesundheitsförderung setzen, aber auch darauf, dass unser Gesundheitswesen weiter voranschreitet und sich professionell interkulturelle Kompetenz aneignet und dass die vielen Profis mit Migrationshintergrund zunehmend auch Stellen im Gesundheitswesen besetzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich freue mich darauf, das alles mit Ihnen zu vertiefen,

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Ja, wir auch!)

wenn denn der Bericht an den Gesundheitsausschuss überwiesen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Abaci bekommt das Wort.

Kazim Abaci SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gesundheit ist eine zentrale Größe im Leben eines jeden Menschen. Arbeitsbedingte Belastungen sowie die individuelle Lebenssituation beeinflussen die Gesundheit und bestimmen ebenso wie Bildung, soziale Schicht, Geschlecht, kulturelle und religiöse Prägung das Gesundheitsverhalten. Auch wenn ein direkter kausaler Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Gesundheitszustand, Herr Schinnenburg, als interkultureller Beauftragter der FDP-Fraktion, nicht hergestellt werden kann, so belegen jedoch die Erkenntnisse der Gesundheitsberichterstattung, dass bildungsferne und ressourcenschwache Menschen mit, aber auch ohne Migrationshintergrund die Angebote der Gesundheitsversorgung und Gesundheitsstruktur nicht in ausreichendem Maße in Anspruch nehmen. Über die Gründe dafür wurde hier schon ausführlich gesprochen, aber hier gilt es bedarfsgerechte, zielgruppen- und geschlechtsspezifische sowie zweisprachige Unterstützung, die im Staat auch vorhanden ist – das hat der Bericht des Senats ausdrücklich hervorgebracht –, auszubauen. Es geht aber auch darum, dass wir an der Struktur des Gesundheitswesens arbeiten müssen, sodass wir das Gesundheitswesen interkulturell noch mehr öffnen. Es geht um die Öffnung der Regelstrukturen auch im Gesundheitswesen. Deshalb freue ich mich sehr, dass dieses Thema im neuen Integrationskonzept des Senats noch einmal untermauert worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, dass die Kliniken, die Kammern und andere Institutionen sich zu öffnen haben. Es geht also einerseits um den Ausbau und die Öffnung der Regelstrukturen, aber auch darum, die Aktivitäten, die für diese Zielgruppe vorhanden sind, aber noch nicht ganz ausreichen, auszubauen, auch im Bereich der Pflege. Es geht uns in unserem Antrag nicht nur um eine Bestandsanalyse, sondern auch um die Frage, was wir damit machen. Wie wollen wir in diesem Bereich zukunftsorientiert arbeiten? Wir wissen doch, dass der Anteil der Menschen, die pflegebedürftig sind und einen Migrationshintergrund haben, im Vergleich zu den deutschen Menschen dieser Gruppe immer noch nicht so groß ist, aber wir wissen, dass auch die Migranten älter werden. Wir wissen auch, dass

(Kazim Abaci)

die älter werdenden Migranten nicht automatisch das Land verlassen, sondern oft hierbleiben. Hier gilt es, zukunftsorientiert an dieser Thematik zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Zur CDU-Fraktion. Sie sagen immer wieder, Migranten bringen Kompetenzen mit.

(*Nikolaus Haufler CDU:* Das stimmt doch überhaupt nicht, Herr Abaci!)

Das habe ich auch in der letzten Bürgerschaftsdebatte untermauert. Für uns ist das keine Randgruppe, die nur karitativ behandelt werden muss. Die bringen Potenziale mit, und wir möchten diese Potenziale für die Stadt, für die Gesellschaft insgesamt ausschöpfen. Auch im Gesundheitsbereich geht es darum.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen aber nicht nur abstrakt darüber reden, sondern auch die Entwicklung transparent und messbar machen. Wir wollen in diesem Bereich mit Indikatoren arbeiten. Es geht nicht darum, irgendjemanden eventuell für Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen, sondern um die Frage, was passieren muss, um diese positive Entwicklung weiter ausbauen zu können. Deshalb freue ich mich darüber, dass wir im Gesundheitsausschuss über diese und andere Themen in Ruhe reden und diskutieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *André Trepoll CDU:* Da gehört es auch hin!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Haufler.

Nikolaus Haufler CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Kollegen von der SPD und auch Herr Abaci, wir haben Sie bei der Debatte im Februar vergangenen Jahres davor gewarnt, Ihren Antrag einzubringen, ohne auf die Ergänzung der Opposition einzugehen. Wir haben uns auch gewundert, wie wenig Sie über den Alltag der Zuwanderer in Gesundheitsfragen wissen, und Ihnen geraten, davon abzusehen, immer nur vom kranken und unglücklichen Zuwanderer zu sprechen.

(*Sylvia Wowretzko SPD:* Das macht doch gar keiner!)

Immer wieder wurden diese Szenarien, und das steht zum Glück im Protokoll, von allen Rednern der SPD dargebracht. Auch die Senatorin hat das auf eine Art gemacht, die ich persönlich nicht besonders angenehm fand. Sie haben leider in Ihrer Art – damals gewohnt selbstgerecht, mittlerweile haben Sie ein bisschen von der Realität gelernt –

(*Sylvia Wowretzko SPD:* Das sollten Sie auch mal tun!)

alle Vorschläge der Opposition abgelehnt. Damit haben Sie bewiesen, dass Sie über das von Ihnen selbst angemeldete Thema nicht besonders viel wissen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben zum Beispiel bewiesen, dass Sie nicht wissen, dass die wichtigste alltägliche Gesundheitsinstanz für viele Zuwanderer der muttersprachlich sprechende Arzt ist. Er kommt nicht in Ihrem Antrag vor, er kommt nicht im Bericht des Senats vor.

(*Sylvia Wowretzko SPD:* Meine Güte, Sie sagen doch immer, Sie können alles!)

Er kam in der Rede der Senatorin durchaus vor, ich vermute aufgrund unserer Hinweise, die Sie damals abgelehnt haben. Sie können doch nicht die wichtigste Instanz, die wirklich für die meisten Menschen im Alltag bei Gesundheitsfragen wichtig ist – nicht, wenn es um die schlimmsten Krankheiten geht –, einfach ausklammern und sie nur am Rande in der Rede der Senatorin erwähnen. Ich glaube, dass die Überweisung an den Gesundheitsausschuss eine Chance ist, über diese Ärzte zu sprechen, vielleicht auch mit diesen Ärzten zu sprechen, um Ihnen einen Einblick in die Realität zu ermöglichen. Ich wünsche Ihnen viel Offenheit und Aufgeschlossenheit für unsere konstruktiven Vorschläge und die Vorschläge der anderen Oppositionsparteien. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die SPD hat nun zum zweiten Mal innerhalb von gut einem Jahr ihre Doppelköpfigkeit gezeigt. Sie schickt zunächst ihren Herrn Abaci. Der sagt richtige und vollständige Dinge und stellt die Forderung auf, das Gesundheitswesen müsse für Menschen mit Migrationshintergrund richtige Angebote machen. Richtig, Herr Abaci, aber Ihre Fraktion hat anders gehandelt. Sie blenden konsequent einen Grundpfeiler des deutschen oder des hamburgischen gesundheitlichen Versorgungssystems, nämlich die niedergelassenen Ärzte, aus. Das scheint für Sie nicht stattzufinden. Wir haben beim letzten Mal beantragt, einen zehnten zu Ihren neun Punkten aufzunehmen: Aufklärung über das deutsche Hausarztsystem. Sie werden es wahrscheinlich richtig finden, aber Ihre Fraktion hat es abgelehnt, und konsequent hat sich der Senat dazu nicht geäußert. Das nenne ich Doppelköpfigkeit, etwas zu erzählen, aber ein anderes Abstimmungsverhalten zu zeigen. So geht es nicht, meine Damen und Herren.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Nun wissen natürlich auch alle, warum das so ist. Sie wissen, wie es ist, aber es gibt einige in der SPD, die sind nichts anderes als ideologisch. Die haben ein Problem mit niedergelassenen Ärzten, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen und nicht in großen Gesundheitsinstitutionen arbeiten wollen. Das ist der Grund, warum es Ihnen peinlich wäre, diesen Punkt auch nur zu diskutieren. Doppelköpfigkeit bei der SPD in diesem Punkt – so geht es nicht, der Gesundheitsausschuss wird es zeigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/7360 an den Gesundheitsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist angenommen worden.

Wir kommen zu Punkt 59, dem Antrag der CDU Fraktion.

(Zurufe aus dem Plenum)

Warum? – Gut, dann tagt jetzt der Ältestenrat. Es ist für das Präsidium spannend, weil wir nicht wissen, warum, aber wir werden es gleich sehen.

Unterbrechung: 17.47 Uhr

Wiederbeginn: 17.53 Uhr

Meine Damen und Herren! Es wäre recht hilfreich, wenn sich die übrigen Abgeordneten wieder im Plenarsaal einfinden würden. Dieses Geräusch kennen Sie schon, ich mache es gern noch einmal.

Wir haben im Ältestenrat ein bisschen Nachhilfe für die parlamentarischen Geschäftsführer geleistet. Es ging darum, dass der Punkt 59 mit der anschließenden namentlichen Abstimmung durchgeführt wird, wenn alle Mitglieder des Hauses die Möglichkeit haben, daran teilzunehmen.

Wir sind im Ältestenrat übereingekommen, dass wir nun den Punkt 52 der heutigen Tagesordnung aufrufen, Drucksache 20/7414, ein Antrag der FDP-Fraktion: Bessere Beachtung des Datenschutzes durch Behörden und Landesbetriebe.

[Antrag der FDP-Fraktion:
Bessere Beachtung des Datenschutzes durch Behörden und Landesbetriebe
– Drs 20/7414 –]

Herr Ritter, bevor ich Ihnen das Wort gebe, würde ich gern sicherstellen, dass alle Abgeordneten, die dazu reden sollen, im Plenarsaal sind, weil es für sie überraschend schnell kommt. Deshalb möchte ich das jetzt gern außerhalb der Tagesordnung überprüfen. Soweit ich sehe, sind alle Abgeordneten, die sich an der Debatte beteiligen wollen, jedenfalls soweit wir informiert sind, anwesend. Ich rufe als erstes Herrn Ritter auf.

Finn-Ole Ritter FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Geburtstagsgeschenk ist angekommen. Vielen Dank dafür, dass ich meine Debatte früher halten darf.

(Beifall bei der FDP)

Vor drei Jahren kündigte Google an, seinen Dienst "Street View" auch in Deutschland aufzubauen. Dazu sollten entsprechend ausgerüstete Fahrzeuge durch deutsche Großstädte fahren und 3D-Panorama-Aufnahmen machen. Nach einigem Hin und Her in Fragen des Datenschutzes wurde den Bürgern vorab die Möglichkeit angeboten, einer Veröffentlichung der Bilder des eigenen Hauses zu widersprechen. Diese wurden dann genauso wie Kennzeichen und Gesichter von Google verpixelt. Aus den Erfahrungen von Google hat Konkurrent Microsoft gelernt. Dieser fährt derzeit für den Dienst "StreetSide" durch Hamburgs Straßen und erstellt eigene 3D-Panorama-Aufnahmen. Auch Microsoft hat die Fahrten vorher angekündigt und eine Widerspruchsmöglichkeit gegen die Bilderveröffentlichung für Betroffene eingerichtet. Diese Berücksichtigung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung durch die Internetwirtschaft ist vorbildlich.

Nun komme ich aber zur eigentlichen Gretchenfrage des Tages. Verehrte Senatoren, wie halten Sie es denn mit dem Datenschutz? Uns Liberalen drängt sich manchmal der Eindruck auf, der Datenschutz sei für den SPD-Senat immer nur dann relevant, wenn man damit auf Bundesebene PR-Anträge stellen kann oder Auskünfte an Abgeordnete verhindern kann. Wenn es aber darum geht, den einst für die Internetwirtschaft geforderten Datenschutz auch in der Hamburger Verwaltung umzusetzen, drückt sich der Senat gern vor Arbeit und Verantwortung. Dieses doppelzüngige Verhalten ist für uns Liberale und wohl auch für den Rest der Opposition reichlich inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP)

Was ist der Anlass für unsere Kritik? Eine Schriftliche Kleine Anfrage von mir im März ergab Folgendes. Der Landesbetrieb für Geoinformation und Vermessung durfte ohne vorherige Ankündigung 3D-Panorama-Aufnahmen machen, immerhin auf 25 Kilometern Länge als erste Teststrecke. Weitere Fahrten sollen laut gestern zurückgekommener Antwort auf eine Schriftliche Kleine Anfrage an-

(Finn-Ole Ritter)

scheinend nicht mehr folgen. Weitere Entscheidungen sind aber erst nach der Projektevaluation im Herbst 2013 vorgesehen. Der Senat sah im März noch keine Veröffentlichungspflicht der erhobenen Geodaten, obwohl diese laut Transparenzgesetz bestehen könnte. Die Begründung hierfür gemäß gestern zurückgekommener Nachfrage lautet, dass die Daten wohl nicht ins Liegenschaftskataster beziehungsweise in andere offizielle Datenbanken übernommen werden sollen, es seien eben nur Testdaten. Aus meiner Sicht bewegt sich die Behörde hier auf ziemlich dünnem Eis, doch dazu später noch mehr.

Noch vor drei Jahren wurde vom damaligen schwarz-grünen Senat im Bundesrat eine Gesetzesinitiative eingebracht, die nur auf bestimmte Anbieter der Internetwirtschaft zugeschnitten war und eine Ankündigungspflicht entsprechender Aufnahmen vorsah. Der mittlerweile erlassene Selbstverpflichtungskodex der Internetwirtschaft geht viel weiter und sieht Ankündigungspflichten und Widerspruchsrechte der Betroffenen vor. Das halten wir Liberale für sehr begrüßenswert. Weniger begrüßenswert ist allerdings, dass der jetzige SPD-Senat sich aus der Verantwortung auf Landesebene ziehen möchte, wenn er keinen Ankündigungsbedarf für öffentlich-rechtliche Geodatenerhebung annimmt. Die Argumentation bezüglich der Rechtsgrundlagen in meiner Nachfrage SKA ist sehr widersprüchlich. Einerseits seien es doch nur Testdaten und müssten also nach dem Transparenzgesetz nicht veröffentlicht werden. Andererseits bezieht man sich auf Rechtsgrundlagen, die aber wiederum nur für veröffentlichungspflichtige Geobasisdaten gelten. Zudem müssten bei regelhafter Fortführung des Projekts eventuell Rechtsgrundlagen überarbeitet werden. Ich frage den Senat oder auch Herrn Tabbert, der nachher darauf antworten wird: Was gilt denn nun?

Meine Damen und Herren auf der Senatsbank! Auch ein bisschen Grundrechtsverstoß bleibt ein Grundrechtsverstoß, und dagegen kämpfen wir Liberale.

(Beifall bei der FDP und bei *Ralf Niedmers CDU*)

Der richtige und sensible Umgang mit Daten, die gegebenenfalls auch den Schutz der Privatsphäre berühren, scheint dem Senat jedenfalls fremd zu sein. Der schwarz-grüne Hamburger Senat predigte im Bundesrat vor drei Jahren also noch Wasser, der jetzige rote Senat trinkt aber daheim plötzlich Wein, und die SPD-Fraktion scheint dabei einen kräftigen Schluck aus der Pulle nehmen zu wollen. Das ist in Fragen des Datenschutzes und erst recht beim Umgang des Staates mit den Bürgern inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP)

Das von der gesamten Bürgerschaft verabschiedete Hamburgische Transparenzgesetz ist und bleibt ein Meilenstein der Bürgernähe 2.0. Nichtsdestotrotz wird mit diesem Gesetz von Staat und Verwaltung auch mehr Sensibilität in puncto Datenschutz verlangt. Einer entsprechenden Ausgestaltung von Verwaltungsprozessen kommt also eine hohe Bedeutung zu. Auch vor diesem Hintergrund sollten Behörden und Betriebe der Stadt rechtzeitig den Zweck und Umfang entsprechender Datenerhebungen ankündigen und über gegebenenfalls mögliche Veröffentlichungen informieren. Heutzutage kann ein besonders zeitaufwendiger bürokratischer Vorgang also nicht mehr der Grund sein, das nicht zu tun, und es kann im weiteren Verlauf gegebenenfalls in Kombination mit Widerspruchsmöglichkeiten für Betroffene sicher einige Geschäftsprozesse vereinfachen und unnötige Streitigkeiten verhindern. Wir Liberale sind der Auffassung, je früher mögliche Konflikte mit Bürgern erkannt und beigelegt werden können, desto niedriger sind Bürokratie- und gegebenenfalls sogar Gerichtskosten für die Stadt.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Wir Liberale möchten mit Ihnen und dem Senat das Thema rechtzeitige Inkenntnissetzung der Bürgerinnen und Bürger über Zweck, Umfang und Veröffentlichung staatlicher Datenerhebung gerne im zuständigen Fachausschuss sprechen. Wir bitten Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Überweisungsbegehren, auch um die ganzen Ungereimtheiten in der Schriftlichen Kleinen Anfrage zu klären.

(Beifall bei der FDP und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Tabbert.

Urs Tabbert SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Ritter, der Aufhänger, den Sie für Ihren Antrag gewählt haben, sind Testfahrten. Hier teilen wir als SPD-Fraktion die von Ihnen schon dargestellte Position des Senats. Und wenn es darüber hinausgeht, also bei regelhaften Aufnahmen, dann wird das, was Sie fordern, ohnehin durch die bestehende Rechtslage abgedeckt. Ich darf – ich glaube, er wurde in dieser Legislaturperiode schon einmal bemüht – den französischen Philosophen Montesquieu zitieren, der sagte:

> "Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen."

Dieser Satz sollte doch gerade Ihnen als Liberalen zu denken geben, Herr Kollege Ritter. Zwar geht aus Ihrem Antrag nicht klar hervor, ob Sie ein Gesetz wollen oder nicht; immerhin wollen Sie einen zusätzlichen Widerspruch einführen, ob er nun ge-

(Urs Tabbert)

setzlich verankert ist oder wie auch immer er ausgestaltet werden soll. Hier ist Ihr Antrag reichlich unklar.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Die Fragen stellen wir dann im Ausschuss!)

– Warum sollten wir uns mit Anträgen, die man nicht richtig verstehen kann, im Ausschuss befassen? Dann stellen Sie Ihre Anträge so, dass klar ist, mit was wir es zu tun haben.

Sie fordern also eine Regelung, die nicht notwendig erscheint. Bisher hatten wir, was Datenschutzfragen anbelangt, meist keine großen Meinungsunterschiede; hier schienen wir einmal einen zu haben.

Zu Punkt 1 Ihres Antrags: Die mit Ihrem Antrag geforderten Veröffentlichungen sind nach den gesetzlichen Vorschriften unserer Ansicht nach schlicht nicht erforderlich. Wenn Sie wirklich ein Gesetz wollen, dann sagen Sie es; auch das geht aus Ihrem Antrag nicht hervor.

Zu Punkt 2 Ihres Antrags: Die Möglichkeit eines Widerspruchs gegen die Datenerhebung an sich würde es dem Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung schlicht unmöglich machen, seine gesetzlichen Aufgaben wahrzunehmen. So gehören zum Beispiel die amtlichen Luftbilder entsprechend dem Hamburgischen Vermessungsgesetz zu den Geobasisdaten, deren Errichtung, Führung und Bereitstellung gesetzliche Aufgabe des LGV ist. Die Möglichkeit, Bereiche bei der Veröffentlichung unkenntlich zu machen, besteht im Übrigen bereits heute, sehr geehrter Herr Kollege Ritter. Für Luftbildaufnahmen, aus denen die digitalen Orthofotos erzeugt werden, ist bereits geregelt, dass diese mit einer Bodenauflösung von 10 Zentimetern und kleiner nur an Dienststellen der FHH zur Erfüllung ihrer Aufgaben abgegeben werden dürfen. Außerdem ist geregelt, dass bei einer Bodenauflösung von mehr als 20 Zentimetern und kleiner auf Antrag Betroffener Bereiche zum Beispiel durch Verpixelung unkenntlich gemacht werden können, wenn die Betroffenen darlegen können, in welcher Weise ihre privaten Belange betroffen sind. Diese Regelungen sind auch für die Regelungen nach dem Transparenzgesetz bindend.

Zu Punkt 3 Ihres Antrags: Wir halten es für ausreichend, wenn der Hamburgische Datenschutzbeauftragte, wie bereits heute üblich, rechtzeitig vor Einführung neuer Verfahren einbezogen wird.

Schließlich zu Punkt 4 Ihres Antrags: Nach Paragraf 3 Absatz 1 Nummer 9 Hamburgisches Transparenzgesetz sind Geodaten im Informationsregister zu veröffentlichen. Laut Gesetzesbegründung – und das wissen Sie so gut wie ich, denn wir haben uns reichlich mit dem Gesetz befasst – sind damit aber nur Geobasis- und Fachdaten gemeint. Nach Paragraf 4 Absatz 1 Hamburgisches Transparenzgesetz sind personenbezogene Daten bei der Veröffentlichung im Informationsregister grundsätzlich unkenntlich zu machen. Soweit Geodaten personenbezogene Daten enthalten, sind diese nach Maßgabe der geltenden Datenschutzbestimmungen geschützt. Eine über die Einhaltung der bereits geltenden gesetzlichen Vorschriften hinausgehende Informationspflicht halten wir schlicht nicht für erforderlich. Wenn Sie da anderer Meinung sind, ist das Ihr gutes Recht; Sie haben zudem auch nicht gesagt, dass das verfassungswidrig sei, sondern mutmaßen,

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Dann frage ich Herrn Kerstan!)

es könnte womöglich und so weiter. Wir glauben allerdings, dass der Datenschutz durch die bereits bestehenden Bestimmungen im Hinblick auf Geodaten ausreichend gewährleistet ist. Deswegen werden wir, ganz im Sinne Montesquieus, Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Niedmers.

Ralf Niedmers CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war doch nur ein Test. Diese Aussage des Kollegen Tabbert und des Senats hat das Potenzial zum Satz des Monats: Wir wollten doch nur spielen, war doch alles nicht so gemeint. Lieber Senat, auch ein Test muss den üblichen Vorgaben und gesetzlichen Grundlagen entsprechen.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Außerdem ist die Erstellung von Panoramaaufnahmen ein heikles Thema, was grundsätzlich sensibel behandelt werden muss. Und nicht zuletzt, das haben auch die Vorredner schon ausdrücklich erwähnt, erinnert uns das Ganze an die Kontroverse um das Thema Google "Street View". Hier haben viele Bürger gezeigt, dass sie Grenzen in der Erfassung ihrer persönlichen Daten fordern. Auch der Senat muss diese Grenzen einhalten, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Der Senat muss bei der Erstellung solcher Aufnahmen auch dafür Sorge tragen, dass die Verfahrensabläufe gewährleistet sind. Das heißt, erstens müssen die betroffenen Anwohner im Vorwege informiert werden, und zweitens sollte auch der Hamburgische Datenschutzbeauftragte eingebunden werden. Warum ist das hier nicht geschehen? Auf Nachfrage stellt der Senat daraufhin lediglich lapidar fest, dass für eine Unterrichtung der Bevölkerung und des Hamburgischen Datenschutzbe-

(Ralf Niedmers)

auftragten aufgrund des Testcharakters des Projekts keine Notwendigkeit bestehe. Auch ein Testprojekt kann die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen verletzen. Der Verweis auf den Testcharakter ist unzureichend und kann so nach Ansicht der CDU-Fraktion nicht hingenommen werden.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GRÜNE* und *Finn-Ole Ritter FDP*)

Das Vorgehen des Senats ist nach Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion auch rechtlich fragwürdig. Das Hamburgische Transparenzgesetz sieht in Paragraf 3 Absatz 2 Nummer 9 für Geodaten eine Veröffentlichungspflicht vor. Dieses Versäumnis muss im Ausschuss – das ist unsere feste Überzeugung – auch noch einmal ausführlich von den Senatsvertretern erläutert werden.

Gleichwohl setzt die FDP-Fraktion unserer Meinung nach einen falschen Schwerpunkt in ihrem Antrag.

(*Urs Tabbert SPD:* Das ist permanent bei denen so!)

Es besteht oftmals ein Spannungsfeld zwischen den Erfordernissen der Informationsfreiheit auf der einen Seite und des Datenschutzes auf der anderen. Daher müssen wir gerade bei der Erhebung und Bereitstellung öffentlicher Informationen stets sorgfältig abwägen. Ziel sollte deshalb sein, eine größtmögliche Transparenz zu erreichen. Nur wenn ein Bürger genau weiß, erstens wann, zweitens wo, drittens zu welchem Zweck und viertens in welchem Umfang Daten erhoben werden, kann er persönlich auch abwägen, ob er sich in seinen Rechten beeinträchtigt sieht oder nicht. In dem vorliegenden Fall ist also nicht der Schutz der Daten selbst das Hauptproblem, sondern insbesondere die Intransparenz der Arbeit von Behörden oder Landesbetrieben. Der Bürger erfährt gar nicht erst, dass diese Aufnahmen gemacht werden. Allein damit schränkt der Senat die Rechte der betroffenen Bürger ein.

Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte Professor Caspar hat auf einer Bundestagung zur Informationsfreiheit im September eine interessante grundsätzliche Aussage zu dieser Problematik formuliert. Er hat in einem Fachvortrag gesagt:

> "In der Demokratie als der Regierungsform, die auf der Herrschaft des Volkes gründet, muss das Wissen zum Volk kommen. […] Der Zugang zu Informationen, die im Besitz der öffentlichen Verwaltung sind, vermittelt erst die Möglichkeit einer qualifizierten demokratischen Teilhabe."

Demnach eignet sich auch dieses Thema für eine grundsätzliche Debatte über Informationsfreiheit. Dass der Senat Nachhilfe genau in dieser Frage benötigt, ist allen Beteiligten in diesem Hause hinlänglich bekannt. Nicht umsonst bemängelt das Parlament ständig, dass der Senat Schriftliche Kleine Anfragen nur unzureichend beantwortet, ein Missstand, der abgeschafft gehört.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Kurt Duwe FDP* und *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Auch die 32 Rügen der Bürgerschaftspräsidentin an den Senat innerhalb der ersten zwei Jahre der SPD-Alleinregierung sprechen eine deutliche Sprache. Die CDU-Fraktion unterstützt daher den Antrag auf Überweisung an den Rechtsausschuss, um sich sodann im Unterausschuss für Datenschutz und Informationsfreiheit dieses Themas noch einmal ausführlich annehmen zu können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Müller.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Tabbert, Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen schätzen die Bedeutung des Themas ein bisschen zu gering ein, wenn Sie uns damit abspeisen wollen, dass das nur ein Test gewesen sei. Erinnern Sie sich einmal daran, was los war, als Google das gemacht hat.

(*Urs Tabbert SPD:* Das war ja kein Test!)

Da war viel los – zu Recht, denn da sind noch ganz andere Sachen gescannt worden als Geodaten. Wenn die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg nun mitbekommen, dass ein Wagen durch die Straßen fährt und filmt,

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Die filmen nicht, die machen Fotos! Das ist was anderes!)

woher sollen sie dann wissen, dass das ein Test ist? Das ist erst einmal für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar. Deswegen bin ich schon der Überzeugung, dass dieser Fall uns aufzeigt, dass hier möglicherweise Regelungsbedarf besteht. Wenn es aber so ist, dass ein Landesbetrieb die Genehmigung dafür erteilt hat, so wie sie jetzt vorliegt, dann zeigt das auch, dass wir als Bürgerschaft und Senat Hilfestellung zur Sensibilisierung bei diesem Thema leisten müssen. Sie senden als Regierungsfraktion das Signal aus: Ist doch alles gut, der Antrag wird abgelehnt und noch nicht einmal an den Ausschuss überwiesen. Damit werden Sie dem Thema nicht gerecht, und ich glaube, wenn das öffentlicher würde, dann hätten Sie ein richtiges Problem in dieser Stadt, das zu rechtfertigen.

Sie haben minuziös heruntergebetet, warum dieses und jenes aus Ihrer Sicht nicht regelungsbedürftig sei, und der FDP-Fraktion vorgeworfen, keinen Antrag vorgelegt zu haben, in dem steht, was konkret zu ändern sei. Dieser Antrag war ein Ange-

(Farid Müller)

bot der Kolleginnen und Kollegen von der FDP zu sagen, hier ist ein Problem, und bevor wir euch gleich mit einem Gesetzentwurf oder Gesetzesänderungen erschlagen, lasst uns doch im Ausschuss darüber reden. Das halte ich eigentlich für den richtigen Ansatz.

Wir werden demnächst, sechs Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes, erst den Bericht im Ausschuss haben. Da hätte dieses Thema sehr gut gepasst, um zu schauen, wie weit die Verwaltung ist. Hat zum Beispiel der Landesbetrieb auch schon einmal überlegt, wie er mit diesem Gesetz umgeht? All diese Fragen zu behandeln, wäre anhand des Antrags möglich gewesen. Nun müssen wir als Opposition wieder überlegen, wie wir dieses Thema trotzdem in den Ausschuss bekommen, denn ich glaube schon, dass es wichtig ist, uns dieser Regelungslücke irgendwie anzunehmen. Es geht dabei nicht darum, dass wir den Landesbetrieb oder die Stadt Hamburg lahmlegen wollen, sondern es geht darum, wie wir die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt schützen können und gleichzeitig eine größtmögliche Transparenz ermöglichen. Ihre Antwort wird diesem Ziel nicht gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie ich das verstanden habe, ist der Stand der: Am 7. März fuhr ein Fahrzeug zur Erhebung von 360-Grad-Panoramaaufnahmen eine Strecke von 25 Kilometern ab, von der Innenstadt nach Altona. Die Aufnahmen wurden vom Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung in Auftrag gegeben. Sie dienen dem Pilotprojekt Verwaltung und Bereitstellung von hamburgischen dreidimensionalen Daten für die Geodateninfrastruktur Hamburg und der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Schaffung einer europäischen Geoinfrastruktur. Das Pilotprojekt soll laut Auskunft des Senats darüber Aufschluss geben, ob es möglich ist, die Gebäudemodelle eines digitalen 3D-Stadtmodells automatisiert mit den auf diesem Weg gewonnenen Aufnahmen der Fassaden zu verbinden; das finde ich eigentlich ein ganz spannendes Vorhaben. So richtig lohnt sich die Aufregung nicht und ich habe nicht ganz verstanden, warum das Thema zur Debatte angemeldet worden ist.

(*Hansjörg Schmidt SPD:* Wir auch nicht!)

Wir werden dem Antrag im Endeffekt zustimmen, auf jeden Fall aber dem Überweisungsbegehren, aber wir stimmen insbesondere dem Anliegen zu, in Zukunft die Öffentlichkeit einen Monat vorher zu informieren; das finden wir eine angemessene Forderung.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Mit dem zweiten Punkt haben wir allerdings Probleme, denn wir sehen nicht, auf welche rechtliche Grundlage sich die Forderung nach einer Widerspruchsmöglichkeit bezüglich der Datenerhebung stützen soll. Es gibt dafür nach unserer Auffassung keine gesetzliche Grundlage. Wenn Sie eine gesetzliche Grundlage schaffen wollen, dann wäre es gut, wenn Sie das in den Antrag schreiben würden oder sagen würden, wie es geregelt werden soll. Bisher gibt es für die Datenerhebung keine gesetzliche Grundlage.

Ihr Verweis auf die Selbstverpflichtung von Google und Co., hinter der die öffentliche Hand nicht zurückstehen sollte, leuchtet uns nicht ganz ein, denn die dort eingeräumte Widerspruchsmöglichkeit bezieht sich nur auf die Veröffentlichung der bereits gewonnenen Daten und nicht auf die Erhebung. Eine Veröffentlichung ist jedoch nach Angaben des Senats nicht vorgesehen. Zwar können, das konzedieren wir, Daten, die erst einmal da sind, theoretisch auch veröffentlicht werden, aber das wäre dann ein anderes Problem, das fassen Sie mit diesem Antrag nicht.

Ich finde es wirklich schade, dass das nicht überwiesen wird, denn die Diskussion, die wir hier führen, gehört eigentlich in einen Fachausschuss. Dort würde mich dann auch interessieren, was die Umsetzung dieser EU-Richtlinie bedeutet, welche Projekte damit verbunden sind und ob sich da nicht noch einige der Probleme verstecken, die Sie in Ihrem Antrag angesprochen haben. Wir stimmen also nicht mit allem überein, werden aber in der Abwägung von allem diesen Antrag unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ritter.

Finn-Ole Ritter FDP:* Ich möchte Herrn Tabbert noch einmal bitten, dafür zu sorgen, dass dieser Antrag an den Fachausschuss überwiesen wird. Alle vier Oppositionsfraktionen haben Bedarf angemeldet, über das Thema zu sprechen, ob sie nun inhaltlich allem zustimmen oder nicht.

Zu unserem Antrag: Wenn man sich das Petitum des Antrags anschaut, dann wird der Senat in ihm ersucht, die öffentlichen Unternehmen, Landesbetriebe und die Behörden anzuweisen; da steht also genau, was wir wollen.

Ich möchte noch einmal auf meine Nachfrage in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage eingehen, wie denn der Senat momentan mit der möglichen Berührung von Grundrechten umgeht, wie er dies beurteilt und auf welcher Grundlage er handelt. Vielleicht fehlt manchem die Nachfrage-SKA, das will ich jedem zugutehalten, aber auf unsere Frage,

(Finn-Ole Ritter)

auf welcher gesetzlichen Grundlage diese Testfahrt vorgenommen wurde, antwortet der Senat:

> "Die zuständige Behörde ist der Auffassung, dass für die Erhebung der Testdaten eine Rechtsgrundlage nicht erforderlich ist."

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dieses Thema sollten wir dringend besprechen, denn sich auf das Argument zurückzuziehen, dass, weil es sich nur um eine Testfahrt von 25 Kilometern handele, in Kauf zu nehmen sei, dass eventuell Grundrechte eingeschränkt werden, halten wir für haltlos. Wir bitten den Senat oder auch die SPD-Fraktion, diesen Antrag zu überweisen, damit wir uns ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen können.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/7414 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer den Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/7414 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt meine Frage an die Geschäftsführer: Wollen wir jetzt den Tagesordnungspunkt 59 besprechen? – Gut.

Dann rufe ich den Punkt 59 der Tagesordnung auf, Drucksache 20/7424, Antrag der CDU-Fraktion: Keine Abstriche beim Schutz des Kindeswohls hinnehmen – unverzügliche Nachbesetzung freier Stellen in den Allgemeinen Sozialen Diensten sicherstellen!

[Antrag der CDU-Fraktion:
Keine Abstriche beim Schutz des Kindeswohls hinnehmen – unverzügliche Nachbesetzung freier Stellen in den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) sicherstellen!
– Drs 20/7424 –]

Hierzu liegen Ihnen als Drucksachen 20/7570 und 20/7595 Anträge der GRÜNEN und der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Nachbesetzung freier Stellen in den Bezirken – nicht bei Angeboten für Kinder und Familien sparen!
– Drs 20/7570 –]

[Antrag der SPD-Fraktion:
Kinderschutz hat Priorität – Stärkung der ASD in Hamburg weiter vorantreiben
– Drs 20/7595 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr de Vries, bitte.

Christoph de Vries CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Jessica, Lara Mia, Chantal – Sie kennen die Namen. Immer wieder nehmen wir mit Entsetzen und Trauer Nachrichten vom sinnlosen Tod dieser Kinder auf, die ihr Leben viel zu früh verloren haben, und das, obwohl sie sich zum Teil in der Obhut des Jugendamts und damit des Staats befanden. Immer wieder gibt es in dieser Stadt gravierende Fälle von Vernachlässigung und Kindeswohlgefährdung. Der Schutz unserer Kinder vor Vernachlässigung und Gewalt ist und bleibt deshalb unsere gemeinsame Aufgabe, eine Aufgabe, die auch unzweifelhaft Vorrang haben muss vor anderen Aufgaben.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke* und *Katharina Fegebank, beide GRÜNE*)

Nach dem qualvollen Tod Jessicas im Jahre 2005 gab es in unserer Stadt einen Konsens aller politischen Kräfte, dass der Schutz des Kindeswohls absoluten Vorrang haben muss, und das bedeutet, dass alle Stellen in den ASD der Jugendämter unverzüglich wiederbesetzt werden müssen und es keine längeren Vakanzen gibt. Ich will Ihnen kurz die Grundlagen dafür nennen: Das war einmal die Drucksache 18/2926, die Senatsdrucksache "Hamburg schützt seine Kinder" – ein umfassender Maßnahmenkatalog, der eine deutliche personelle Aufstockung der ASD vorsah, 20 Stellen wurden aus dem Landesbetrieb LEB übertragen und zehn zusätzliche Kräfte eingestellt – und der Bericht des Sonderausschusses "Vernachlässigte Kinder", die Drucksache 18/3592. Ich zitiere, was das Parlament damals einstimmig festgehalten hat. Es sagte zu den Allgemeinen Sozialen Diensten:

> "Die bestehenden Einrichtungen – etwa Jugendamt und Allgemeine Soziale Dienste – müssen personell so ausgestattet werden, dass sie alle gesetzlich begründeten Aufgaben ordnungsgemäß und zeitnah erledigen können. […] Die Allgemeinen Sozialen Dienste müssen wieder in die Lage versetzt werden, Familien aufzusuchen."

Ein wichtiger Punkt, weil das eben lange Zeit nicht geschehen ist und mit ein Grund für die Todesfälle gewesen ist. Und jetzt kommt es:

> "Dazu gehört insbesondere, gemeinsam mit den Bezirksämtern dafür Sorge zu tragen, dass alle vakanten Personalstellen des ASD umgehend besetzt werden."

(Christoph de Vries)

Noch im letzten Jahr, im Nachgang zum Tode Chantals, hat Senator Scheele öffentlich erklärt, dass es keine Kürzungen beim ASD geben werde und der ASD ein Schonbereich sei, der von Kürzungen auszunehmen ist. Die Realität in den Hamburger Jugendämtern sah leider zwischenzeitlich anders aus. Ursächlich dafür sind die finanzpolitischen und personalwirtschaftlichen Rahmenvorgaben, die der Senat gesteckt hat; ich will sie kurz nennen. Das sind die globalen Minderausgaben, die wir in den Einzelplänen der Bezirksämter finden, das ist die Reduzierung der Vollzeitäquivalente, wie es so schön bürokratisch heißt, also die Reduzierung der Beschäftigten, von der auch die Bezirksämter betroffen sind, aber das ist vor allen Dingen die chronische Unterfinanzierung der Bezirksämter. Mit diesen Maßnahmen hat der Senat den gemeinsamen Auftrag, freie Stellen ohne zeitlichen Vorlauf wiederzubesetzen, infrage gestellt und die Einhaltung dieser gemeinsamen politischen Vorgabe gefährdet.

> (Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke*, *Katharina Fegebank, beide GRÜNE,* und *Tim Golke DIE LINKE*)

Was haben die Bezirksämter gemacht, die freie Stellen hatten? Sie haben sich an den Senat gewandt und gefragt, wie sie damit umgehen sollen. Das gilt nicht nur für den ASD, sondern auch für viele andere wichtige Bereiche in dieser Stadt: Lebensmittelkontrolleure, Amtsvormünder, es geht um die Vorbereitung der Bundestagswahl und vieles mehr. Wie hat der Senat auf die Hilferufe der Bezirksämter reagiert? Er hat sie im Grunde kläglich im Regen stehen lassen und die Probleme schlichtweg ignoriert, weil die Personalmittel einfach nicht ausreichen, um diese freien Stellen wiederzubesetzen.

Ich will kurz aus den Schreiben zitieren. Da ist einmal das Schreiben des Bezirksamts Bergedorf vom 22. Februar dieses Jahres als Antwort auf ein Schreiben der Finanzbehörde, in dem das Bezirksamt selbst auf die Problematik verweist:

> "Diese Erlaubnis"

– also die Erlaubnis, Stellen zu besetzen –

> "ist allerdings ausdrücklich mit der Auflage verbunden, die Personalbudgets der bezirklichen Pläne einzuhalten. Dies kann jedoch im Bezirksamt Bergedorf schon für 2013 nicht erreicht werden."

Das Bezirksamt Bergedorf hat dort nämlich ein Defizit von 700 000 Euro, und damit steht es nicht alleine da.

Nachdem sich auch an die BASFI gewandt wurde, schreibt ihr Staatsrat am 4. März:

> "[…] dass ich generell der Auffassung bin, dass es behördenübergreifende Absprachen bezüglich der weiteren Personalentwicklung in den Bezirken im Bereich des ASD, der Eingliederungshilfe und weiterer Bereiche bedarf, ist Ihnen bekannt. Dies kann und darf aber nicht dazu führen, dass nun einzelne Besetzungsentscheidungen übersandt werden. Das hielte ich für das weitere Verfahren für kontraproduktiv."
>
> (Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Der fachlich zuständige Staatsrat sagt also, wenn sich die Bezirksämter hilfesuchend an ihn wenden: Verschont mich mit diesen Hilferufen, das ist für das Verfahren kontraproduktiv. Ich glaube, das spricht für sich.

Der Gipfel ist aber ein Schreiben der Finanzbehörde vom 7. Februar. Da heißt es ganz unmissverständlich:

> "Eine Stellenbesetzung ohne ausreichendes Personalausgabenbudget ist aber ohne Ausnahme unzulässig."

Ohne Ausnahme – damit ist die Botschaft eindeutig und unzweifelhaft. Hier herrscht das Primat des Haushalts, und im Zweifel hat die Einhaltung der Personalbudgets Vorrang vor der Handlungsfähigkeit der ASD. Das ist absolut indiskutabel, und wenn es um den Schutz des Kindeswohls geht und um die Ausübung des staatlichen Wächteramts, ist diese Aussage auch skandalös.

> (Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir als CDU sind der Ansicht, dass ein verantwortungsvoll handelnder Senat in einem so sensiblen Bereich, wie es der ASD ist, nicht so desinteressiert agieren darf, denn hier geht es um Kinder, die zum Teil aus völlig desolaten Verhältnissen kommen und deswegen in besonderem Maße auf die staatliche Fürsorge angewiesen sind. Da helfen auch fromme Sonntagsreden nicht weiter.

> (Beifall bei der CDU)

Durch die Vorgaben, die der Senat gemacht hat, und durch die ignorante Haltung, mit der er auf die Hilferufe reagiert hat, hat der Senat faktisch die parteiübergreifende Maxime, die ich genannt habe, aufgekündigt und die Bezirksämter zwischenzeitlich einfach im Regen stehen lassen. Das ging über mehrere Wochen so; die ersten Briefe, die auf das Problem hingewiesen haben – es ist ein absehbares Problem –, datieren bereits aus dem Sommer letzten Jahres. Es waren erst der Aufschrei der CDU-Fraktion in Altona und der Aufschrei, den die CDU-Bürgerschaftsfraktion in der letzten Woche mit ausgelöst hat, die nun offensichtlich Wirkung beim Senat gezeigt haben, denn letzten Freitag hat der Chef der Senatskanzlei – ich sehe ihn nicht – gegenüber den Bezirksämtern erklärt, dass ab sofort in den Jugendämtern wieder alle Stellen zu besetzen seien, und das un-

(Christoph de Vries)

abhängig vom Prognosestand der Personalbudgets. Aber das Dilemma bleibt: Die Fachbehörde sagt einerseits, die ASD seien ein Schonbereich, stellt andererseits aber keine Personalmittel bereit, sie kann dies auch gar nicht. Und die Finanzbehörde fordert, wenn sich an sie gewandt wird, die Einhaltung der Personalbudgets. Dieses Dilemma ist nicht aufzulösen und musste früher oder später platzen. Die Ursache der Unterfinanzierung bleibt – leider, muss man sagen –, und deswegen bleibt auch das Problem der Jugendämter.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE* und *Tim Golke DIE LINKE*)

Was uns aber positiv stimmt, ist die Hektik, die wir mit unserem Antrag hinter den Senatskulissen ausgelöst haben, und der abrupte Kurswechsel, den der Senat innerhalb weniger Tage vollzogen hat. Das zeigt uns, dass wir den Finger in die richtige Wunde gelegt haben.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE* und *Tim Golke DIE LINKE*)

Jugendhilfe darf in dieser Stadt nicht nach Kassenlage vollzogen werden. Der Kinderschutz muss Vorrang haben, und das dauerhaft und ohne Rücksicht auf politische Mehrheiten.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage ganz eindeutig: Wir Christdemokraten sind nicht bereit, irgendwelche Abstriche beim Schutz des Kindeswohls zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Auch wenn die Kuh vielleicht temporär vom Eis sein mag, das strukturelle Problem bleibt, und deswegen hat unser Antrag auch nichts an Aktualität eingebüßt. Wir wollen dauerhaft, dass alle freien Stellen im ASD unverzüglich wiederbesetzt werden und keine Vakanzen entstehen.

(Beifall bei der CDU – Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Weil die Haltung des Senats zeigt, dass sich das dort nicht durchgesetzt hat und man erst auf öffentlichen Druck reagiert, ist das ein klares Signal an uns als Parlament, den langjährigen Konsens, der seit 2006 galt, in diesem Parlament zu erneuern, um ein klares Zeichen gegenüber dem Senat zu setzen. Ein personell gut ausgestatteter ASD ist zwingend notwendig, damit der Staat sein staatliches Wächteramt umfassend ausüben kann.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wir haben kurzfristig den vorliegenden Zusatzantrag der SPD "Kinderschutz hat Priorität – Stärkung der ASD in Hamburg weiter vorantreiben" bekommen. Wir haben großes Verständnis dafür, wenn man hin und wieder Gefälligkeitsanträge vorlegt, um dem Senat etwas den Druck zu nehmen und besser dazustehen. Aber was Sie hier schreiben, ist der Sache nicht angemessen und unwürdig. Wir als Bürgerschaft sollen den Senat für die eingeleiteten Maßnahmen loben, nämlich dass er in der Vergangenheit Stellen besetzt hat, obwohl er offenlässt, wie die Stellen in Zukunft besetzt werden sollen. Das Zweite ist auch ein sensationeller und wegweisender Punkt, nämlich dass der Senat uns über die Besetzung der Stellen halbjährlich berichten soll. Herzlichen Glückwunsch, das fordern wir eigentlich alle drei Monate mit Schriftlichen Kleinen Anfragen.

(*Jan Quast SPD:* Das müssen Sie gar nicht mehr!)

Dieser Antrag ist mehr als flüssig – er ist überflüssig und der Sache nicht dienlich. – Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Schmitt, Sie haben das Wort.

Frank Schmitt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst fünf Aspekte herausstellen.

Erstens gehe ich davon aus, dass wir uns alle einig sind, dass der Schutz des Kindeswohls in unserer Stadt höchste Priorität hat.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens spielen die Allgemeinen Sozialen Dienste beim Schutz des Kindeswohls die zentrale Rolle.

Drittens stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uneingeschränkt zu dem Konsens, dass im Allgemeinen Sozialen Dienst jede freiwerdende Stelle so schnell wie möglich nachbesetzt werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Viertens sind im Augenblick 96 Prozent aller Stellen in den Allgemeinen Sozialen Diensten besetzt.

Und fünftens laufen für alle vakanten Stellen Nachbesetzungsverfahren.

(Beifall bei der SPD)

Zu Irritationen mag es gekommen sein, weil einzelne Bezirksämter die Finanzbehörde gefragt haben, ob sie ihr Budget überziehen dürfen, um ASD-Stellen nachbesetzen zu können. Wenn man der Finanzbehörde solch eine Frage stellt, dann bekommt man natürlich die Antwort, dass das Budget einzuhalten ist. Diese Irritationen sind mittlerweile ausgeräumt, alle sieben Bezirksamtsleiter haben in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Finanzsenator letzten Freitag bestätigt, dass sie weiterhin die sofortige Nachbesetzung aller vakanten ASD-Stellen anstreben. Die ASD sind als sogenannter

(Frank Schmitt)

Schonbereich privilegiert. Hier soll und wird jede Stelle unmittelbar besetzt.

(Beifall bei der SPD)

Aktuell, um ganz genau zu sein – das ergibt sich aus der Schriftlichen Kleinen Anfrage 20/7354 der Abgeordneten Wersich, de Vries und anderen –, sind mit Stand 2. April 2013 rund 96,5 Prozent der Stellen im ASD besetzt. Die anderen dreieinhalb Prozent, das sind sage und schreibe 11,91 von insgesamt 342,48 Stellen, sind Vakanzen. Wenn Sie ehrlich sind, werden Sie mir zustimmen, dass sich diese im normalen Rahmen bewegen. Kolleginnen und Kollegen haben sich anderweitig beworben, manche sind in Rente gegangen, andere in Mutterschutz oder in Elternzeit, wieder andere haben ihren Stundenanteil für Teilzeitarbeit reduziert mit der Folge, dass Stellenanteile vakant sind. Das ergibt sich aus dieser Anfrage.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Und das ist jetzt plötzlich zum 1. April passiert?)

Wenn Sie die Entwicklung der Vakanzen in der Vergangenheit betrachten, dann werden Sie feststellen, dass wir auf einem guten Weg sind. Noch vor einem Jahr war die Vakanzquote fast doppelt so hoch, und so waren bei der gleichen Sollstellenzahl von 342,48 Stellen Ende März 2012 20,45 Stellen unbesetzt. Noch ein Quartal früher, Ende 2011, lag die Vakanz trotz 2,5 weniger Sollstellen sogar bei 28,88 Stellen, das ist fast das Zweieinhalbfache von heute. Das Defizit an unbesetzten ASD-Stellen konnte seither um nahezu 60 Prozent reduziert werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie erinnern sich vielleicht daran, woran diese Fluktuation lag. Vor dem Hintergrund neuer gesetzlicher Vorgaben und einer daraus resultierenden Erhöhung des Stellenbestands der Amtsvormundschaften hatte es zu Beginn des Jahres 2012 eine Abwanderungswelle aus dem ASD hin zu den Amtsvormundschaften gegeben. Der Senat hat diese für den ASD höchst problematische Entwicklung durch eine Anhebung der Eingruppierung des ASD in die Entgeltgruppe 10 an die Amtsvormundschaft angeglichen, um diese Fluktuation zu stoppen. Wir konnten feststellen, dass diese Maßnahme erfolgreich war.

(Beifall bei der SPD)

Der Kinderschutz hat höchste Priorität, darüber herrscht Einigkeit in der Hamburgischen Bürgerschaft. Ich hatte gehofft, dass Konsens besteht, dass dieses Thema viel zu ernst ist, als erneut zu versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen. Wir alle haben aus dem tragischen Tod von Jessica, Lara Mia und Chantal parteiübergreifend gelernt. Die Allgemeinen Sozialen Dienste wurden personell gestärkt. Dabei konnte der SPD-Senat mit Beginn dieser Legislaturperiode an die Reformbemühungen des Vorgängersenats anknüpfen. Die Allgemeinen Sozialen Dienste sind wesentlicher Garant der sozialen Grundversorgung für die Familien und Kinder in unserer Stadt. Sie bewahren Kinder vor Gefährdungen und unterstützen die Eltern bei der Erziehung. Ich möchte an dieser Stelle wieder die Gelegenheit nutzen, den Kolleginnen und Kollegen in den Allgemeinen Sozialen Diensten für die schwierige Arbeit, die sie engagiert leisten, im Namen meiner Fraktion zu danken.

(Beifall bei der SPD)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen uneingeschränkt zu dem Konsens, dass im Allgemeinen Sozialen Dienst jede frei werdende Stelle so schnell wie möglich nachbesetzt werden soll. Und ich sage noch einmal: Die freien Stellen werden von den Bezirksämtern unverzüglich nachbesetzt. Deshalb halten wir den Antrag der CDU für schlichtweg überflüssig und werden ihn ablehnen.

(*Dietrich Wersich CDU:* Die Wiederbesetzung wollen Sie ablehnen?)

Die Staatsräte, die BASFI, die Finanzbehörde und die Bezirksamtsleitungen kontrollieren den Stand der Stellenbesetzungen in den Allgemeinen Sozialen Diensten in der Steuerungsgruppe Jugendhilfe laufend. Mit unserem Alternativantrag werden wir dafür sorgen, dass wir die Entwicklung bei der Stellenbesetzung in den Allgemeinen Sozialen Diensten mit Ihnen allen gemeinsam auch parlamentarisch verfolgen. Wir ersuchen daher den Senat, im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss regelmäßig über die personelle Entwicklung in den Allgemeinen Sozialen Diensten zu berichten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Blömeke, Sie haben das Wort.

Christiane Blömeke GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Schmitt, es ist wirklich großartig, dass Sie den Senat ersuchen, halbjährlich die Zahlen an den Ausschuss zu liefern. Das ist sensationell und bringt den Kinderschutz richtig voran.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Das war ironisch, falls Sie das nicht verstanden haben. Erst einmal können wir uns die Zahlen jederzeit per Anfrage besorgen, und unter Schwarz-Grün gab es den Bericht vierteljährlich,

(*Jan Quast SPD:* Das war auch nötig!)

so viel dazu. Trotzdem würden wir diesem Punkt sogar zustimmen, damit wir nicht immer mühsam nach den Zahlen fragen müssen. Hier unterschei-

(Christiane Blömeke)

den wir uns, das nehme ich schon einmal vorweg, von der CDU.

Aber lassen Sie mich, bevor ich inhaltlich auf den ASD eingehe, noch einmal meine Verwunderung darstellen. Ich zumindest – und ich habe mich auch bei den anderen Fraktionen erkundigt – weiß nicht, warum Senator Scheele und sein Staatsrat heute nicht da sind.

> (*Jan Quast SPD:* Der Bezirkssenator ist doch da! Der ist doch zuständig!)

Wenn Sie es wissen, wäre ich froh, wenn Sie es mir sagen würden. Wir reden über ein wichtiges Thema, und zwar über den Kinderschutz und den Allgemeinen Sozialen Dienst. Ich sehe Herrn Tschentscher, und ich habe auch nicht gesagt, dass kein Senator da ist, sondern dass Senator Scheele nicht da ist. Herr Tschentscher ist vielleicht da, um über das Personalbudget zu sprechen, wir reden aber auch über Kinderschutz.

> (Beifall bei den GRÜNEN und der CDU und bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Wenn wir uns alle so einig wären, wie Sie gesagt haben, Herr Schmitt, dann dürfte es für die SPD ein Leichtes sein, die Anträge alle anzunehmen. Davon gehe ich jetzt aus, und die Einigkeit, die Sie vorangetrieben haben, ist natürlich richtig. Das ganze Haus steht hinter dem Kinderschutz, nur lässt er sich in der Praxis nicht daran bemessen, wie Sie vorgehen. Die Nachbesetzung, die wir leisten müssen, stellt sich etwas anders dar, als Sie es formuliert haben. Das will ich gleich ausführen, vorher würde ich aber gern noch auf Ihren Antrag eingehen.

Sie sagen, dass Kinderschutz Priorität besitze, machen eine Einleitung und kommen dazu, dass wir die eingeleiteten Maßnahmen, die noch nicht einmal umgesetzt sind, unterstützen sollen. Das ist Ihr Beitrag zum Kinderschutz. Das ist, ich wollte gerade sagen erbärmlich, jedenfalls eindeutig zu wenig,

> (Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christoph de Vries CDU* und *Tim Golke DIE LINKE*)

vor allen Dingen, wenn wir uns die Maßnahmen einmal anschauen. Die Maßnahmen sind die Jugendhilfeinspektion und ein Qualitätsentwicklungssystem. Beides bringt nicht viel, wenn Sie gleichzeitig die Axt an der Basis ansetzen, nämlich beim Personal im Allgemeinen Sozialen Dienst.

Herr de Vries, ich habe mich auch gefragt, ob wir die Debatte heute vielleicht sein lassen können, weil sich die Situation wieder entspannt hatte. Aber leider hat sie sich doch noch nicht entspannt, denn über die Zukunft sagen Sie wenig. Wir haben die Situation, dass der Senat die Bezirke in einen Würgegriff nimmt. Anders kann man das nicht ausdrücken. Dass das Personalbudget nicht überschritten werden darf und die Tarife nicht in der Höhe erstattet wurden und jetzt in den Bezirken hängenbleiben, verschärft die Situation zusätzlich.

> (*Wolfgang Rose SPD:* Das ist ja ganz was Neues!)

– Nein, das ist nichts anderes. Das führt zum Defizit bei den Bezirken.

Wir haben uns das nicht ausgedacht und brauchten die Nichtbesetzung oder mangelnde Nachbesetzung nicht zu suchen – Herr Schmitt, Sie meinten, dass wir lange suchen mussten, wo das Problem ist –, sondern SPD-Bezirksamtsleiter haben sich an den Finanzsenator gewandt und das Thema in den Bezirken diskutiert. Das sollte auch an Ihnen nicht vorbeigegangen sein. Wir haben von Herrn de Vries schon Zitate gehört, eines würde ich gern ergänzen. Von einem Bezirksamtsleiter wurde an zwei Staatsräte geschrieben:

> "Die Gewährleistung einer ordnungsgemäßen Aufgabenwahrnehmung in den betroffenen Fachämtern lässt keine Reduzierung der Personalausstattung zu. Möglichkeiten zum Ausgleich der dort bestehenden beziehungsweise in Kürze eintretenden Vakanzen durch Umsetzung von Personal zu anderen Fachämtern oder zulasten anderer Fachämter sind nicht gegeben."

Dass er das geschrieben hat, ist vernünftig. Es ist nicht so, dass wir lange suchen mussten, sondern das Problem war real da. Ich kann der CDU dankbar sein, dass das in den Bezirken aufgegriffen wurde und dass wir heute darüber sprechen. Erst durch diesen Druck hat sich Ihr Senator bewegt und hat Ihre Fraktion mit ein wenig Nachdruck gearbeitet, sodass die Stellen nachbesetzt worden sind.

> (Beifall bei den GRÜNEN und der CDU und bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Auf Dauer gesehen kommen wir damit aber nicht weiter. Auch ich möchte noch einmal an die Aussage von Senator Scheele im Zusammenhang mit dem Tod von Chantal erinnern. Er sagte eindeutig, dass der ASD in allen Bezirksämtern als Schonbereich von Personalkonsolidierungen ausgenommen wird. Wir möchten, dass die etwas vollmundige Ankündigung dauerhafte Realität bleibt. Sie zucken mit den Schultern, aber die Realität sieht nun einmal nicht so aus. Wenn Sie sich jetzt dahinterklemmen, dann können wir zufrieden sein, wir werden das beobachten.

Zum Kinderschutz in den Bezirken möchte ich noch etwas sagen. Die Bezirke können im Moment nur zwischen Pest und Cholera wählen. Wenn sie die Stellen im ASD besetzen, weil ihnen Kinderschutz wichtig ist, dann müssen sie die Stellen aus anderen Bereichen herausnehmen. Und auch der Bezirksamtsleiter, dessen Schreiben ich Ihnen eben vorgelesen habe, sagt ganz deutlich: Das

(Christiane Blömeke)

können wir nicht, wir haben in anderen Bereichen auch nicht ausreichend Personal. Wo sollen wir das bitte hernehmen? Deswegen nimmt der Senat die Bezirke in einen Würgegriff. Er schiebt die Verantwortung den Bezirken zu und sagt, diese müssen das Thema lösen. Das ist nicht der richtige Weg für den Kinderschutz, und darum ist der Antrag der CDU völlig richtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU und bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Mit der Nachbesetzung der jetzt vakanten Stellen ist das Thema im ASD nicht gelöst, das wissen Sie alle. Wir haben schon mehrfach darüber diskutiert, wir haben es im Fachausschuss gehabt, und wir haben als GRÜNE Fraktion Anträge gestellt, dass wir eine Fallzahlbegrenzung beim ASD einführen wollen. Es hat sich in dieser Richtung nichts, aber auch gar nichts bewegt. Es gibt noch immer ASD-Mitarbeiter, die mit über fünfzig bis achtzig Fällen belastet sind. Hier ist der Kinderschutz nach wie vor gefährdet, und ich frage mich, Herr Schmitt, wieso Sie dazu nichts gesagt haben. Warum sagen Sie nicht, dass im ASD nicht nur die vakanten Stellen besetzt werden müssen, sondern dass grundsätzlich mehr Personal erforderlich ist? Ich sehe keine Initiative von Ihnen. Stattdessen bringen Sie einen Antrag, dass wir halbjährlich die Zahlen sehen dürfen, und sagen: Beruhigt euch, wir machen etwas für den Kinderschutz, wir kontrollieren nämlich über unsere Jugendhilfeinspektionen. Was ist das für ein Verständnis von Kinderschutz, Herr Schmitt? – Das falsche.

Ein Wort noch zu unserem Zusatzantrag. Es geht nicht nur um die Allgemeinen Sozialen Dienste und das Jugendamt. Wir sind uns einig, dass das für den Kinderschutz prioritär wichtig ist. Aber die Sparzwänge, die Sie den Bezirken auferlegen, treffen auch die kommunalen Jugendhilfeangebote. Da sind Erziehungsberatungsstellen, Häuser der Jugend, Mädchentreffs und damit viele Stellen, die nicht voll besetzt werden können und in der Gefahr schweben, ganz gestrichen zu werden. Dazu darf es nicht kommen, denn auch die kommunalen Einrichtungen der Jugendhilfe und die Erziehungsberatungsstellen sind wichtige Elemente des Kinderschutzes und der Jugendhilfe. Dazu habe ich von Ihnen, Herr Schmitt, nichts gehört. Diese Sache muss man im Blick haben, und deswegen haben wir den Zusatzantrag gestellt.

Wenn die SPD den Kinderschutz ernst meint, so wie Sie gesagt haben, und wenn sie die Jugendhilfe wirklich vorantreiben möchte, dann muss sie den Würgegriff, der im Moment um die Bezirke gelegt wird, lockern und ermöglichen, dass die Erziehungsberatungsstellen wieder so arbeiten können, wie sie es eigentlich sollen, und dass auch die Häuser der Jugend ihrem Auftrag nachkommen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider* und *Tim Golke, beide DIE LINKE*)

Mich erreichte vor zwei Tagen nochmals ein Brief des Hauses der Jugend Tegelsbarg. Dort sind von vier Stellen nur zwei besetzt. Die reale Situation sieht so aus, dass Eltern einspringen, um die Jugendlichen zu betreuen. Auch das liegt in der Verantwortung der Bezirke, das ist völlig richtig. Aber von den Bezirken geht es hoch zum Finanzsenator, zu diesem Senat und zur SPD-Fraktion. Wenn Sie diese Situation nicht verändern, dann wird zusätzlich zu den Kürzungen, die Sie in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durchgezogen haben, eine noch desolatere Situation in den Bezirken und für die Familien vor Ort vorherrschen. Das können wir nicht hinnehmen, und deshalb haben wir unseren Zusatzantrag gestellt.

Ich möchte noch einmal an Sie appellieren, liebe Kollegen der SPD-Fraktion. Es ist ein sehr wichtiges Thema, und ich kann Sie nur auffordern, den Senat zu einer Kurskorrektur zu bewegen. Stellen Sie sicher, dass die Allgemeinen Sozialen Dienste nach den Ankündigungen von Senator Scheele dauerhaft Schonbereiche bleiben. Die Verantwortung dürfen Sie nicht allein den Bezirken überlassen, die das mit den Vorgaben und dem Personalbudget, das sie nicht überschreiten dürfen, nicht leisten können. Stellen Sie sicher, dass die Jugendhilfelandschaft für die Familien so erhalten bleibt, dass sie wirklich helfen kann. Ein Haus der Jugend, in dem von vier Stellen nur zwei besetzt sind, und ein Mädchentreff, bei dem es statt zwei Stellen nur noch eine halbe gibt, hilft den Familien nicht. Die Hilfe kommt nicht an und es kann keine Beziehung aufgebaut werden. Solche Anträge möchte ich von der SPD-Fraktion sehen, nicht einen Antrag zu einer Berichterstattung und dass wir etwas unterstützen sollen, das angekündigt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und vereinzelt bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! "Jugendämter – 'Mehr Blaulicht als Prävention'" titelte die "Welt" Anfang dieser Woche. Intensive Prävention wäre wünschenswert, damit es gar nicht erst zu Blaulichtsituationen kommt oder zumindest so selten wie möglich. Damit ist die Aufgabe des ASD klar: der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung. Aber der ASD hat noch viele andere Aufgaben. Hilfen zur Erziehung, Beratung in Trennungsfällen, begleiteter Umgang, Pflegekinderbetreuung und sozialräumliche Angebotsentwicklung gehören dazu. Die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Damit diese Aufgabenfülle bewältigt werden kann und die Mitarbeiter dem gesetzlichen Auftrag überhaupt nachkommen kön-

(Finn-Ole Ritter)

nen, müssen die Rahmenbedingungen und die personelle Ausstattung stimmen, denn nur ein arbeitsfähiger, gut ausgestatteter ASD wird es schaffen, die Kurve der Fälle von Hilfen zur Erziehung, die seit Jahren stetig steigt, zum Abflachen zu bringen.

Meine Damen und Herren! Natürlich müssen dafür alle Stellen besetzt sein, und das sollte selbstverständlich sein. Aber es muss auch – und das ist der Punkt, den wir weiterhin begleiten – zu weiteren Entlastungen und ehrlicher Aufgabenkritik im ASD kommen. Mit jedem neuen Konzept, das vom Senat eingeführt wird – wie zum Beispiel das Frühe-Hilfen-Konzept, das wir unterstützen –, kommen auf den ASD neue Aufgaben zu, ohne dass andere Aufgaben wegfallen. Die FDP-Fraktion hat im Rahmen der Haushaltsberatungen Vorschläge vorgelegt, zum Beispiel die übrigen Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket den Kindern und Jugendlichen zugutekommen zu lassen. Wir wollten außerdem einen Unterstützungsfonds für den ASD auflegen, und die einzelnen Abteilungen sollten selbst entscheiden, welche Entlastungen sinnvoll wären; zum Beispiel Mittel für Honorarkräfte, die Verwaltungstätigkeiten übernehmen, damit sich die Mitarbeiter auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren können. Der Senat hat stattdessen 15 Millionen Euro aus dem Bildungs- und Teilhabepaket im Haushalt versenkt.

Meine Damen und Herren! Sogar der Senat hat den Handlungsbedarf mittlerweile erkannt, und es wurden richtige Schritte eingeleitet – auch dazu muss Zeit sein –, was wir als FDP begrüßen. Da wären die Höhergruppierung des ASD, die Einführung einer Jugendhilfeinspektion, das Qualitätsmanagementsystem und das angekündigte Personalbemessungssystem. Liebe SPD-Fraktion, diese Maßnahmen sollten nicht dadurch sabotiert werden, dass die Stellen nicht nachbesetzt werden dürfen, wie es Herr de Vries ausgeführt hat.

Jetzt kommen wir zum Zusatzantrag, der wohl mit der heißen Nadel gestrickt wurde. Sie legen einen Zusatzantrag vor, der im Petitum 1 die Arbeit des Senats ausschließlich loben soll. Sehen Sie mir nach, dass wir das Petitum 1 nicht als wirklich notwendig ansehen und deswegen nicht zustimmen werden.

(*Jan Quast SPD:* Sie wissen das auch so, dass er gut arbeitet!)

– Danke, Herr Quast, Sie können sich immer mit Anträgen selber loben.

Der Berichtspflicht stimmen wir zu, obwohl wir diese im Familienausschuss längst vereinbart haben. Da wir das nun noch einmal beschließen sollen, bringt Wiederholung für die SPD-Fraktion wohl Sicherheit. Auch da können wir noch einmal über diese Stellenbesetzung sprechen. Obwohl das relativ überflüssig ist, haben Sie uns auf Ihrer Seite.

Meine Damen und Herren! Der staatliche Schutzauftrag gegenüber Kindern und Jugendlichen darf nicht zum Spielball parteipolitischen Gezänks werden. Deswegen sollten wir die Empfehlungen des Sonderausschusses Jessica ernstnehmen und uns daran halten, freie Stellen tatsächlich nachzubesetzen. Deshalb unterstützen wir den Antrag der CDU. Den Antrag der GRÜNEN können wir leider nicht annehmen, weil sie wie immer keinen Gegenfinanzierungsvorschlag machen. Den Antrag der SPD werden wir, weil wir uns wirklich Mühe gegeben haben, ziffernweise abstimmen lassen. Den ersten Punkt können wir wirklich nicht unterstützen, aber weil ich heute Geburtstag habe,

(Heiterkeit bei der SPD)

nehmen wir den zweiten Punkt an. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Golke, Sie haben das Wort.

Tim Golke DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In meinem Redemanuskript steht als Erstes ein kleiner geschichtlicher Abriss. Diesen hat jedoch Herr de Vries bereits geliefert, daher werde ich ihn mir sparen.

(*Wolfgang Rose SPD:* Interessante Übereinstimmung!)

Ich beginne mit dem Punkt "Konsens aller Parteien". Mir ist in der Vorbereitung auf diese Rede aufgefallen, dass der Konsens in jeder Legislaturperiode, ganz gleich, wer regiert hat, immer wieder zur Diskussion stand – immerhin nur zur Diskussion, jetzt aber offensichtlich zur Disposition. Wenn die Finanzbehörde auch für den ASD die Einhaltung der sogenannten Personalausgabenbudgets bei der Nachbesetzung der Stellen fordert, dann ist dies schlicht die Aufkündigung dieses Konsenses.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das stimmt doch gar nicht! Das ist doch Blödsinn!)

Ob der Senat dann noch irgendwie handelt, ist in dem Fall egal, weil das Problem bleibt. Es existiert nach unseren Kenntnissen nicht nur in Altona, sondern auch in Wandsbek, Eimsbüttel und Bergedorf. Das steht natürlich im Zusammenhang mit der "Pay-as-you-go"-Politik des Bürgermeisters.

Herr Schmitt, hören Sie mir zu. Die Darstellung, dass die Bezirksämter falsche Fragen an den Senat oder die Finanzbehörde stellen würden und dass die Finanzbehörde nur in der Lage sei, textbausteinartige Fragen zu beantworten, finde ich ein bisschen merkwürdig.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Politik setzt fort, dass das Kürzen in den Bezirken Vorrang hat. Damit gefährdet der Senat nicht nur den ASD, sondern auch die Durchführung vie-

(Tim Golke)

ler anderer wichtiger Aufgaben, die den Menschen dieser Stadt zum allergrößten Teil als Rechtsansprüche zustehen. Es gibt heute leise Hoffnungssignale, aber wenn das beim ASD weiter durchgezogen wird, dann sind die Folgen leider absehbar: weitere unnötige Kindeswohlgefährdungen.

14 Prozent unbesetzte Stellen im Bezirk Altona sind keine Kleinigkeit. Bestimmte Schonbereiche wie zum Beispiel Frauenhäuser oder auch der ASD werden nicht umsonst festgelegt. Wird die Finanzbehörde solche Vorgaben auch für die Feuerwehr ausgeben, um die Schuldenbremse und die damit verbundenen Personalbudgets einzuhalten? Wir fordern von Ihnen, Senator Scheele in Abwesenheit, dass Sie sich dafür stark machen und dass der ASD weiterhin Schonbereich bleibt. Immerhin wurden diesem Bereich in letzter Zeit eine Reihe weiterer Aufgaben zugewiesen. Oder meinen Sie, dass zum Beispiel neue Kontrollmaßnahmen und Dokumentationspflichten, die Umsteuerung von Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in soziale Hilfen und Angebote, die Betreuung von minderjährigen Flüchtlingen und die Einführung von JUS-IT von so wenig Personal erledigt werden kann? Von mehr Stellen sprechen Sie erst gar nicht, stattdessen ist für Sie Mehrarbeit der Mitarbeiter des ASD Programm.

DIE LINKE steht auch weiterhin zum parteiübergreifenden Konsens des ASD als Schonbereich. Wir werden dem Antrag der CDU daher zustimmen; er ist ein erster Schritt zu einer besseren Personalsituation.

(Beifall bei der LINKEN)

Dem Antrag der GRÜNEN werden wir ebenfalls zustimmen. Hier ist die Situation zum Teil sogar noch verschärft. Im Antrag wurde die Erziehungsberatung aufgeworfen, diese wird von den Bezirksämtern und von kirchlichen und freien Trägern angeboten. Hier spielt wieder das gestern von meinem Kollegen Hackbusch zutreffend formulierte Moment der mangelnden Übernahme von Tarifsteigerungen eine deutliche Rolle.

Jetzt zum Antrag der SPD. Als ich diesen gelesen habe, habe ich in etwa so geguckt wie Herr de Vries gerade hier vorn. Wir werden einem SPD-Antrag – und ehrlich,

(*Gerhard Lein SPD:* Wir sind immer ehrlich!)

dieser Antrag ist auch Ihrer unwürdig, Sie können das besser –,

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

der den Regelungsgehalt des Kaufes einer Brötchentüte hat, in Gänze nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Nun hat Senator Dr. Tschentscher das Wort.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn ich vom "Würgegriff" höre, dann darf ich an die Punkte erinnern, die ich gestern bereits erwähnt habe. Die Bezirke sind heute jedenfalls deutlich besser ausgestattet als in den letzten Jahren von Schwarz-Grün. Wir haben einen Großteil der Einsparverpflichtungen aufgehoben und nachträglich zusätzliche Aufgabenübertragungen mit entsprechendem Budget ausgestattet und anerkannt. Dadurch haben wir die Bezirke insgesamt in ihrer Haushaltsentwicklung – Sie haben die Haushaltspläne selbst beschlossen – deutlich über den Gesamthaushalt gesteigert.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet, dass wir 2014 um 10 Prozent höhere Budgets für die Bezirke haben als 2012, das sind 40 Millionen Euro mehr. Das alles ist trotzdem eine enge Haushaltsplanung, weil die Bezirke Teil dieser Stadt sind und insofern der gesamten Konsolidierungsverpflichtung unterliegen. Es kommt darauf an, dass man die wichtigsten Aufgabenwahrnehmungen der Bezirke ausreichend unterstützt und in der Priorität hochsetzt. Das tun wir, und das geschieht zwischen den Bezirksamtsleitern, in der Diskussion der Bezirksamtsleiter mit den Fachbehörden und im Austausch der Bezirke mit uns als Finanzbehörde.

Bei dieser Diskussion haben Sie aus einer Reihe von Schreiben zitiert, von vor einem halben Jahr und aktuell. Es ist ein bisschen schwierig, einzelne Sätze aus diesen Schreiben herauszunehmen, um sie dann so zu deuten, wie Sie es tun. Ich kann Ihnen versichern – und das gilt nicht nur für den ASD, erkundigen Sie sich in Altona beispielsweise über die Frage, wie wir dort in einem anderen gesetzlichen Leistungsbereich verfahren, um in der Tat wichtige Aufgaben abzuarbeiten –, dass diese ganzen Schreiben Ausdruck des gemeinsamen Bemühens von Bezirksamtsleitern, Fachbehörden und auch der Finanzbehörde sind, bestimmte Stellenbesetzungen eben nicht an formalen, personalwirtschaftlichen Maßnahmen scheitern zu lassen. Wenn man allerdings die Finanzbehörde fragt – es ist egal, welche Behörde –, ob man sein Budget einhalten muss, dann kann die Finanzbehörde nicht antworten, dass man es nicht muss. Ich möchte einmal sehen, dass das Schreiben in die Hände irgendeines Finanzpolitikers der Bürgerschaftsfraktionen gelangt. Dann wird nämlich gefragt, wo das Budgetrecht der Bürgerschaft geblieben sei.

So können wir die Diskussion nicht führen. Ich kann Ihnen noch einmal versichern, dass alle um die Bedeutung der Arbeit des ASD wissen, alle Fraktionen, die Bezirke, die Fachbehörden und

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

auch die Finanzbehörde. Ich kann Ihnen allerdings meine unmaßgebliche Meinung zu dem Antrag der CDU-Fraktion sagen. Im Vorspann heißt es, es gäbe erhebliche Vakanzen beim ASD. Ich kann Ihnen wirklich nur die Zahlen ans Herz legen. Wir hatten nicht nur aktuell mehr Stellen im ASD, seit sie überhaupt gezählt werden, sondern wir haben auch eine extrem hohe Besetzungsquote. Sie liegt im letzten halben Jahr – erkundigen Sie sich nach den Zahlen – bei rund 96/97 Prozent. Und jeder, der Personalwirtschaft kennt, weiß, dass man sich bei einem so hohen Personalbestand von über 300 Stellen sehr bemühen muss, eine so hohe Besetzungsquote wirklich einzuhalten. Jeder, der sich auskennt, weiß das, und deswegen ist diese hohe Quote von 96/97 Prozent der Erfolg des ausdrücklichen Bemühens aller Beteiligten, aller Bezirksamtsleiter, auch des Fachsenators Scheele und der Finanzbehörde.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Wersich?

Senator Dr. Peter Tschentscher: Ja.

Zwischenfrage von Dietrich Wersich CDU: Herr Finanzsenator, können Sie uns noch einmal allgemeinverständlich erklären, ob wir Sie richtig verstanden haben, dass ein Bezirksamt, das weiß, dass sein Personalbudget dieses Jahr nicht auskömmlich sein wird, trotzdem jede freie Stelle nachbesetzen darf und dort keinen Restriktionen durch Beschlüsse des Senats oder Ihrer Behörde unterliegt? Und wenn nein, dann wäre meine Bitte, ob Sie es mir noch einmal erklären können.

Senator Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): Ich versuche es noch einmal, Herr Wersich, so einfach verständlich, wie personalwirtschaftliche Maßnahmen in einem komplexen Personalhaushalt der Stadt eben sind. Wir sind grundsätzlich alle verpflichtet, unsere Budgets einzuhalten. Und bei personalwirtschaftlichen Maßnahmen oder bei Budgetbewirtschaftung gibt es sehr viele Effekte, die wir auch immer wieder erwähnt haben. Sie können ein Budget auch dadurch einhalten, dass Sie zum Beispiel Reste nutzen, die Sie aus dem vorhergehenden Jahr bewirtschaftet haben. Sie wissen, dass Sie in einem Personalbestand, der mehr als nur gesetzliche Leistungen umfasst, durchaus auch Vakanzen an anderen Stellen erwirtschaften können, indem Sie Stellen nicht sofort wieder besetzen. Deswegen ist es im Gesamtzusammenhang der Stellen und der Budgetbewirtschaftung unsere Aufgabe, die Stellen, von denen wir alle finden, dass sie wichtigste Priorität haben wie die ASD-Stellen, unmittelbar wiederzubesetzen. Darauf haben sich die Bezirksamtsleiter, die Fachbehörde und die Finanzbehörde seit geraumer Zeit verbindlich verpflichtet. Wir haben dieses immer wieder bekräftigt, zuletzt in der erwähnten Sitzung Anfang April, in der wir noch einmal gesagt haben, es bleibe dabei, dass die ASD-Stellen unverzüglich wiederbesetzt werden sollen. Und alle sieben Bezirksamtsleiter haben mir noch einmal bestätigt, dass sie auch so verfahren.

Was wir allerdings nicht tun – und da kommen wir an einen kritischen Punkt –, ist, uns mit dem Thema ASD, sinnvolle Aufgabenkritik und Konsolidierungsbemühungen auch der Bezirke, in Misskredit bringen zu lassen. Sie können das Thema ASD und gesetzliche Leistungen hier nicht missbrauchen, um sinnvolle Konsolidierungsbemühungen der Bezirke in Misskredit zu bringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

Anja Hajduk GRÜNE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Finanzsenator Dr. Tschentscher, ich möchte eine Bitte meiner Fraktion aufgrund Ihrer Einlassungen eben äußern. Sie haben darauf verwiesen, dass es viele Gespräche und Bereitschaft der Bezirksamtsleiter gibt, mit Ihnen zusammen diese nicht ganz einfache Situation der Personalbewirtschaftung zu managen und zu bewältigen. Wir hatten Sie in den Haushaltsberatungen ausdrücklich gebeten, die Bezirksamtsleiter im Haushaltsausschuss dabei zu haben, um mit ihnen genau diese Fragen zu klären, damit wir als Opposition auch Klarheit haben, wie das Personalbudget, zusätzlich auch etwaige Streichverpflichtungen und andere Dinge eingeschätzt werden.

Sie haben sich damals entschieden, uns diese Beratungen mit den Bezirksamtsleitern nicht zu gewähren. Wir haben das kritisiert. Jetzt nehmen Sie Bezug auf Gespräche und darauf, dass wir aus irgendwelchen Quellen Informationen erhalten würden. Ich frage Sie, was wir denn sonst tun sollen?

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und der FDP)

Ich möchte Sie deswegen um Folgendes bitten – vielleicht können Sie uns das noch einmal durch Nicken oder eine kurze Antwort vor dem Plenum verdeutlichen –:

(*Arno Münster SPD:* Wir können ja alle mal nicken!)

Es stimmt, dass es eine Entscheidung gibt, insbesondere beim ASD mit einer hohen Priorisierung nachzubesetzen. Das haben wir zur Kenntnis genommen, und ich will auch nicht sagen, dass wir es nicht gehört hätten. Aber das führt natürlich bei

(Anja Hajduk)

einem begrenzten Personalbudget und darüber hinaus bestehenden Personalstreichverpflichtungen zu Engpässen bei jedem Bezirksamt. Können Sie uns zusagen – und das ist das, was wir als Parlament insgesamt brauchen –, uns eine Übersicht zu geben, da Ihr Haus doch federführend zuständig ist, wie hoch die Streichverpflichtungen sind und die Auskömmlichkeiten der Personalbudgets pro Bezirksamt, die sich aktuell darstellen und die auch Ihnen benannt werden vor dem Hintergrund, dass man einen eindeutigen Schwerpunkt beim ASD hat? Und welche besonderen Engpässe gibt es daraus resultierend woanders?

Es ist mir aus mindestens einem Bezirksamt mitgeteilt worden, dass Stellen gestrichen werden müssten. Das bedeute jedoch, dass sie sich trotzdem in vier Jahren immer noch in einem 2 Millionen Euro großen Defizit befinden würden. Wenn eine solche Information ankommt, dann muss man als Parlament alarmiert reagieren. Geben Sie uns einen möglichst transparenten Überblick. Es kann auch eine Steuerungsverpflichtung dort enthalten sein, das, was ersteuert werden muss. Aber geben Sie uns doch diesen Überblick pro Bezirk in Stellen und in Euro. Sie können auch noch daneben schreiben, wie hoch die Besetzungsquote im ASD ist. Damit wäre uns sehr gedient für die nächsten Diskussionen. Und ich hoffe, dass Sie uns diese Kenntnisse zur Verfügung stellen. Gestern hatten Sie doch auch schon angedeutet, dass Sie uns viel mehr geben wollen, als Sie uns bisher gegeben haben. Das war die besagte Anfrage.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU)

Machen Sie das doch ganz offensiv, dann stellen Sie uns für heute schon deutlich stärker zufrieden. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zu den Abstimmungen. Im Vorwege hat mir Frau Kaesbach mitgeteilt, dass sie an den Abstimmungen nicht teilnehmen werde.

Zunächst zum Antrag der GRÜNEN Fraktion aus Drucksache 20/7570.

Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das abgelehnt.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/7424. Die Fraktionen der CDU und der GRÜNEN haben hierzu gemäß Paragraf 36 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung eine namentliche Abstimmung beantragt. Aus diesem Grunde werden Herr Hakverdi und Herr Wankum Sie nun in alphabetischer Reihenfolge aufrufen. Wenn Sie den Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/7424 annehmen möchten, antworten Sie bitte deutlich mit Ja, wenn Sie ihn ablehnen wollen, mit Nein. Und wenn Sie sich enthalten möchten, antworten Sie bitte mit Enthaltung.

Ich darf nun Herrn Hakverdi bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf wird vorgenommen)**

Ist ein Mitglied der Bürgerschaft nicht aufgerufen worden? Es sind also alle aufgerufen worden. Dann erkläre ich die Abstimmung für beendet.

Meine Damen und Herren! Das Abstimmungsergebnis wird nun ermittelt und Ihnen in wenigen Minuten mitgeteilt.

Unterbrechung: 19.15 Uhr

Wiederbeginn: 19.23 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Meine Damen und Herren! Wir haben ein Ergebnis.

Bei der Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/7424 gab es 54 Ja-Stimmen, 60 Nein-Stimmen und keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Schließlich noch zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/7595.

Wer möchte sich nun der Ziffer 1 des SPD-Antrags anschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 angenommen. – Wer stimmt sodann Ziffer 2 zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 2 angenommen.

Ich rufe nun den Punkt 55 auf, das ist die Drucksache 20/7420, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Westerweiterung des Hafens – vorhandene Potenziale nutzen, bevor neue Kapazitäten geschaffen werden.

[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Westerweiterung des Hafens – vorhandene Potenziale nutzen, bevor neue Kapazitäten geschaffen werden!
– Drs 20/7420 –]

Diese Drucksache möchte die GRÜNE Fraktion an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Tjarks, Sie haben es.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das aktuelle Problem im Hamburger Hafen ist Folgendes: Die Kosten für die geplanten Hafeninvestitionen, Arno, explodieren,

** Ergebnis der namentlichen Abstimmung, siehe Seite 4423ff.

(Dr. Anjes Tjarks)

und gleichzeitig ist wohl auch dem Letzten in diesen Tagen klargeworden, dass das große Wachstum im Containerumschlag vorbei ist. Der Letzte, der noch diesen unerschütterlichen Wachstumsglauben gezeigt hat, war unser Wirtschaftssenator. Wir alle erinnern uns an diese griffigen marketingtauglichen Umschlagszahlen, dass es 25 Millionen Container bis 2025 sein würden. Das ist fast so etwas wie eine Alliteration.

(*Wolfgang Rose SPD:* Ihr wusstet ja schon immer Bescheid!)

Man muss dazu sagen, Herr Rose, dass wir diese neue Linie, sollte er sie denn heute bestätigen, gut finden. Aber inhaltlich ist es doch sehr erklärungsbedürftig, vielleicht ist es dann auch für Sie erklärungswürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist ein massiver Paradigmenwechsel in der Hafenstrategie des Senats. Der Senat verabschiedet sich offiziell per Presse sehr kurzfristig von seinen Wachstumsmärchen und das mit dem Satz – Zitat –:

"Das große Wachstum im Containerumschlag ist vorbei."

Dies ist aus dem "Hamburger Abendblatt". Hier wischt unser Wirtschaftssenator seinen eigenen Hafenentwicklungsplan, der gerade ein halbes Jahr alt ist, doch ziemlich deutlich vom Tisch.

(*Andrea Rugbarth SPD:* Herr Tjarks, Sie erzählen einen Unfug, das ist nicht zu glauben!)

– Sie sollten einfach einmal die Zeitung lesen und sich fragen, was Ihr Senator da so sagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Letztlich ist das auch gut so, denn dieser Hafenentwicklungsplan gehört ins Kuriositätenkabinett des Maritimen Museums und sonst nirgendwo hin.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Spannende an der ganzen Geschichte ist, dass wir nicht nur einbrechende Wachstumsprognosen und ein stagnierendes Wachstum seit 2006 erleben, sondern gleichzeitig explodierende Kosten haben. Wir haben eine Situation, bei der in der Investitions- und Finanzplanung der HPA eine nicht unbeträchtliche Lücke klafft. Anfang 2011, als dieser Senat angetreten ist, hat es diese Lücke noch nicht gegeben. Und bei jeder Vorlage dieser Zahlen wird diese Lücke größer. Wir haben bis 2018 einen Investitionsplan in Höhe von 1,8 Milliarden Euro. Dem gegenüber stehen nur Zuschüsse von rund 1 Milliarde Euro, und das führt dazu, dass wir ein Defizit von 760 Millionen Euro in den nächsten fünf Jahren haben werden. Das muss der Senator einmal erklären. Da reicht es nicht aus, wenn die Behörde einfach sagt, das würde sie nicht kommentieren. Das ist Kindergarten, aber wir machen hier ein ernstes Geschäft, um Senator Neumann von gestern zu zitieren, und ich würde mir heute dazu eine Erklärung wünschen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In einer solchen Situation, in der das Wachstum seit sieben Jahren stagniert, in der die Kosten explodieren, bedarf es mutiger politischer Entscheidungen. Wir müssen klären, was eventuell entbehrlich ist und auch was unbedingt gebraucht wird; um diese Aussage geht es bei diesem Antrag. Ich würde mir wünschen, dass sich der Bürgermeister und auch der Wirtschaftssenator um diese Aussage nicht länger drücken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gab letzte Woche einen Vorschlag, statt eines Containerterminals oder dem Zentralterminal Steinwerder ein Kreuzfahrtterminal zu bauen. Das wäre so eine Reaktion auf dieses Zitat, Frau Rugbarth. Ich halte das für einen bedenkenswerten Vorschlag. Aber wenn man so etwas vorschlägt, dann muss man das ein bisschen besser begründen. Die Begründung lautet momentan nämlich, dass es ein Kreuzfahrtterminal in der HafenCity gäbe mit einer Auslastung von 9 Prozent in 2011 und in Altona von 12,2 Prozent. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass das ein saisonales Geschäft ist, muss man schon gegenüber der Stadt begründen, warum man 50 Millionen Euro für ein neues Kreuzfahrtterminal aufstellt, jedenfalls mehr begründen, als es bisher geschehen ist. Und ich würde mir wünschen, dass wir dazu gleich einmal etwas hören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit 2006 hat sich der Containerumschlag in einer Seitwärtslinie nach rechts bewegt. Er hat sich bei 9 Millionen TEU eingependelt. Wir halten gleichzeitig eine Hafeninfrastruktur von 14 Millionen TEU bereit, das heißt, wir können 30 Prozent an den bestehenden Kaianlagen mehr umschlagen, als wir aktuell und seit sieben Jahren umschlagen. Das ist ein ordentlicher Puffer für bessere Zeiten, wenn man bedenkt, dass das durchaus ein kapitalintensives Business ist.

Vor diesem Hintergrund fordern wir – und das betone ich – den vorläufigen Verzicht auf die Westerweiterung des Hafens, denn wir glauben, dass dieses Projekt, das nicht nur sehr teuer ist – es geht hier um 250 Millionen Euro –, in der jetzigen Lage wirklich mehr Probleme schafft als es lösen würde. Wir haben schon ein Problem im Haushalt, insbesondere neben der HPA, und da braucht man dieses Projekt nicht noch zusätzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Es trifft sich gut, dass gestern die Jahrespressekonferenz des Unternehmens EUROGATE war, das Unternehmen, dem

(Dr. Anjes Tjarks)

wir diese Viertelmilliarde Euro bescheren wollen. Die Begründung des Unternehmens, warum sie die Westerweiterung dringend brauchen würden, lautete – Zitat –:

> "Es gibt […] Anzeichen, dass wir neue Dienste für Hamburg akquirieren können."

Wir haben eine Situation, in der EUROGATE auf diesen Anlagen nur noch 1,8 Millionen TEU umschlägt; es waren einmal 2,9 Millionen TEU. Das bedeutet ein Minus von mehr als einer Million. Nicht unbedeutende Leute im Hafen behaupten, dass die alle nach Bremerhaven gewandert sind. Die gegenwärtige Situation in Hamburg lässt einen Umschlag von fast 4 Millionen TEU zu. Das heißt, sie könnten auf der bestehenden Fläche ein Wachstum von mehr als 100 Prozent realisieren. Gleichzeitig haben sie einen komplett neuen Hafen gebaut, nämlich in Wilhemshaven, den sie auch auslasten wollen und der in der Endausbaustufe mehrere Millionen Container umschlagen kann. Vor diesem Hintergrund fragt man sich wirklich, wo denn die neuen Dienste herkommen sollen. Es gibt weltweit kein Containerwachstum in Richtung Europa. Dieses Unternehmen hat große Umschlagskapazitäten, und es ist wirklich die schwächste Begründung dafür, dass die Stadt eine Viertelmilliarde Euro für eine neue Kaianlage ausgeben soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund und weil das Thema insgesamt natürlich komplex ist, freuen wir uns, dass Sie der Ausschussüberweisung zustimmen und wir dann in Kürze einige Themen dieser Art im Wirtschaftsausschuss bereden können. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Balcke, Sie haben das Wort.

> (*Olaf Ohlsen CDU:* Was schleppt er denn da mit? – *Anja Hajduk GRÜNE:* Eine selbstgemachte Karte!)

Jan Balcke SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die GRÜNEN fordern, die Planungen zur Westerweiterung einzustellen, also einen Verzicht. Sie benennen aber keine Alternative.

> (*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Wir haben 30 Prozent Umschlagrückgang!)

Ohne Alternative ist das aus unserer Sicht wenig überzeugend. Die Begründung ist lediglich auf einen Rückgang im Containerumschlag bezogen. Das reicht unseres Erachtens nicht aus.

> (Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg übernimmt den Vorsitz.)

Ein Verzicht auf die sogenannte Westerweiterung wäre hafenpolitischer Unsinn, um nicht zu sagen Irrsinn. Das wäre kurzsichtig. Ihre Forderung, Herr Tjarks, lässt vor allem außer Acht – und das ist etwas, worüber wir uns nicht nur in der Bürgerschaft, sondern auch in den Ausschüssen regelmäßig unterhalten –, dass die Prognosen, eben weil es sich um Prognosen handelt, mehr in Richtung Glauben gehen, als dass sie valide sind. Wenn ich daran erinnern darf: Im Jahr 2000 hatten wir einen Containerumschlag von ungefähr 4,5 Millionen TEU. Eine Verdoppelung des gesamten Containerumschlags innerhalb von zehn Jahren auf mehr als 11 Millionen TEU war damals nicht absehbar. So ist, Herr Tjarks, auch heute nicht absehbar, ob wir, ausgehend vom heutigen Volumen von knapp 10 Millionen TEU, bis 2025 nicht doch einen Umschlag von 20 Millionen TEU erreichen. Hierbei geht es nicht um eine Prognose, das benennen Sie natürlich bewusst falsch. Der Hafenentwicklungsplan ist keine Prognose, sondern er stellt einen Korridor an Möglichkeiten dar, und dafür müssen wir uns heute vorbereiten. Unserer Meinung nach ist diese Zahl durchaus realistisch, und dafür müssen wir heute Entscheidungen treffen; dieser Verantwortung stellen wir uns.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Es ist eben nicht absehbar, wie sich das Wachstum entwickelt. Absehbar ist aber, Herr Tjarks, das lassen Sie natürlich bewusst außer Acht, dass die Schiffe größer werden, die Hamburg anlaufen, und zwar unabhängig davon, ob die Fahrrinnenanpassung nun kommt oder nicht. Die Schiffe werden größer, und darauf müssen wir eine Antwort finden. Die derzeitige Stagnation kann nicht bedeuten, dass wir notwendige Infrastrukturmaßnahmen aufschieben. Das wollen wir ausdrücklich nicht in einem, wie Sie es auch gesagt haben, zyklischen Geschäft. Auf diese Zyklen müssen wir heute mit bestimmten Infrastrukturmaßnahmen und den notwendigen Aufwendungen, die dafür erforderlich sind, eingehen und diese berücksichtigen. Wir müssen also die Chancen heute wahrnehmen, auch wenn wir heute nicht genau prognostizieren können – das können auch Sie nicht –, wie sich das Umschlagsvolumen entwickelt. Es ist aber absehbar, und alle Konkurrenzhäfen der Nordrange reagieren auf diese Weise, dass heute Kapazitäten vorgehalten werden müssen und mit entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen beantwortet werden müssen, obwohl eine Ausweitung des Volumens noch gar nicht auf den letzten TEU absehbar ist. Der Hafenentwicklungsplan, wir können das nur immer wieder betonen – Sie kennen ihn doch auch, so hoffe ich zumindest –, gibt genau diesen Rahmen vor, dass entsprechende Infrastrukturmaßnahmen heute notwendig sind, um in Zukunft ein derartiges Volumen abfedern zu können.

Warum ist die Westerweiterung notwendig? Wir brauchen eine Ertüchtigung der Kaimauern, um die notwendigen Volumina, nämlich zwei Großschiffe und ein Feeder, abfertigen zu können. Es geht da-

(Jan Balcke)

bei, wie im Antrag richtig steht, um 38 Hektar. Das Ausbauvolumen sieht ungefähr 6 Millionen TEU vor. Aus unserer Sicht ist das richtig. Wir müssen heute diese Infrastrukturmaßnahmen für eines der modernsten Terminals vornehmen. Wir ermöglichen einen schnellen Umschlag und erreichen damit – Herr Tjarks, das sollte für Sie als GRÜNE wichtig sein – eine Reduktion von Lärm-, Licht- und Luftemissionen. Das sollte Ihnen bekannt sein. Was allerdings das Entscheidende ist – das haben Sie natürlich nicht berücksichtigt und bewusst nicht gesagt, ich zeige es Ihnen aber einmal –, ist dieser Drehkreis für Großschiffe. Der ist notwendig, Ole Ohlsen kennt das, weil die großen Schiffe natürlich genau diese Voraussetzung brauchen, um Wendemanöver fahren zu können. Die Intention der GRÜNEN ist natürlich durchschaubar. Indem sie heute die Westerweiterung infrage stellen, stellen sie natürlich auch infrage, ob es überhaupt sinnvoll und notwendig ist, diese großen Schiffe hier abfertigen zu können. Es geht dabei aber natürlich auch um die Sicherung von Arbeitsplätzen, und darauf kommt es uns besonders an. Darüber, Herr Tjarks, sprechen Sie nicht.

(Beifall bei der SPD)

Was zieht sich im Grundsatz durch Ihre hafenpolitischen Äußerungen? Konkrete Vorschläge machen Sie nicht, es ist die allgemein vernehmbare Antistimmung, eine Dagegen-Stimmung.

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh, oh!)

Wir hören nichts Konkretes, keine konstruktiven Vorschläge von Ihnen. Ich betone noch einmal, Ihre Einlassungen sind kurzsichtig. Sie lassen die Prognosen außer Acht, und Sie sprechen, Herr Tjarks, von einem Paradigmenwechsel. Bezeichnenderweise haben Sie diesen Paradigmenwechsel vorige Woche auf den CTS bezogen. Ich zeige Ihnen das einmal. Das ist nämlich der CTS, und das sind die 8 Prozent der Fläche, die in Zukunft für ein Kreuzfahrtterminal zur Diskussion stehen. Die GRÜNEN verstehen unter einem Paradigmenwechsel also diese 8 Prozent; das ist bezeichnend.

(Beifall bei der SPD)

Besonders problematisch finde ich aber, Herr Tjarks, und davon wollen wir uns eindeutig abheben, dass Sie mit diesen Einlassungen das Geschäft der Konkurrenz betreiben. Sie verweisen auch in Ihrem Antrag bewusst auf Wilhelmshaven, auf den Jade-Weser-Port. Das ist ausdrücklich nicht im Interesse Hamburgs. Das betone ich ganz bewusst.

(Beifall bei der SPD)

Zur Oppositionsarbeit gehören, das ist richtig, Kontrolle, Kritik,

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Wir reden über meinen Antrag!)

aber auch konkrete Vorschläge, wie es anders gehen kann. Ihr Antrag sagt darüber gar nichts. Sie sagen nur, was Sie nicht wollen. Das reicht uns nicht; wir unterstützen den Senat ausdrücklich bei der Fortsetzung dieser wichtigen Infrastrukturpläne. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Balcke. – Das Wort hat Herr Ohlsen.

Olaf Ohlsen CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Tjarks, bei aller Freundschaft, Sie entwickeln sich zum Dauermiesredner des Hamburger Hafens.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Kurt Duwe FDP*)

Ich halte die 2008 beschlossene Westerweiterung auch heute noch für notwendig, und, lieber Herr Tjarks, ich kann mich erinnern, dass Ihre Partei dem zugestimmt hat. Deswegen verstehe ich auch Ihre heutige Einstellung nicht. Von daher sollten Sie noch einmal in sich gehen. Die Westerweiterung bringt Arbeitsplätze, das ist angesprochen worden, sie bringt 2 Millionen TEU mehr und ich denke, auch in einer strukturschwachen Zeit ist es Sache des Parlaments zu fragen: Wie sieht die Konkurrenz aus, wie stellen wir uns für die Zukunft auf? Und wenn wir hören, dass die Wirtschaft wieder Fahrt aufnehmen wird, dann sind der Hamburger Hafen und der Wirtschaftssenator gut beraten, Vorsorge zu treffen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Das haben wir in der Vergangenheit getan, das werden wir auch in Zukunft tun. Lieber Herr Tjarks, es gibt Verträge. Dieses Bauverfahren ist in zwei Monaten abgeschlossen. Was erwarten Sie denn? Es sind mittlerweile 20 Millionen Euro dort hineingeflossen. Soll das wieder alles auf null gestellt werden? Ich denke, das sollten wir nicht tun. Die HPA hat mit Vopak und mit Bominflot Verträge geschlossen, die viel Geld kosten. Die Umsiedlung beider Firmen kostet insgesamt 145 Millionen Euro. Das ist kein Pappenstiel, wir reden hier nicht über einen Appel und ein Ei, sondern wir reden über richtige Entwicklungen im Hamburger Hafen, und zwar über eine positive Entwicklung.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Was ich ein bisschen vermisse, lieber Herr Tjarks, ist die Ehrlichkeit. Wenn Sie sagen, Sie wollen die Westerweiterung nicht, dann wollen Sie den Drehkreis nicht. Das ist für mich völlig klar, Sie wollen diesen Drehkreis nicht, der benötigt wird, um die zukünftigen Großschiffe vernünftig in Hamburg am EUROGATE und am Burchardkai abfertigen zu können und sie nicht in den mittleren Freihafen fahren zu lassen, denn diese Großschiffe eignen

(Olaf Ohlsen)

sich nicht dafür. Sie fahren mit der Flutwelle rein und sie fahren mit der Flutwelle wieder raus. Insofern würde ich Sie wirklich bitten, sich doch einmal zu erkundigen, Herr Tjarks. Es ist alles über das Ladungsaufkommen und über die Zukunft des Hamburger Hafens gesagt worden. Ich würde Sie bitten, die Füße in Zukunft ein bisschen ruhiger zu halten und ein bisschen ruhiger zu werden, sachlicher zu werden und sich besser zu informieren. Dann können wir miteinander reden und weiter diskutieren. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD und bei *Dr. Kurt Duwe FDP*)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ohlsen. – Das Wort hat Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Tjarks, ich glaube, dass Sie gerade zwei verschiedene Punkte gewaltig durcheinanderbekommen. Das eine ist die Frage, wie sich Senator Horch gegenwärtig durch das Thema Hafenentwicklung mäandert: mal so, mal so und eigentlich immer zu spät. Das andere Thema ist, wie wir mit der Westerweiterung als Teil der langfristigen Hafenentwicklung umgehen wollen, und ich finde, wir sollten beide Themen sehr sorgfältig voneinander trennen.

Zunächst zu Herrn Horch. In der Tat – Sie haben es gesagt – gab es im Oktober noch optimistische Umschlagsprognosen von 25 Millionen TEU im Jahr 2025. Fünf Monate später dann am Dienstag nach Ostern ein Pressegespräch. Der Wirtschaftssenator beschreibt die Zukunft des Containerumschlags in düsteren Farben. Es stellt sich die Frage, was sich in den vergangenen fünf Monaten an der Situation des Güterverkehrs geändert hat. Eigentlich gar nichts, Herr Horch, und das lässt dann nur die Schlussfolgerung zu, dass Sie entweder im Oktober mit dem Hafenentwicklungsplan falsch gelegen haben oder heute mit Ihrer Einschätzung falsch liegen, oder dass beides falsch ist. Das ist die Konsequenz, die sich daraus ergibt.

(Beifall bei der FDP – *Wolfgang Rose SPD:* Das ist doch Quatsch!)

Nun kommen wir zur Kostenentwicklung. Das Thema hat Herr Tjarks auch angesprochen. Mitte März muss Wirtschaftssenator Horch auf meine Anfragen zunächst einräumen, dass die Kosten für die elf wichtigsten Infrastruktur- und Verkehrsprojekte des Hafens im Vergleich zum November 1011 um rund 250 Millionen Euro gestiegen sind, scheinbar unbemerkt, scheinbar verschlafen von der Wirtschaftsbehörde. Auf die Frage, wie denn dieses finanzielle Loch gestopft werden soll, wie das finanziert werden soll, sagt Senator Horch am 14. März im "Hamburger Abendblatt" – Zitat –:

> "[…] durch mehr Effizienz, durch Einnahmensteigerungen und durch die stärkere Einbeziehung privater Dritter in die Projektfinanzierung."
>
> (*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Das nennt man Hafen finanziert haben!)

Zunächst einmal klingt das gar nicht schlecht. Ich habe also mit einer weiteren Schriftlichen Kleinen Anfrage nachgefragt. Auf meine Frage, welche Maßnahmen für mehr Effizienz, Einnahmesteigerung oder die Einbeziehung Dritter in die Investitionsfinanzierung denn konkret auf dem Weg seien, antwortete der Senat, wiederum fast eine Realsatire – Zitat –:

> "Diese Themen werden derzeit von einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe unter Beteiligung der HPA geprüft."
>
> (*Katja Suding FDP:* Das ist ja der Hammer!)
>
> "Ergebnisse zu konkreten Maßnahmen liegen noch nicht vor. Im Übrigen hat sich der Senat damit bisher nicht befasst."

– Zitatende.

(*Katja Suding FDP*. Wie bitte!)

Meine Damen und Herren! Das ist knapp oberhalb von nichts.

(Beifall bei der FDP und bei einem Besucher in der Loge – Glocke)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg (unterbrechend): Entschuldigung, Herr Abgeordneter. – Das Publikum ist nicht befugt, Beifalls- oder Missfallensäußerungen kundzutun.

(Besucher: Ich bin zum ersten Mal hier!)

Das ist nicht schlimm. Ich weise nur darauf hin. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP (fortfahrend): – Vielen Dank. Beifall finde ich wirklich auch nicht schlimm.

Der Senat widerlegt also am 26. März genau die Aussagen, die Senator Horch zwölf Tage vorher der Presse gegenüber gemacht hat. Ich habe bislang immer gesagt, dass die Hafenfinanzierung die Blackbox des Senats ist. Nach den Aussagen des Senats in der Antwort auf meine Schriftliche Kleine Anfrage korrigiere ich das ausdrücklich. Richtig ist heute vielmehr: Hier werden offensichtlich das Parlament, die Öffentlichkeit und die Hafenunternehmen bewusst hinter die Fichte geführt.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Dr. Anjes Tjarks, beide GRÜNE*)

Genauso verhält es sich in der Frage des dritten Kreuzfahrtterminals. Nach dem Hafenentwicklungsplan sind wir bislang von einer Nutzung von

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Steinwerder für Containerumschlag oder vielleicht auch für zusätzliche Produktions- und Industrieunternehmen ausgegangen. Die Kosten für die Entwicklung von Steinwerder, so der Senat noch am 26. März in der Antwort auf meine Anfrage, könne er nicht nennen, weil bei der Finanzierung in möglichst großem Umfang private Investoren einbezogen werden sollen. Weniger als zwei Wochen später hört man dann das genaue Gegenteil. Senator Horch will 60 Millionen Euro Steuergelder für eine Zwischennutzung von Steinwerder als Kreuzfahrtterminal in die Hand nehmen und verprellt zugleich den weltgrößten Kreuzfahrtveranstalter.

Meine Damen und Herren! Das ist keine Hafenentwicklungsstrategie, das ist aus meiner Sicht ein unverantwortliches Gestümpere nach der Methode trial and error. Das geht zulasten der Hafenunternehmen und ihrer Beschäftigten. Die Zeche zahlt im Ergebnis der Steuerzahler.

(Beifall bei der FDP)

Herr Tjarks, verwechseln Sie bitte diese Kritik an Wirtschaftssenator Horch nicht mit der Frage, ob wir die Westerweiterung des Hafens auch in Zukunft brauchen. Wir haben nach wie vor im Hafenentwicklungsgesetz – und das ist die gültige gesetzliche Grundlage – das Bekenntnis zum Hamburger Hafen als industrieverbundenen Universalhafen mit einem Schwerpunkt im Containerumschlag. Die Westerweiterung des Hafens ist eine der zentralen Maßnahmen, die wir für diese weitere Entwicklung der Umschlagskapazitäten brauchen. Herr Tjarks, alle Experten sagen uns, dass der internationale Seegüterverkehr auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter zunehmen wird. Ob das in dem Umfang, wie es im Hafenentwicklungsplan prognostiziert wird, geschieht, darüber mag man sich sicherlich streiten. In dieser Hinsicht habe ich auch meine Zweifel. Die Zuwachsraten haben sich verlangsamt, aber, davon bin ich überzeugt, langfristig wird sich der Seegüterumschlag, der Containerumschlag weiter erhöhen. Wir sind auch weiterhin zuversichtlich, dass die Fahrrinnenanpassung kommen wird und dass damit Großcontainerschiffe auch in Zukunft den Hamburger Hafen anlaufen können und anlaufen können müssen. Die Westweiterung ist eine wichtige Maßnahme, und zwar aus drei Gründen.

Erstens: Wichtig an der Westerweiterung ist die Verlängerung der Kaimauer, aber auch die Frage des Wendekreises – der Kollege Ohlsen hat es zu Recht angesprochen –, denn die Schiffsgrößenentwicklung führt dazu, dass bereits heute, insbesondere zwischen den Tagen Donnerstag und Sonntag, nicht ausreichend Kaimauer vorhanden ist, um die großen Containerschiffe abzufertigen.

Zweitens: Die Westerweiterung optimiert den Containerumschlag und vor allen Dingen die Wege zu den Terminals, da die Schiffe weitgehend tideunabhängig einlaufen können und allein beim Einlaufen und Manövrieren der großen Containerschiffe erheblich Zeit gespart wird.

Drittens, das ist eigentlich der politisch wichtigste Grund: Allein eine Debatte um einen Verzicht der Westerweiterung würde das Vertrauen der internationalen Reeder und Verlader in die Verlässlichkeit der Hamburger Hafenentwicklung weiter beschädigen. Dieses Vertrauen ist durch die bisherige Ankündigungspolitik von Senator Horch bereits erheblich demoliert. Wir sollten nach dem Stopp der Elbvertiefung und den Problemen nicht noch ein zusätzliches falsches Signal setzen.

(Beifall bei der FDP)

Zur Wahrheit, Herr Tjarks, gehört auch, dass die Westerweiterung seit 1999 in Planung ist und dass in der 19. Wahlperiode die GRÜNEN die Fortführung der Westerweiterung ausdrücklich mitgetragen haben. Mit Blick in Ihren Antrag sollten die Hamburger Hafenunternehmen und ihre Beschäftigten gewarnt sein, was die Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit der GRÜNEN in grundlegenden Fragen der Hafenentwicklung betrifft.

(*Katja Suding FDP:* Das sind die schon!)

Heute stand im "Hamburger Abendblatt" ein sehr kluger Kommentar, den ich völlig richtig fand – Zitat –:

> "Wer den Hafenausbau auf Sicht betreibt, gerät in Gefahr, kurzfristigen Trends zu folgen und langfristige Entwicklungen zu verpassen."

– Zitatende.

Dem ist wenig hinzuzufügen. Insofern lehnen wir Ihren Antrag in der Sache ab. Im Ausschuss darüber diskutieren kann man einmal, darum werden wir der Überweisung zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Kluth. – Das Wort hat Herr Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Ohlsen, Sie haben gestern richtige Worte gefunden im Zusammenhang mit unserem Senator

(*Wolfgang Rose SPD:* In welchem?)

und seiner nicht so glücklichen Performance, die er in den vergangenen Wochen bezüglich Hafenpolitik hingelegt hat. Ich hoffe, dass der Senator gleich noch etwas dazu sagen wird, sodass wir auch in der Öffentlichkeit darüber diskutieren und sprechen können. Nicht so sehr Recht haben Sie mit dem, was Sie eben gesagt haben. Ich würde nicht die Position von Herrn Tjarks in allen Punkten unter-

(Norbert Hackbusch)

stützen wollen, aber ich möchte auf einige Dinge hinweisen.

Leider ist es so, dass, wenn EUROGATE 2 Millionen TEU mehr umschlägt, das nicht bedeutet, dass wir wirklich 2 Millionen mehr TEU in Hamburg haben.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Ja, aber wir haben mehr Arbeitsplätze!)

– Wir haben durch diese Ausweitung auch nicht mehr Arbeitsplätze. Schauen Sie doch nach Wilhemshaven. Wie ist denn dort die Situation? Die haben da gegenwärtig Kurzarbeit.

Dadurch, dass wir mehr Kapazitäten aufbauen, kommt noch nicht das Ladungsvolumen hierhin. Das ist eine allgemeine Weisheit. Zweitens ist es so, Herr Balcke, auch das muss man lernen, dass wir in einer schwierigen Situation sind. Wir bezahlen als Stadt eine Ausweitung von EUROGATE. Als privates Unternehmen überlegt sich EUROGATE aber selbst, wohin es die Ladungen schickt. Gegenwärtig haben sie zwar einiges an die HHLA verloren, aber einiges auch aufgrund internationaler Allianzen nach Wilhemshaven und nach Bremerhaven gegeben. Daher lautet für uns die große Frage: Wie ist das eigentlich mit der Refinanzierung? Wir als Stadt finanzieren einen Ausbau des Hafens und stellen das privaten Unternehmen zur Verfügung. Wie wird das eigentlich von den privaten Unternehmen refinanziert? Wir haben hier ein riesiges Finanzierungsproblem, das wir einmal in Ruhe besprechen müssen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phyliss Demirel GRÜNE*)

Gerade im Zusammenhang mit EUROGATE stellt sich bei mir diese Frage sehr kräftig. Natürlich freut sich EUROGATE, wenn wir als Stadt den Hafen vergrößern. Dann beklatschen sie das und werden natürlich sagen, das wollen wir, weil sie dafür bisher keinen Cent richtig bezahlen müssen, sondern das im Wesentlichen als Geschenk nehmen, als Grundlage. Ich muss sagen, dass sich für ein nachhaltiges Finanzkonzept einige neue Gedanken zu machen sind.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Phyliss Demirel GRÜNE*)

Das zweite Wichtige: Wir haben im Zusammenhang mit dem Hafenentwicklungsplan mehrfach diese 25 Millionen TEU diskutiert, seien sie nun als Prognose oder als Korridor oder Ähnliches zu verstehen. Ich habe hier vorn immer ein bisschen herumgenölt und gesagt, dass ich daran nicht glaube, aber ich will etwas Zweites sagen. Herr Tjarks weist richtig darauf hin, dass diese Prognose oder dieser Korridor der Stadt bereits jetzt einiges kostet. Auf die Frage, inwieweit ein Zuwachs auf 25 Millionen TEU realistisch ist, komme ich gleich noch. Erst einmal will ich auf die Kostenseite sehen. Das erste, was diese 25 Millionen TEU schon verursacht haben – daran haben Sie und auch der Senator keine Schuld, sondern das war Schwarz-Grün –, waren diese vermaledeiten 128 Millionen Euro für Buss, die man für die Räumung dort ausgegeben hat, obwohl man das Gelände gegenwärtig nicht braucht; das schmerzt – 128 Millionen Euro, weil man eine falsche Prognose gemacht hat, meine Damen und Herren. Auch das muss man bemerken.

(Beifall bei der LINKEN)

Als Nächstes: Ich komme aus dem Alten Land.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich kann Ihnen die Situation in Moorburg beschreiben. Seit Jahrzehnten heißt es, vielleicht brauchen wir das Gebiet noch für Container. Die Kosten und Schmerzen, die wir dort verursachen, indem wir nun auf diese 25 Millionen TEU setzen, sind vielleicht nicht materiell messbar, aber es sind welche. Auch das muss man einmal ordentlich diskutieren. Ich finde die neuen Intentionen innerhalb der SPD, wenn ich das richtig verstanden habe, gut zu sagen, es ist aufgrund der Situation und der gegenwärtigen Prognosen richtig, Moorburg endlich aus dem Hafenentwicklungsplan herauszunehmen und Moorburg endlich eine Perspektive zu geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre ein richtiger Schritt, denn das sind auch Kosten.

Wir werden diese Fragen genauer im Ausschuss diskutieren, was ich richtig finde, denn an konkreten Punkten habe ich Schwierigkeiten, die Forderungen der GRÜNEN zu unterstützen. Es gibt Verträge; ich möchte gern einmal wissen, wie die aussehen. Wir als Stadt haben praktisch Unternehmen dort wegorganisiert beziehungsweise deren Verlagerung unterschrieben; das hat Etliches gekostet. Wir haben immer gesagt, dass die Westerweiterung eigentlich vernünftig wäre, wenn man denn eine Ausweitung der Containerfläche haben wolle. Von daher würde ich gern diese Verträge sehen. Ich würde gern wissen, ob wir nicht unabhängig davon irgendetwas bezahlen, bevor man das mal schnell in der gegenwärtigen Auseinandersetzung übergeht. Ich bin skeptisch an diesem Punkt und würde gern die Diskussion darüber im Ausschuss führen.

Als Allerletztes komme ich auf die Prognose zurück, weil es wichtig ist, darüber zu diskutieren. Wir erleben das sechste Jahr hintereinander eine Stagnation. Herr Balcke, Sie haben völlig recht. Ich konnte mir eine solche Explosion von Containerzahlen, wie sie zwischen 2000 und 2006 stattgefunden hat, vorher nicht vorstellen und musste dazulernen. Andererseits sieht es aufgrund der gegenwärtigen, objektiven Voraussetzungen nicht so aus, dass sich die 25 Millionen TEU realisieren las-

(Norbert Hackbusch)

sen. Ich würde dazu gern die Einschätzung des Senats hören. Wenn, wie gegenwärtig, überall große Überkapazitäten geschaffen werden, in Maasvlakte, in Bremerhaven und so weiter, dann gibt es keine Begründung dafür, außer regionalem Wahnsinn, dass wir auch noch Überkapazitäten schaffen. Das kann kein Argument sein.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Heidrun Schmitt* und *Dr. Till Steffen, beide GRÜNE*)

Das deutet doch eher darauf hin, dass der Containerisierungsgrad, der von 2000 bis 2006 kräftig gewachsen ist, natürlich am Ende angelangt ist. Es gibt nicht noch mehr in Container zu packen. Diese Steigerung ist praktisch abgeschlossen und dementsprechend wird auch der Grad insgesamt geringer werden. Wir haben die Erfahrung – das sieht jeder an den internationalen Routen –, dass die neuen 18 000-TEU-Schiffe von Maersk nach Göteborg und nach Danzig fahren.

(*Arno Münster SPD:* 18 000 TEU fahren nach Danzig! Ich lach mich kaputt!)

– Die neuen Maersk-Schiffe, die im Juli auf Fahrt gehen, die nicht nach Hamburg fahren, fahren nach Bremerhaven, nach Göteborg und nach Danzig.

Es war im Jahr 2006 für jeden Menschen unvorstellbar, dass solche Schiffe bis Danzig fahren. Das wird die neue Realität sein, und auch darauf muss sich Hamburg einstellen.

(Zuruf von *Arno Münster SPD*)

– Er kann nölen wie er will, unser HHLA-Betriebsratsvorsitzender.

(Beifall bei der LINKEN)

Er muss sich das anhören, es nützt ihm nichts. Kritische Stimmen sind notwendig, aber Geblöke, damit man besser dasteht, gehört nicht dazu.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hackbusch. – Das Wort hat Herr Senator Horch.

Senator Frank Horch: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben, glaube ich, ein gemeinsames Ziel: den Hamburger Hafen zum Wohle der Stadt, der Metropolregion und der Wirtschaft zu entwickeln und Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und Beschäftigung für die Zukunft zu erhalten. Genauso wichtig sind, wir haben es an vielen Stellen diskutiert, der gesamtwirtschaftliche Hintergrund des Hamburger Hafens, die Ausgaben und die Einnahmen, die nutzerspezifischen Ziele, die wir uns gesetzt und mehrfach diskutiert haben, die Effizienz und die Qualität des Hamburger Hafens und immer wieder die Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD)

In den letzten zwei Jahren haben wir ganz bewusst die Tatsache in den Mittelpunkt gerückt, dass der Hafen mitten in der Stadt liegt. Aufgrund dieser Tatsache haben wir eine besondere Verantwortung auch für die Ökologie. Wir setzen uns dafür ein, die ökologische Seite des Hamburger Hafens zu verbessern.

Der Hafenentwicklungsplan enthält all diese wesentlichen Grundlagen für eine langfristige und an die Marktgegebenheiten angepasste Planung. Man muss den Hafenentwicklungsplan auch intensiv lesen, denn aus ihm ist einiges erkennbar.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Der Wachstums- und Entwicklungshorizont für den Hamburger Hafen muss genutzt werden. Oberste Priorität ist es, die vielfältigen Arbeitsplätze im Hafen zu sichern, und nicht nur sie allein, sondern auch die Arbeitsplätze, die um die Hafenaktivitäten herum entstehen. Im Gegensatz zur Vergangenheit müssen wir das Augenmerk mehr auf Wertschöpfung in der Gesamtheit legen, weil auch das die langfristige Sicherung der Arbeitsplätze im Hafen ausmacht.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre aufgrund der Bedeutung des Hafens wirtschaftlich betrachtet nicht gut, wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, dieses Ziel aus den Augen verlören. Wer die vergangenen Tage betrachtet, könnte den Eindruck gewinnen, dass dies geschehen ist. Sie hätten heute die Gelegenheit gehabt, diesem Eindruck entgegenzuwirken, leider haben Sie die Gelegenheit nicht genutzt.

(Beifall bei der SPD)

Das finde ich angesichts der Bedeutung des Hafens sehr schade, denn das Thema hätte es verdient. Der Hafen muss in der Gesamtheit und mit viel Augenmaß und hoher Verantwortlichkeit entwickelt werden.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* So, und jetzt kommt's!)

Meine Damen und Herren! Die Weltwirtschaft mit ihren sprunghaften Entwicklungen nimmt bekanntermaßen keine Rücksicht auf bestehende Strukturpläne, wie sie vielleicht einmal vor Jahren angelegt wurden, und schon gar nicht auf lokale Gegebenheiten. Und langfristig angelegte Meilensteine der Hafenentwicklung habe ich bei meiner Amtsübernahme auch nicht gerade vorgefunden, selbst bei dem wichtigsten Projekt der Fahrrinnenanpassung nicht. Denn die wichtigen Maßnahmen auf dem Weg zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, wie die umfassenden Gespräche mit den Nachbarländern und die EU-Beteiligung, haben wir in den letzten beiden Jahren ergriffen.

(Senator Frank Horch)

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Abgeordnete! Wir alle haben eine Verantwortung – das beziehe ich auch auf gestern –, wenn es um den wichtigsten Wirtschaftszweig Hamburgs geht, und sollten uns ernsthaft in der Sache, aber bitte auch angemessen im Ton austauschen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte gestern gerne mit Ihnen diskutiert. Wie Sie jedoch seit Langem wissen, war ich gestern und zum Teil auch heute noch auf der Wirtschaftsministerkonferenz in Flensburg und zwei Tage vorher auf der Maritimen Konferenz. Es ging um Hafenwirtschaft und die große Krise in der Schifffahrt, um Hafen und Logistik, Schiffbau, Energiewende und Offshore-Energie, die wir für die Hamburger Werften brauchen. Das waren essentiell wichtige Themen, weshalb ich in den letzten beiden Tagen nicht in Hamburg war.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu den Inhalten. Hafenentwicklung ist ein Prozess, der nur dann funktionieren kann, wenn er auch in der Lage ist, flexibel auf die Gegebenheiten der Marktsituation zu reagieren; nur dann werden wir erfolgreich sein. Ziel muss es sein – das sollte jeder verstehen –, den Hafen als Wachstumsmotor für Arbeitsplätze und Wohlstand in dieser Stadt für die Zukunft zu entwickeln. Das ist nicht einfach. Wertschöpfung muss hierbei in allen Belangen äußerste Priorität haben. Unsere Verantwortung ist, die aktuelle Marktsituation zu erkennen und wenn es angezeigt ist, auch entsprechend zu reagieren.

Eine der wichtigsten und zugleich komplexesten Aufgaben für die Hafenpolitik war und ist die Umstrukturierung von Flächen und Nutzungen im gesamten Hafengebiet. Dies ist einer der wichtigsten Schlüssel zu einem langfristigen Erfolg. Ohne groß angelegte Flächenumnutzung hätte sich Hamburg beispielsweise nicht auf die Containerisierung des Seehandels einstellen können, wenn dies nicht in den Siebzigerjahren entsprechend angepackt worden wäre.

(Beifall bei der SPD)

Die großen Containerterminals, die auf diese Weise in den letzten Jahrzehnten in Hamburg geschaffen wurden, bilden heute, das vergisst man schnell, das wirtschaftliche Rückgrat des Hamburger Hafens: der Burchardkai, die EUROGAT-Terminals, Tollerort und besonders Altenwerder, eines der modernsten und leistungsfähigsten Terminals überhaupt in der Welt.

Vor diesem Hintergrund ist auch das Projekt Westerweiterung zu sehen – dieses Projekt ist nicht neu geboren, es geht zurück auf die Neunzigerjahre – und die Umgestaltung des mittleren Freihafens, Stichwort CTS. Beide Projekte sind von herausragender Bedeutung, denn sie dienen der langfristigen strategischen Flächenentwicklung im Hamburger Hafen, sollen die Wettbewerbsfähigkeit absichern und Wachstums- und Beschäftigungschancen eröffnen. Ich bin davon überzeugt, dass dies unbedingt weiter betrieben werden muss.

Mit der Westerweiterung beabsichtigen wir, zusätzliche Umschlagkapazitäten für Container zu schaffen, und das nicht seit gestern, sondern in einer langfristigen Planung und auch in Erweiterung an die eben von mir genannten Terminals, ob das der Burchardkai ist, Tollerort oder CTA. Das ist ein langfristiges Projekt. Künftige Kapazitätsbedarfe lassen sich nicht aus der gegenwärtigen Situation oder den aktuellen Umschlagzahlen ableiten. Das glauben einige von Ihnen, aber ich darf Ihnen sagen, dass es in der Hafenpolitik nicht zugeht wie an der Börse, heute kaufen und morgen verkaufen; so einfach ist das alles nicht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Man darf, zugegeben, nicht übersehen, dass zu der Weltwirtschaftskrise seit Ende 2008 die Finanz- und die Eurokrise gekommen sind. Die Welt rückt in vielen Belangen näher zusammen und die Wechselhaftigkeit in der Weltwirtschaft wird, ausgehend von Asien, Amerika, Europa und dem Einfluss der BRIC-Staaten, immer lebhafter, und darauf müssen wir uns einstellen. Auch wenn sich die krisenhafte Situation in Europa zeitlich hinzieht, kann daraus nicht abgeleitet werden, dass dies ein Dauerzustand wird, und ich bin sicher, wenn ich das prognostizierte oder das potenzielle Wachstum betrachte, dass es wieder Wachstum geben wird. Die Hafenpolitik muss sich an diesem langfristigen Trend ausrichten, der sich über Jahrzehnte als besonders robust und auch nachhaltig für den Hamburger Wirtschaftsraum entwickelt hat.

Hinzu kommt, dass die derzeitige Entwicklung, noch mehr Großschiffe im Hamburger Hafen anlanden zu lassen, erheblich beschleunigt werden muss. Das werden wir bei unseren zukünftigen Hafenplanungen mit berücksichtigen müssen. Jetzt könnte ich viel zu den Anläufen in der Ostsee sagen – das können wir in der Ausschusssitzung besprechen – und mit welcher Wettbewerbsbeurteilung man diese und auch die Anläufe im Mittelmeerbereich sehen muss. Tatsache ist aber, dass sich der Bedarf für Großschiffliegeplätze aufgrund der Drehkreise und der ganzen Handhabung dieser großen Schiffe verstärkt – wir haben es heute schon gehört –, und die Westerweiterung böte dafür einen der entscheidenden Plätze. Auch mit Blick auf EUROGATE ist davon auszugehen, auch wenn Sie, Herr Tjarks, das anders sehen, dass dieses Unternehmen weiter ein langfristiges Interesse an der Erweiterung der Umschlagpotenziale in der gesamten Nordrange hat, ganz besonders aufgrund der Qualität im Hamburger Hafen. Das

(Senator Frank Horch)

hat EUROGATE gerade gestern noch einmal deutlich in der Pressekonferenz unterstrichen. Man sollte also nicht abwarten, bis erst ein Kapazitätsengpass eingetreten ist, um dann einen Ausbau in Angriff zu nehmen. Das ist in der Hafenentwicklung überhaupt nicht vertretbar, das wäre fahrlässig.

Meine Damen und Herren! Die Hafenkunden werden nicht jahrelang warten, bis Hamburg seinen Hafen bedarfsgerecht ausbaut, das spüren wir heute schon. Wir müssen versuchen, Vertrauen herzustellen. Die Planungshorizonte, die wir dabei berücksichtigen müssen, sind allemal nicht einfacher geworden. Das alles gilt es bei der zukünftigen Hafenplanung mit zu berücksichtigen. Wenn wir das nicht tun, werden die Reeder ihren Umschlag in andere Häfen umlenken und wir – das wäre die Quintessenz – Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der gesamten Metropolregion verlieren. Deshalb treffen wir als gesamter Senat – das sei auch einmal gesagt, es ist nicht der Wirtschaftssenator alleine – Entscheidungen für die entsprechende Vorsorge nach der Gesamtwichtigkeit des Hamburger Hafens für den Wirtschaftsstandort.

(Beifall bei der SPD)

Erlauben Sie mir an dieser Stelle, den Zentralhafen Steinwerder anzusprechen. Eine persönliche Bemerkung am Anfang. Ich weiß nicht, woher die Opposition weiß, welche Summen uns Carnival angeblich auf den Tisch gelegt haben soll.

(*Dietrich Wersich CDU:* Welche sind's denn?)

Seien Sie versichert: Bei mir hat keiner einen Geldkoffer mit 180 Millionen Euro auf den Tisch gelegt. Wir haben im Zuge der Gesamtinteressenlage die Interessen der Stadt vertreten. Damit Sie sich beruhigen können: Hier ist ein persönlicher Brief des Chefs von Carnival, den will ich den Obleuten der Opposition gerne zeigen, damit Sie sich von dem, was berichtet worden ist, distanzieren können; davon ist kein einziges Wort wahr.

(Beifall bei der SPD)

Und noch etwas: Ich nehme meine Verantwortung für den Wirtschaftsstandort Hamburg ernst, und es gehört nicht zu meiner Arbeitsauffassung, Verhandlungspartner, die am Standort Hamburg investieren wollen, zu brüskieren. Das darf ich Ihnen ganz deutlich sagen und ich glaube, wenn Sie dieses hier lesen, wird das noch einmal unterstrichen.

Meine Damen und Herren! Der mittlere Freihafen ist einer der größten Flächenreserven, die wir im Hafen haben, rund 200 Hektar. Bei der Flächenknappheit im Hamburger Hafen gilt es daher, dieses Potenzial in den nächsten Jahren entsprechend zu nutzen. Die Planung für CTS ist weder im Reifeprozess noch im Konkretisierungsgrad gleichzusetzen mit der Westerweiterung, deshalb sprechen wir hier von völlig unterschiedlichen Projekten. CTS ist eine langfristig angelegte strategische Hafenentwicklung, die sich in mehreren Phasen – das habe ich immer deutlich gemacht – vollziehen wird. Dabei ist CTS, um dieser Verwechslung entgegenzuwirken, kein Containerumschlag im wahrsten Sinne. Das haben wir auch im Hafenentwicklungsplan sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Hier geht es in erster Linie um einen zukünftigen Universalhafen Hamburg. Die Überlegungen zur Nutzung sind ergebnisoffen und von weiteren Markterkundungen abhängig. Wir wollen sowohl hinsichtlich Nutzung, Zeitplanung und der Gesamtheit flexibel an den zukünftigen Bedarf herangehen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, verehrte Abgeordnete! Das Kreuzfahrtgeschäft ist ein Wachstumsmarkt, gerade für Nordeuropa und ganz besonders auch für Hamburg. Hamburg kann davon ungemein stark profitieren. Wir haben die Chance, dieses Geschäftsfeld in den nächsten Jahren mit einer entsprechenden Vorgehensweise weiter auszubauen. Aus diesem Grunde laufen im Moment Planungen zur Schaffung eines weiteren Kreuzfahrtterminals, und es ist nur konsequent, dabei auch das CTS-Arial, das weitestgehend erschlossen ist und sich in unserem Besitz befindet, als potenziellen Standort in Betracht zu ziehen. Herr Balcke hat es schon gesagt, wir geben damit CTS nicht auf, wir reden über einen Anteil von 8 Prozent und über ein Zwischenstadium. Das kann jederzeit rückgebaut werden, wenn sich die Verhältnisse, wie sie unser Gesamtplanungshorizont aufweist, wieder ändern sollten. Durch die Nutzung bereits vorhandener Infrastruktur können wir erhebliche Investitionen sparen, und das ist mit Blick auf die Ausgaben ein sehr wichtiger Punkt. Ein endgültiges Ergebnis gibt es noch nicht; die Planungen sind noch nicht abgeschlossen.

Eines noch zur Finanzierung: Wir werden keinen Pfennig vom Steuerzahler nehmen. Wir werden ein Modell wählen mit der HPA als Dachorganisation und beim Betreiben eines solchen Terminals alle Möglichkeiten nutzen, was Umschlag, Parkplätze, Passenger Fee und weitere Dinge angeht. Hier geht es nicht um einen Cent oder einen Euro Steuergeld.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind im Hafen in der Vergangenheit immer gut damit gefahren, dass Hamburg die Hand auf den Flächen hat. Das Hamburger Hafengesetz – das war vor vielen Jahren eine weise Entscheidung – garantiert uns das. Mit diesem Hintergrund sind wir in der Lage, den Hamburger Hafen in allen Belangen, sei es im Güterumschlag oder bei der Nutzung von Großterminals durch Passagiere, diskriminierungsfrei und nach dem Willen der Stadt zu organisieren

(Senator Frank Horch)

Meine Damen und Herren von der Opposition! Sie haben uns aufgefordert, Geld mit dem Hafen zu verdienen und die Einnahmeseite zu steigern. In diesem Sinne handeln wir. Ich verstehe es als meine Aufgabe als Hamburger Wirtschaftssenator, dafür zu sorgen, dass der Hamburger Hafen in all diesen Belangen einer sicheren Zukunft entgegensieht. Diese Aufgabe, das möchte ich deutlich zum Ausdruck bringen, nehme ich sehr verantwortungsbewusst wahr.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Senator Horch. – Das Wort hat Herr Dr. Tjarks.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das war doch allumfassend erklärt!)

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dressel, man klatscht immer da am längsten, wo es am dringendsten nottut.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Wir wollten deinen Auftritt etwas hinauszögern!)

Man muss sich natürlich die Frage stellen, ob mehr Container kommen, wenn man mehr Containerterminals baut. Ich sage Ihnen ganz klar: Das ist nicht so; wenn es so wäre, dann würden sie schon jetzt kommen. Wir könnten 5 Millionen Container mehr abfertigen, als wir es tun, aber genau das passiert nicht, Herr Rose. Die Container sind nicht da, weil das Wachstum, von dem Sie immer träumen, nicht stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben allumfassend zum Hafen aufgeschlagen; ab und zu war auch etwas Konkretes dabei. Ihre Rede war aber so lang, dass man sich kaum darauf konzentrieren konnte, wann denn nun etwas Konkretes gekommen ist.

Sie sind auf EUROGATE eingegangen. EUROGATE möchte, dass wir 250 Millionen Euro bereitstellen, damit sie Geschäfte machen. Sie sagen, EUROGATE habe einen guten Willen, aber ganz ehrlich: Die haben hier schon einmal 2,9 Millionen Container umgeschlagen, jetzt sind es nur noch 1,8 Millionen. Es gibt wirklich viele Leute, die behaupten, dass diese 1 Million Container – die HHLA ist immer bei 7 Millionen geblieben – nicht zufällig nicht mehr in Hamburg sind, sondern weil in der Struktur des Hafens ganz viel nicht mehr stimmt und wir so etwas wie Dedicated Terminals praktisch überhaupt nicht haben, und dass diese Container deswegen nach Bremerhaven gegangen seien.

(Zuruf von *Arno Münster SPD*)

Und EUROGATE hat wenig Interesse daran, sie zurückzuholen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man Hafenentwicklung betreibt, dann kann man das natürlich gerne auch langfristig anlegen. Wir haben aber die Situation, dass die Ausbaukapazität des Hamburger Hafens so groß ist, dass wir die Container wahrscheinlich nicht einmal über unsere Hinterlandanbindung abtransportieren könnten. Vor diesem Hintergrund müssen Sie sich schon fragen, mit welcher Prioritätenreihenfolge Sie eigentlich Hafenpolitik betreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin ein bisschen erstaunt darüber, was Herr Balcke und Herr Horch über CTS sagen. Das ist die zentrale Entwicklungsfläche im Hamburger Hafen, und Sie sagen, die sei eigentlich fast irrelevant, das seien ja nur 8 Prozent der Fläche.

(*Wolfgang Rose SPD:* Davon! – Zuruf von *Arno Münster SPD*)

– Gut, dann hat er sich vielleicht nicht so klar ausgedrückt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ach so, du hast es nicht verstanden!)

Wir haben vor längerer Zeit gesagt, dass wir uns die Westerweiterung vorstellen können. In unserem Antrag fordern wir, bis auf Weiteres darauf zu verzichten. Es kann eine Umschlagentwicklung einsetzen, in der sie kommen kann, aber solange die nicht da ist, verstehe ich nicht, warum wir so viel Geld dafür ausgeben. Sie müssen schon sagen warum, und das auch ein bisschen konkreter als dieses Geblubbere, was wir hier gehört haben. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Tjarks. – Das Wort hat Herr Ohlsen.

Olaf Ohlsen CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man könnte Ihre Rede mit "Nichts Neues" überschreiben, Herr Senator.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Bei Ihnen ist es nichts Neues! Immer dieselbe Leier!)

Ich halte ausdrücklich an der Kritik fest, die ich gestern ausgesprochen habe, denn Ihr Beitrag hat inhaltlich wirklich nichts Neues gebracht.

(Beifall bei der CDU)

Alles, was Sie vorgebracht haben, haben wir mindestens schon drei-, vier- oder fünfmal von Ihnen gehört.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Dann begreifen Sie es doch endlich!)

(Olaf Ohlsen)

– Wir begreifen es, ich finde nur, er müsste sich vielleicht einmal einen neuen Redenschreiber zulegen.

(Zuruf von der SPD: Es geht doch um Inhalte!)

Gut, das macht keinen Sinn. Lassen Sie uns zu den Inhalten zurückkehren. Wir unterhalten uns über den Hamburger Hafen und das ist ja nicht ganz unwichtig.

(*Arno Münster SPD:* Wo ist denn euer Konzept?)

Wir wollen – Arno, das weißt du auch – vom Senator hören, wie die Verhandlungen mit dieser Großreederei verlaufen sind. Ich weiß, sehr geehrter Herr Senator, dass es diese Gespräche gegeben hat. Ich weiß, dass die Wirtschaftsbehörde diese Gespräche geführt hat und sie nicht zu Ende geführt worden sind, aus welchen Gründen auch immer. Sie können sich doch nicht hier hinstellen und behaupten, diese 180 Millionen Euro seien nie gefallen. Wollen Sie denn damit sagen, dass die "BILD"-Zeitung lügt?

(Beifall bei der CDU und Heiterkeit bei der SPD – *Gabi Dobusch SPD:* So viel Humor von einem CDUler! Unglaublich!)

Was wir von Ihnen erwarten, sehr geehrter Herr Senator, ist – ich wiederhole mich da gerne – ein ganzheitliches Konzept für CTS. Das ist mit Ihrer geplanten Fahrgastlösung nicht mehr gewährleistet. Nennen Sie uns die Zeitabläufe, sagen Sie, was Sie dort vorhaben, und wir begleiten Sie dorthin.

Der Hafenentwicklungsplan, auf den Sie sich berufen haben, Herr Senator, ist damit in meinen Augen obsolet, er ist hinfällig. Sie müssen ihn überarbeiten, statt uns zu sagen, dass wir ihn auch im Hinblick auf die Ziele genau lesen sollten. Wir kennen sie alle, wir haben ihn genau gelesen, aber wenn Sie die Inhalte des Hafenentwicklungsplans nach fünf Monaten ändern, dann bitten wir um Mitteilung und um Beteiligung im Wirtschaftsausschuss. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Ohlsen. – Das Wort hat Herr Dr. Kluth.

(*Wolfgang Rose SPD:* Er entschuldigt sich jetzt!)

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen, drei kurze Bemerkungen zu dem Beitrag von Herrn Senator Horch.

Herr Horch, als Ian Karan, ein erfolgreicher Hafenunternehmer, kurzzeitig Wirtschaftssenator war, gab es zwei Varianten: Entweder, er hatte das richtige Redemanuskript dabei, dann war die Rede in der Regel sehr fachkundig, oder er hatte das falsche dabei, dann war sie zumindest originell und kurzweilig. Herr Horch, auf Ihren Beitrag eben hat leider weder das eine noch das andere zugetroffen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD:* Das ist niveaulos!)

Zweite Bemerkung. Kein Wort zur Prognose über die zukünftige Entwicklung im Containerumschlag, kein Wort zu den festgestellten Kostensteigerungen, kein Wort zur Hafenentwicklungsplanung, keine konkreten Angaben zur weiteren Entwicklung in Steinwerder, und vor allen Dingen, Herr Horch – und das finde ich besonders negativ – keine differenzierte Auseinandersetzung mit den Beiträgen der Opposition zu dem Thema, das auf der Tagesordnung steht, nämlich die Westerweiterung. Sie haben noch nicht einmal zur Kenntnis genommen, dass die Opposition unterschiedliche Standpunkte mit unterschiedlichen Argumenten vertreten hat. Sie haben ein vorbereitetes, stereotypes Manuskript verlesen, mehr war das nicht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Dritte Bemerkung. Sie haben darauf hingewiesen, dass die Hafenentwicklungspolitik nicht der Wirtschaftssenator allein mache, sondern der ganze Senat hinter Ihnen stehe. Herr Horch, wenn ich den Blick auf die Senatsbank werfe, dann habe ich den Eindruck, dass Sie mittlerweile ziemlich einsam dastehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Dr. Kluth. – Das Wort hat Herr Hackbusch.

(*Wolfgang Rose SPD:* Bisschen mehr Niveau!)

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! In vielen Punkten kann ich mich meinen Vorrednern anschließen. Ich möchte aber den Senator an einem Punkt loben, und zwar finde ich es gut, dass wir Mehreinnahmen bekommen werden, weil anscheinend die Passenger Fee im Zusammenhang mit den Kreuzfahrtterminals eingeführt wird. Das ist ein positives Zeichen und ich freue mich darüber.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen aber auch sagen, wo Sie einen Schwachpunkt haben; das ist bei dem Beitrag von Herrn Ohlsen deutlich geworden. Herr Ohlsen ist ja nicht irgendwer in der Bürgerschaft,

(Norbert Hackbusch)

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

sondern einer der größten Freunde des Hafens. Bisher war es üblich, dass Arno Münster und Olaf Ohlsen immer gemeinsam dastanden. Jetzt schreien Sie sich gegenseitig an.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Wo sind wir hingekommen?)

Warum? Weil Ihnen in den letzten Wochen etwas passiert ist, auf das Sie hier hätten eingehen sollen. Es ist so, dass in der Diskussion im Zusammenhang mit dem Kreuzfahrtterminal nicht ordentlich dargestellt worden ist, aus welchen Gründen man wo hingeht. Das kam überraschend, und zwar für viele im Hafen und für viele in dieser Stadt. Das ist keine solide, gut vorbereitete Politik und nicht die Art und Weise, wie man so etwas normalerweise präsentiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Es kommt ein Zweites dazu; Sie haben es angesprochen. Wie ist es denn nun, lügt die "BILD"-Zeitung? Das wollen wir wissen. Es geht nicht um die Vorwürfe der Opposition, es geht um Vorwürfe, die in einer großen Hamburger Zeitung gestanden haben und die unseren Ruf durchaus gefährden. Es wäre richtig, wenn der Senator hier auftreten und sagen würde, ob die "BILD"-Zeitung an dieser Stelle lügt. Und wenn sie es tut und falsch berichtet, dann gibt es dagegen ein ganz einfaches, übliches Mittel, die Gegendarstellung.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg GRÜNE*)

Das ist nicht geschehen. Stattdessen ging die Berichterstattung weiter, und das ist nicht gut für den Hamburger Hafen. Da ist der Hinweis, ein Schönwetterkapitän zu sein, richtig, wenn in solch kritischen Situationen nicht darauf eingegangen wird. Da hat Herr Ohlsen recht, auch wenn er häufig nicht recht hat. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Vielen Dank, Herr Hackbusch. – Das Wort hat Herr Balcke.

Jan Balcke SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist genau richtig, dass der Senator sich nicht darauf einlässt, aus vertraulichen Gesprächen zu berichten. Da stärken wir ihm ausdrücklich den Rücken;

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Das ist auch nötig!)

das ist nicht unser Regierungsverständnis.

(Beifall bei der SPD)

Zum Zweiten ist die Verzweiflung der Opposition zum Greifen nah. Der Senator bestätigt seinen Kurs,

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Ich will das Bild noch mal sehen! – *Dr. Till Steffen GRÜNE:* Welchen Kurs bitte?)

der von der Mehrheit dieses Hauses ausdrücklich unterstützt wird, und die Opposition findet – es tut mir leid – keine Angriffsfläche, um tatsächlich darauf einzugehen, um was es heute eigentlich geht. Herr Tjarks hat eingeräumt, dass er offensichtlich nicht richtig hingehört hat. Das haben wir zur Kenntnis genommen; Olaf Ohlsen hat alles dazu gesagt.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Hör auf, das bringt doch nichts mehr!)

Aber die Verzweiflung, die ich wahrgenommen habe, ist nur eine Bestätigung dafür, dass der Hafenentwicklungsplan die richtige Grundlage ist, um auf diesem Kurs weiterzumachen.

Herr Senator, Sie haben uns mit Ihrer Rede darin bestärkt, dass das, was wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, richtig ist,

(Beifall bei der SPD)

und die Opposition hat deutlich gemacht, dass sie ihrem eigentlichen Verfassungs- und Oppositionsauftrag, nämlich eine qualitativ hochwertige Regierungsalternative zu sein, wieder einmal nicht nachkommt. Sie versagen in diesem Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Wieland Schinnenburg: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/7420 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit einstimmig beschlossen worden.

Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt 52 ist bereits besprochen worden, und ich rufe darum den Tagesordnungspunkt 45 auf, Drucksache 20/7402, Antrag der Fraktion DIE LINKE: NSU-Terror und Behördenversagen: Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Aufklärung.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
NSU-Terror und Behördenversagen: Die Öffentlichkeit hat ein Recht auf Aufklärung
– Drs 20/7402 –]

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Schneider, bitte schön.

Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der nächsten Woche,

(Christiane Schneider)

am 17. April, wird der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte vor dem OLG München eröffnet. Am 4. November 2011 war bekannt geworden, dass eine neonazistische Terrorgruppe, die sich "Nationalsozialistischer Untergrund" nannte, in fünf Bundesländern zehn Menschen ermordet hatte – neun Migranten und die Polizistin Michèle Kiesewetter. Darüber hinaus hatte sie Sprengstoffattentate und Banküberfälle verübt. Eine solche ungelöste Serie schwerster rassistisch motivierter Straftaten hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bis dato nicht gegeben. Dreizehn Jahre lang war das 1998 untergetauchte Neonazi-Trio unerkannt geblieben, so jedenfalls heißt es offiziell. Zweifel finden fast täglich neue Nahrung.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Die Aufgabe des Gerichts, die Straftaten der Nazi-Terrorzelle aufzuklären, ist angesichts des Ermittlungsdesasters in diesen dreizehn Jahren und angesichts geradezu endloser Vertuschungsversuche bis hin zur Vernichtung von Akten gewaltig. Ich hoffe nicht zuletzt für die Opfer und ihre Angehörigen, dass sie gelingt.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Antje Möller, beide GRÜNE*)

Von vornherein steht fest, dass das Gericht wohl nur einen Teil der notwendigen Aufklärungsarbeit leisten wird. Es wird wohl kaum das Staatsversagen aufklären und die Grauzonen ausleuchten können, in denen sich Inlandsgeheimdienste und Nazibanden begegnet sind. Deshalb ist es unverzichtbar, dass alle beteiligten Sicherheitsbehörden ihre Rolle, ihren Zustand und ihr Versagen kritisch und öffentlich aufarbeiten, auch in Hamburg.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Antje Möller, beide GRÜNE*)

Deshalb haben wir Linke den Antrag gestellt.

Der Hamburger DGB-Vorsitzende Uwe Grund hat im letzten November im Gedenken an den in Hamburg ermordeten Süleyman Tasköprü sehr deutlich gesagt – ich zitiere –:

"Der demokratische Rechtsstaat hat versagt."

Er hat recht, auch und nicht zuletzt in Bezug auf die staatlichen Institutionen in Hamburg. Dazu drei Punkte.

Erstens waren die Ermittlungen zum Mord an Süleyman Tasköprü ein Desaster. Sie waren, das ist heute unbestreitbar, von Anfang bis Ende einseitig und damit völlig unzureichend. Die beteiligten Hamburger Behörden sind bisher die Antworten auf viele Fragen schuldig geblieben. Sie werden diese Antworten geben müssen. Süleyman Tasköprü wurde am 27. Juni 2001 das dritte Opfer der Terrorgruppe. Vor ihm waren Enver Simsek und Abdurrahim Özüdogru ermordet worden. Schnell war klar, dass die Morde mit ein und derselben Waffe verübt wurden, ebenso wie die folgenden Morde an Habil Kilic im August 2001 in München, an Mehmet Turgut im Februar 2004 in Rostock, an Ismail Yasar im Juni 2005 in Nürnberg, an Theodoros Boulgarides ebenfalls im Juni 2005 in München und an Halit Yozgat im April 2006 in Kassel.

In Großbritannien ist es Standard, dass Polizei und Staatsanwaltschaft auf allen Stufen ihrer Ermittlungsarbeit explizit möglichen rassistischen Tatmotiven nachgehen, in Deutschland nicht. Die Hamburger Ermittlungsbehörden sind der Frage eines möglichen rassistischen Motivs zu keinem Zeitpunkt ernsthaft nachgegangen. Man hat mal darüber gesprochen, aber ernsthaft in Erwägung gezogen hat man dieses Tatmotiv nie. Warum, frage ich, wurden die Ermittlungen Ende 2002 für drei Jahre eingestellt, obwohl die Mordserie weiterging? Warum wurde erst Anfang 2006 eine Ermittlungsgruppe eingesetzt, die dann die Ermittlungen führte? Ihr Leiter war zugleich stellvertretender Leiter der Abteilung Organisierte Kriminalität und Leiter der Abteilung Rauschgiftermittlungen. Man erfindet bei Mordermittlungen das Rad nicht jedes Mal neu. Deshalb war das Schema der neu aufgenommenen Ermittlungen durch die Besetzung der Ermittlungsgruppe 061 festgelegt. Man hat erneut intensiv in Richtung Organisierte Kriminalität, Rauschgift und ähnliche Bereiche ermittelt. In dieser Beziehung hat man nichts unversucht gelassen, man hat sogar einen Geisterbeschwörer aus dem Iran kommen lassen und seine "Kontaktaufnahme" mit dem Toten dokumentiert. Nur eines hat man nicht getan: Man hat nicht in Richtung eines rassistischen, neonazistischen Tatmotivs ermittelt.

Mehr noch, die Hamburger Ermittler haben im Rahmen der "Besonderen Aufbauorganisation Bosporus" am hartnäckigsten dagegen opponiert, dass den Hinweisen eines Profilers ernstlich nachgegangen wurde. Der Münchner Kriminalbeamte Horn hatte unter anderem auf ein mögliches rechtsextremistisches Tatmotiv, auf eine Hasstat, hingewiesen; die Hamburger wollten das partout nicht wahrhaben. Warum nicht? Auch diese Frage muss beantwortet werden.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Die Rolle des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz ist ebenfalls kläglich. Ein einziges Mal, Mitte 2006, hat die Ermittlungsgruppe tatsächlich den Verfassungsschutz konsultiert. Der aber wusste von der Mordserie nur aus der Zeitung und konnte auf die Frage, ob es Erkenntnisse unter anderem in Richtung Rechtsextremismus und Neonazismus gebe, keine Antwort geben – 2006 nicht und später auch nicht. Von ihm kam bis zum Schluss kein einziger Hinweis, auch nicht, als aus der Nazi-Ecke öffentliche oder halböffentliche Bei-

(Christiane Schneider)

fallsbekundungen für die Mordserie kamen. Ist eigentlich niemand auf die Idee gekommen, dass sich die Adressaten des Briefs an eine Hamburger Moschee, in dem die Morde ausdrücklich begrüßt wurden, direkt bedroht fühlen mussten?

Damit bin ich beim zweiten Punkt, der völligen Unterschätzung des Neonazismus und der von ihm ausgehenden Gefahr auch bei den Hamburger Behörden. Der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz weist für 2000 aus, dass Hamburg bei rechtsextremistischen Straftaten im Verhältnis zur Einwohnerzahl auf Platz vier bundesweit geklettert ist. Schon in den Neunzigerjahren war eine sprunghafte Zunahme rechtsextremistischer Gewalttaten zu verzeichnen, und 2000 stieg die Zahl noch einmal um 42,1 Prozent an. In Hamburg nahmen die rechtsextremistischen Gewalttaten weiter zu, im Jahr 2005 sogar um 64,7 Prozent. Als im September 2000 der NSU zum ersten Mal mordete, waren in Deutschland seit der Wiedervereinigung bereits 105 Menschen aus rassistischen oder ähnlich menschenfeindlichen Gründen ermordet worden: erschlagen, erschossen, verbrannt. Gab all das niemandem zu denken? Wie war es möglich, dass all diese Tatsachen bei der Suche nach Tatmotiven keine Rolle spielten?

Ich habe schon früher darauf verwiesen, dass im Hamburger Verfassungsschutzbericht und auch im Bundesverfassungsschutzbericht 2000 auf die Gefahr rechtsterroristischer Bestrebungen hingewiesen wurde. Für das Jahr 2001 wurde jedoch Entwarnung gegeben, obwohl 2001 schon klar war, dass es eine Mordserie gab, der Migranten zum Opfer fielen. Ich habe auf die Verstrickung von Nazis aus Hamburg und Umgebung in die "Blood&Honour"-Strukturen hingewiesen, und ich könnte die Reihe fortsetzen; das mache ich dann im Ausschuss.

Ich frage deshalb: Wie konnten die Hamburger Sicherheitsbehörden angesichts all dessen die Gewalttätigkeit des Neonazismus so dramatisch unterschätzen? Diese Frage muss beantwortet werden.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und bei *Barbara Nitruch SPD*)

Drittens hat das Deutsche Institut für Menschenrechte kurz nach dem Auffliegen der NSU-Zelle gefordert – ich zitiere –:

> "Die Aufklärung etwaiger Fehler bei der Strafverfolgung der 'Zwickauer Zelle' muss sich auch darauf erstrecken, ob rassistische Einstellungen in Verfassungsschutz und Polizeibehörden zu den Versäumnissen beigetragen haben."

– Zitatende.

Abgesehen davon, dass wir heute wissen, dass es keineswegs nur um Versäumnisse geht, die verschiedene Sicherheitsbehörden zu verantworten haben, ist die Forderung, den Einfluss möglicher rassistischer Denk- und Handlungsmuster auf den Ermittlungsgang aufzuklären, nach wie vor aktuell, auch in Hamburg.

(Beifall bei der LINKEN)

In der öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestags am 14. Juni 2012 hat der Leiter der Hamburger Ermittlungsgruppe gesagt, dass man Süleyman Tasköprü im LKA immer als – ich zitiere – "ganz normalen türkischen Mann" bezeichnet habe. Und welche Eigenschaften man im LKA einem "ganz normalen türkischen Mann" zuschreibt, hat er ausgeführt: leidenschaftlich, energisch, dominant, kriminell.

Dieses rassistisch geprägte Bild eines "ganz normalen türkischen Mannes" hat die Ermittlungen maßgeblich geleitet, und zwar weit weg von den Tätern; im Fall von Süleyman Tasköprü ebenso wie in den anderen Fällen der ermordeten Migranten. Die Angehörigen der Opfer haben das zu spüren gekommen, sie haben traumatisierende Erfahrungen gemacht und wurden selbst verdächtigt. Natürlich müssen Ermittler allen möglichen Motiven nachgehen, aber sie wurden dabei diskriminiert, isoliert und auf eine unfassbar rohe Weise behandelt.

Der Vater von Süleyman Tasköprü hielt den Kopf seines ermordeten Sohnes auf dem Schoß, als die Polizei am Tatort eintraf. Der Vater wurde mitgenommen, stundenlang verhört und beschuldigt, seinen Sohn getötet zu haben. Das Unfassbare ist, dass seine Tochter, die gerade ihren Bruder auf schreckliche Weise verloren hatte, ebenfalls mitgenommen wurde und die Vernehmung ihres eigenen Vaters, der des Mordes an seinem Sohn beschuldigt wurde, übersetzen musste. Wie ist so etwas möglich?

Der Respekt vor den Opfern und ihren Angehörigen, aber auch die Verantwortung für den demokratischen Rechtsstaat gebietet es, dass die Sicherheitsbehörden ihre Rolle im Zusammenhang der rassistischen Mordserie gründlich und selbstkritisch reflektieren. Die Angehörigen, die Communities der Migrantinnen und Migranten und die Öffentlichkeit insgesamt haben ein Recht darauf, dass alles aufgearbeitet wird und dass über die Aufarbeitung sowie die daraus gezogenen Schlussfolgerungen in aller Öffentlichkeit berichtet wird, damit sich so etwas nie wiederholt.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Wysocki, Sie haben das Wort.

Ekkehard Wysocki SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir stehen immer noch und leider immer wieder unter dem Eindruck des Ausmaßes an Gewalttätigkeit, den der NSU-Terror über diese Republik gebracht hat. Diese beispiellose Mordserie hat uns auch gezeigt, dass unsere Sicherheitsstrukturen im Bund und in den Ländern immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Auch die eigenen Hamburger Strukturen müssen kritisch hinterfragt werden. Wenn alle Ergebnisse vorliegen und die Untersuchungen weitestgehend abgeschlossen sind, hoffen wir alle, dass wir – möglicherweise dann auch gemeinsam – zu einvernehmlichen Beschlüssen kommen, wenn in Hamburg etwas verändert werden muss. Im Unterschied zu Frau Schneider gehe ich aber nicht davon aus, dass wir jetzt schon ultimativ sagen können, was in Hamburg genau passiert ist, sondern wir befinden uns mitten in der Phase der Aufklärung.

(Beifall bei *Karin Timmermann SPD*)

Es ist nicht so, dass auf dem Gebiet der Aufklärung keine oder zu wenige Anstrengungen unternommen worden sind und dass wir dafür den Antrag der LINKEN bräuchten. Vielmehr finden wir solche Aktivitäten auf den unterschiedlichsten Ebenen. Zum einen gibt es den Generalbundesanwalt, der die Verhandlungen führt. Dieser bearbeitet die Tatsachen, die in Hamburg passiert sind, und kann deswegen noch nicht abschließend zu den Ergebnissen Stellung nehmen. Es gibt außerdem Untersuchungsausschüsse des Bundestages und der Landtage in Sachsen, Thüringen und Bayern, und hier hat Hamburg Informationen zu insgesamt sieben Beweisbeschlüssen geliefert. Die Innenministerkonferenz hat in den Jahren 2011 und 2012 mehrere Arbeitsgruppen beauftragt, in denen Hamburg durchgehend Mitglied ist. Eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Bereich der Verfassungsschutzbehörden befasst, wird sogar von Hamburg als Vorsitz geleitet. Es gibt darüber hinaus Untersuchungen der Bund-Länder-Kommissionen, der unser ehemaliger Kollege Herr Vahldieck angehört, und es gibt in den Bund-Länder-Kommissionen Fragekomplexe, die an die entsprechenden Länder geschickt worden sind, wo die Tatorte waren. Diese sind beantwortet worden, auch von Hamburg. Hier hat es unmittelbar nach der Aufdeckung des NSU-Terrors Ermittlungen der Hamburger Behörden gegeben, in denen alle Fälle mit dem speziellen Auftrag, ob dort ein rechtsextremer Hintergrund ein Tatmotiv gewesen sein könnte, durchgegangen worden sind.

Frau Schneider hat es erwähnt, am 17. April wird der Prozess eröffnet und die Anklageschrift verlesen. Dann wird sich der Untersuchungsausschuss des Bundestages nach den Planungen Anfang September damit befassen. Die Innenministerkonferenz wird das wahrscheinlich schon im April tun, und die spezielle Bund-Länder-Kommission Rechtsterrorismus wird den Innenministern im Mai berichten, wie ihre Ergebnisse sind.

Wir haben uns in Hamburg sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt. Insgesamt hat sich der Innenausschuss bereits in fünf Sitzungen mit dem Thema NSU befasst, und es gab vielfältige Kontakte des Senats mit Vertretern der Migrationsorganisationen und Religionsgemeinschaften sowie der Familie des Hamburger Opfers. Im April/Mai ist der nächste Termin angesetzt, und dort geht es um Informationen zum NSU-Prozess.

Das Ergebnis bislang ist, Frau Schneider, dass es Ansätze für Verfehlungen der Hamburger Sicherheitsbehörde zurzeit nicht gibt. Wir haben dieses in allen Berichten, sowohl hier im Plenum als auch im Bereich des Innenausschusses, festgelegt. Dazu muss man aus dem Bericht zitieren, der das letzte Mal im Innenausschuss eine Rolle gespielt hat. Dort hatten Sie einen Antrag mit insgesamt acht Fragekomplexen vorgelegt. Diese wurden ausführlich behandelt, und im Ergebnis haben Sie festgestellt, dass zwar nicht alle Anfragen erledigt worden sind – auch deswegen, weil der Generalbundesanwalt die Ermittlungen an sich gezogen hat –, aber Sie haben Ihren Antrag zurückgezogen. Dann hat der Innenausschuss der Bürgerschaft einstimmig empfohlen, Kenntnis davon zu nehmen, dass dieser Antrag zurückgezogen worden ist, und von dem vorstehenden Bericht Kenntnis zu nehmen. In diesem Bericht ist zu allen acht Fragekomplexen ausführlich Stellung genommen worden. Sie selber, und das ärgert mich an dem Ganzen, haben in der Innenausschusssitzung Folgendes erklärt:

> "Die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE betonte, es gehe ihr nicht darum, der Polizei Rassismus zu unterstellen. Sie erinnerte an den Disput darüber in der Bürgerschaftsdebatte."

Diese Debatte war am 15. Dezember. Dann bekomme ich eine Pressemitteilung, und dort steht:

> "Hamburger NSU-Mord endlich öffentlich aufarbeiten!"

Ich glaube, ich habe deutlich dargestellt, dass wir uns im Parlament intensiv mit allen Fragen beschäftigt haben, die diesen Terrorkomplex für Hamburg betreffen. Sämtliche Ergebnisse sind vorgelegt worden, und der Senat hat uns zugesagt, dass diese, wenn sie verfügbar sind, im Innenausschuss oder im Plenum vorgestellt werden, sobald man sie öffentlich verkünden kann. Der Punkt, dass Sie den Senat auffordern, endlich das jahrelange Versagen der Hamburger Behörden bei der Aufklärung der NSU-Morde aufzuarbeiten und öffentlich Rechenschaft darüber abzulegen, ist also falsch. Eine Aufarbeitung ist passiert und wird weiter passieren.

Wir haben uns im Innenausschuss fünfmal mit Ihren Vorwürfen befasst, und ich habe genau zuge-

(Ekkehard Wysocki)

hört, es ist nichts Neues bei dem, was Sie hier vorgetragen haben. Das ist eine Vermengung von Dingen, die nicht miteinander in Verbindung stehen, und es hilft nichts, wenn Sie das Versagen von Verfassungsschutzbehörden in anderen Ländern unbedingt und immer wieder auf die Hamburger Situation übertragen wollen, ohne dafür einen Beleg zu haben.

(Beifall bei der SPD – *Heike Sudmann DIE LINKE:* Was ist eigentlich Ihre Aussage? Was wollen Sie damit sagen?)

Der zweite Punkt war, und das empört mich am meisten – Zitat –:

"Das Hamburger Landeskriminalamt hatte seine Ermittlungsanstrengungen praktisch ausschließlich auf mögliche Verbindungen des Mordopfers zu organisierter Kriminalität verwandt."

In bisher zwei Ausschusssitzungen ist diese Frage geklärt worden, und sowohl der Leiter des Landeskriminalamtes als auch der Leiter des Verfassungsschutzes haben ausdrücklich gesagt, dass in alle Richtungen ermittelt worden ist.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Das reicht doch nicht!)

Ihre Erklärung im Weiteren:

"Es hat zu keinem Zeitpunkt einen möglichen neonazistischen, rassistischen Hintergrund der Morde geprüft."

Das ist definitiv falsch.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dann kommt der entscheidende Satz:

"Ich habe inzwischen den Eindruck gewonnen, dass ein Grund für diese hartnäckige Verweigerung eingeschliffene rassistische Denk- und Handlungsmuster sind, die bis heute nicht reflektiert sind."

Frau Schneider, man kann nur sagen, dass diese Pressemitteilung eine Ungeheuerlichkeit ist.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU)

Sie ist von vorn bis hinten inakzeptabel. Entweder, Sie legen konkrete Beweise für diese Vermutungen, Vorverurteilungen oder Ihre Verschwörungstheorie vor, oder Sie entschuldigen sich bei den Mitarbeitern der Sicherheitsbehörden in diesem Land.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der CDU – *Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Das ist doch peinlich! Und die SPD klatscht auch noch! – Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Ich bitte um mehr Ruhe.

Herr Wysocki, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Golke zu?

Ekkehard Wysocki SPD (fortfahrend): Nein.

Die bisherigen Beratungen hier und im Innenausschuss …

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Ein bisschen mehr Demut! Das ist doch unverschämt! – Gegenruf von *Kai Voet van Vormizeele CDU:* Das müsste doch einen Ordnungsruf geben, Frau Präsidentin! – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Bitte fahren Sie mit Ihrer Rede fort, Herr Wysocki. Herr Hackbusch, ich bitte um Ruhe, damit Herr Wysocki seine Rede fortführen kann.

Ekkehard Wysocki SPD (fortfahrend): Die bisherigen Beratungen hier und im Innenausschuss bieten bisher keinerlei Belege für diese abstrusen Behauptungen. Es sind Behauptungen wider besseres Wissen.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Ihre Behauptungen!)

Die Frage, die ich mir stelle und die wir uns auch hier und im Innenausschuss stellen müssen, lautet, wer in Ihrer Fraktion eigentlich solche Pressemitteilungen kontrolliert.

(Beifall bei der CDU)

Gibt es eine Kontrolle der Aktivitäten und Pressemitteilungen von Frau Schneider?

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Herr Wysocki, was sollen diese persönlichen Angriffe?)

Wir werden es nicht hinnehmen, dass Anträge an die Bürgerschaft eingereicht und mit einem Riesen-Bohei öffentlich mit Pressemitteilungen garniert werden, die wohl gestellt werden müssen, weil offensichtlich jemand daran glaubt. Im Innenausschuss ist die Rolle von Frau Schneider die, dass Fragen gestellt werden und dass das, was in der Bürgerschaft auch erläutert wird, von den Behörden beantwortet wird. Die Selbstbefassungen sind durchgehend abgeschlossen worden.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* Selbstbefassungen werden immer abgeschlossen!)

Wenn offene Fragen waren, dann ist das geklärt worden. Es kann nicht sein, dass mit solchen Anträgen ein Riesen-Bohei gemacht wird, wenn im Innenausschuss – offensichtlich lesen die Berichte bei Ihnen die Wenigsten – diese Fragen ausreichend behandelt werden.

(Ekkehard Wysocki)

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Es wurde gelogen!)

Ich möchte, dass protokolliert wird, dass hier gesagt worden ist: "Im Innenausschuss wurde gelogen", und zwar von den Senatsvertretern – ich nehme stark an, dass Sie das meinen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das haben Sie dazu gesagt!)

Es ist schön, geschlossene Weltbilder zu haben, aber eine solche Behauptung und Behandlung ist bei diesem Thema völlig unangemessen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Bevor ich Herrn van Vormizeele das Wort gebe, möchte ich Sie, Herr Wysocki, höflich darauf hinweisen, dass das Wort "gelogen" kein parlamentarischer Sprachgebrauch ist.

(Zurufe von der CDU)

Das gilt für alle, die dieses Wort verwenden. Jetzt bitte ich Herrn van Vormizeele um das Wort.

– Herr Wersich hat darum gebeten, dass der Ältestenrat einberufen wird.

Unterbrechung: 20.55 Uhr

Wiederbeginn: 21.15 Uhr

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wir würden die Sitzung gern fortsetzen. Bitte nehmen Sie Platz.

Bevor ich Herrn van Vormizeele als nächsten Redner aufrufe, erteile ich Frau Schneider einen Ordnungsruf. Herr van Vormizeele, Sie haben das Wort.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt Debatten, bei denen es angemessen ist, ein Stück Emotionalität zu zeigen, und bei diesem Thema sind wir alle berührt. Deshalb darf Emotionalität gezeigt werden; dabei darf aber eine gewisse Grenze nicht überschritten werden. Diese Grenze ist eben im ersten Teil der Debatte auch bei den Reaktionen deutlich überschritten worden.

(Beifall bei der CDU)

Sie darf auch deshalb nicht überschritten werden, weil wir nicht nur über unsere eigenen Verfahrensregeln und unseren Umgang miteinander sprechen, sondern weil zu Recht eingefordert wird, dass wir mit der Situation, die in diesem Lande ausgesprochen selten und vielleicht bisher einmalig gewesen ist, angemessen umgehen. Zu einem angemessenen Umgang gehört Respekt – Respekt vor den Menschen, die betroffen sind, also den Angehörigen, Respekt vor den Opfern, aber Respekt auch vor denjenigen, die hier handeln. Frau Schneider, ich kann nicht verstehen, dass man sich hier hinstellt, lange bevor ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss in Berlin am Ende mit seinem Ergebnis ist, lange bevor die Kollegen in drei Landtagen ihre Ergebnisse nur ansatzweise veröffentlicht haben und noch bevor ein Strafprozess in wenigen Tagen eröffnet wird und eines Tages die Ergebnisse all dessen verkünden wird, was eventuell herauskommt. Das finde ich, mit Verlaub, respektlos gegenüber unserer eigenen Kultur.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei *Dr. Kurt Duwe* und *Katja Suding, beide FDP*)

Wir haben in diesem Hause mehrfach über die Vorgänge gesprochen. Alle Fraktionen haben Folgendes deutlich gemacht: Sollte es bei einer der Ermittlungen oder einem der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, die wir zu diesem Themenbereich haben, auch nur den Hauch eines Ansatzes geben, der darauf hindeuten könnte, dass in Hamburg Verfehlungen, erst recht strukturelle Verfehlungen vorliegen, dann werden wir das mit Sicherheit in allen Fraktionen mit viel Verve und Energie aufklären. So lange wir das aber nicht einmal ansatzweise wissen, gelten auch für die Menschen, die in Hamburg tätig sind, die Unschuldsvermutungen und nichts anderes.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei *Dr. Kurt Duwe* und *Katja Suding, beide FDP*)

Wer zum wiederholten Mal eine Debatte vom Zaun bricht und in dieser Debatte ständig Vorwürfe ohne jede Art von Nachweis oder Beweis in den Raum stellt, der muss sich fragen lassen, ob er oder sie respektvoll mit den Opfern und ihren Angehörigen umgeht. Die Frage lautet doch auch, ob Menschen noch einmal Opfer werden und für eine politische Meinung instrumentalisiert werden. Das finde ich verwerflich.

(Beifall bei der CDU)

Herr Wysocki hat ein Zitat aus einer Presseerklärung gebracht, die Frau Schneider vor drei Tagen abgesetzt hat. Frau Schneider, Sie haben eben einen durchaus ähnlichen Satz gesagt, ihn aber leicht verändert und einen Konjunktiv eingeführt. Dieser Konjunktiv fehlt in Ihrer Presseerklärung. Ich will das noch einmal zitieren, denn mir fehlen fast die Worte. Sie haben von

"eingeschliffene[n] rassistische[n] Denk- und Handlungsmuster[n]"

bei der Hamburger Polizei gesprochen.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Unglaublich!)

Sie haben vom LKA gesprochen, das sind tausend Bedienstete. Sie werfen also tausend Menschen vor, dass sie strukturell rassistische Denk- und Handlungsmuster haben. Das finde ich unglaublich,

(Kai Voet van Vormizeele)

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP – *Dora Heyenn DIE LINKE:* Das hat sie nicht gesagt!)

und ich erwarte von Ihnen bei allem Engagement in der Sache – das nehme ich Ihnen durchaus ab, Frau Schneider –, dass Sie sich heute klar und deutlich äußern und diese Bemerkung zurücknehmen. Das ist nicht akzeptabel, und das kann man so nicht im Raum stehen lassen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Möller, Sie haben das Wort.

Antje Möller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrter Kollege van Vormizeele, es reicht nicht, wenn wir uns gegenseitig vergewissern, dass wir berührt sind von dem, was in dieser Republik passiert ist, und es wird auch nicht reichen, wenn wir uns gegenseitig vergewissern, dass wir nicht wollen, dass so etwas wieder passiert. Wir müssen uns darauf einlassen, dass die Sicherheitsbehörden in dieser Republik etwas mit dem, was passiert ist und vor allem, was dann in der Aufklärung passiert ist, zu tun haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn das dazu führt, dass der Innenausschussvorsitzende dieses Parlaments die Frage stellt, wer eigentlich die Pressemitteilungen von Frau Schneider kontrolliert, dann sind wir bei der Frage, wie viel uns unser freies Mandat eigentlich wert ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Und dann sind wir schnell bei der Frage, welche Fragen man eigentlich stellen darf und welche wir stellen müssen.

(*Olaf Ohlsen CDU* und *Dennis Gladiator CDU:* Das waren doch keine Fragen!)

Wenn der Kollege Wysocki sagt – das habe ich mitgeschrieben –, dass es keine Ansätze von Fehlverhalten der hamburgischen Behörden gebe, dann steht das genauso im Raum wie das, was Frau Schneider gesagt hat.

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Frau Möller, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Wysocki?

Antje Möller GRÜNE: Ja.

Zwischenbemerkung von Ekkehard Wysocki SPD:* Frau Möller, ich möchte Sie nur bitten zur Kenntnis zu nehmen, dass ich zweimal über diesen Tatbestand gesprochen habe. Einmal habe ich "zum jetzigen Zeitpunkt " gesagt, und beim zweiten Mal, als ich diesen Umstand erwähnt habe, habe ich "bislang" gesagt. Das werden Sie im Protokoll nachlesen können. Diese Einschränkungen habe ich gemacht, weil das Ergebnis für mich eben nicht feststeht.

Antje Möller GRÜNE (fortfahrend): Die Einschränkung, Herr Kollege, ist in diesem Fall viel zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Olaf Ohlsen CDU:* Ah!)

Die Kollegin Schneider hat die Dinge in ihrer Rede sehr klar und deutlich formuliert – über Stil und Aussagen von Pressemitteilungen bin ich zu jedem Streit bereit – und ausführlich dargestellt, woher sie ihre Informationen hat.

Das Hauptproblem, das wir haben und bei dem Sie die Tür leider nicht geöffnet haben, ist, dass wir die Aufgabe haben, Wege zu finden, wie wir für uns und für unsere Stadt – für die Polizei, für die wir politisch mitverantwortlich sind, und den Verfassungsschutz, für den wir ebenfalls politisch mitverantwortlich sind – die Ergebnisse der vielen Untersuchungskommissionen und der vielen Treffen der Innenministerkonferenzen zugänglich machen können, um sie diskutieren zu können. Das ist der Kern des Antrags der LINKEN, und deswegen ist der Antrag richtig.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Nein, das stimmt nicht!)

– Doch, das stimmt.

(Zuruf von *Kai Voet van Vormizeele CDU*)

Es mag ja sein, dass er Ihnen aus der falschen Richtung kommt. Aber ich kenne das auch von Ihnen, Herr Kollege, und Sie sind ebenso ein Kollege wie die Kollegin Schneider.

Wir müssen das wollen, und wir müssen in unseren Ausschüssen Auskunft darüber bekommen, was in dieser Stadt passiert ist bei den Ermittlungen zum Mord an Herrn Tasköprü und zur Bewertung des Zusammenhangs mit der NSU.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD:* Wir haben alles überwiesen bisher!)

Das ist völlig unabhängig von dem Prozess in München, wo Personen direkt angeklagt werden. Wir haben die Aufgabe, uns damit zu beschäftigen, was unsere Sicherheitsbehörden, für die wir in dieser Stadt verantwortlich sind, eigentlich leisten können, was sie nicht leisten konnten und woran das lag. Gab es Fehler und gab es so etwas, was man vielleicht Rassismus nennen muss, oder gab es lediglich Fehlentscheidungen wie in anderen Bundesländern auch. Diese Aufklärung brauchen wir, und ich fordere diese mit der gleichen Intensität ein, wie sie der Antrag der LINKEN einfordert.

(Antje Möller)

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Wenn Sie sagen, dass wir uns schon fünfmal im Ausschuss damit beschäftigt haben, dann kann ich Ihnen nur sagen, dass die Ausschussberichte deutliche Lücken in der Auskunft aufweisen. Der Untersuchungsausschuss in Berlin tagt öffentlich, und er ist besser über das Agieren und die Arbeit der Hamburger Behörden informiert als wir. Das geht so nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der LINKEN)

Wir müssen uns die Fragen auch als Parlament stellen zu den Jahren 2001, als der Mord in Hamburg geschah, bis es 2006 endlich eine Sonderkommission gab und im November 2011 endlich klar war, was möglicherweise alles dahintersteckt. Es wird immer mehr, man schlägt jeden Tag die Zeitung auf und es gibt neue Vorwürfe und neue Verbindungen. Es gibt rechtsextreme Netze, die aus Gefängnissen heraus geknüpft werden, und es gibt rassistische Vorwürfe im Bundesamt für Verfassungsschutz**.** Wir müssen uns dem Thema Rechtsextremismus in dieser Republik endlich offensiver, deutlicher und ernsthafter stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn es um einen Mord geht, bei dem man erst einmal nicht weiß, wer der Täter ist oder wer die Täter sind, dann müssen wir erwarten, dass die Aufklärung eines jeden Mordes nach einem nachvollziehbaren, uns überzeugenden und unvoreingenommenen Schema passiert.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das ist doch nicht Ihr Job, Frau Möller!)

– Doch. Das ist operatives Geschäft, das weiß ich auch, Herr Ohlsen, aber ich will sichergehen, dass es richtig passiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Deswegen glaube ich, dass es so ist, wie es durch den Antrag der LINKEN eingefordert wird: Wir brauchen dringend all das, was es an Informationen zum Handeln der hamburgischen Behörden bezüglich der Aufklärung des Mordes an Herrn Tasköprü gibt. Aber wir brauchen darüber hinaus eine andere Debattenkultur zum Thema Rechtsextremismus und NSU, und man darf Dinge rassistisch nennen, auch wenn einem das Wort in der Seele wehtut.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Jarchow, Sie haben das Wort.

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zuerst, mich auch im Namen meiner Fraktion, der FDP, meinen Vorrednern anzuschließen, was die Gräueltaten der NSU und den Rechtsextremismus allgemein in diesem Land betrifft. Da sind wir völlig einer Meinung, und das sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

Frau Schneider, was mich allerdings als Mitglied des Innenausschusses erstaunt …

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Er ist ja nie da! – Gegenruf von *Dr. Andreas Dressel SPD:* Was soll denn das jetzt?)

– Frau Schneider behauptet, ich sei nie da. Diese Behauptung lässt sich relativ leicht widerlegen. Ab und zu war ich schon mal da, und es wäre nett, wenn Sie mir das konzedieren würden, denn sonst hätte ich Ihre immer wieder interessanten Einlassungen nicht genießen können.

(Zuruf aus dem Plenum: Sehr gut!)

Der Verlauf der Innenausschusssitzungen – Herr Wysocki als Vorsitzender hat es aus meiner Sicht völlig zu Recht erwähnt – gibt überhaupt nicht das wieder, was wir gerade von Ihnen als Parlament geboten bekommen haben, und auch nicht das, was Frau Möller eben gesagt hat. Immer, wenn dieses Thema, sowohl der Hamburger Mordfall als auch die NSU, bei all diesen Sitzungen im Innenausschuss behandelt wurde, sind aus meiner Sicht zu dem Zeitpunkt alle Fragen weitestgehend und soweit es möglich war beantwortet worden. Insbesondere haben wir uns natürlich mit der Frage beschäftigt, ob es irgendwelche Verbindungen zwischen Hamburg und dem, was durch die NSU an fürchterlichen Dingen geschehen ist, gibt, und wir haben ausführlich sowohl mit dem Verfassungsschutz als auch mit dem Senat darüber gesprochen. Es war mir aus dem Verlauf dieser Sitzung nicht deutlich, dass bei Ihnen große Fragen offengeblieben sind. Insofern wundert es mich ein bisschen, dass das jetzt in dieser Art und Weise von Ihnen vor der Bürgerschaft thematisiert wird.

(Beifall bei der FDP, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Dabei, dass uns das Thema weiter beschäftigen wird, dass wir immer wieder neue Fragen haben werden und den Verlauf der Prozesse, die jetzt anstehen – das ist wirklich Sache der Gerichte, was jetzt an Aufklärung zu leisten ist –, begleiten werden und dass uns das auch weiterhin im Innenausschuss beschäftigen wird, haben Sie meine volle Unterstützung. Wenn es Neuigkeiten gibt, werden wir uns alle, auch ich als Vertreter der FDP, dafür einsetzen, dass diese Punkte auf die Tagesordnung kommen. Das sage ich Ihnen gern zu.

(Carl-Edgar Jarchow)

(Zuruf aus dem Plenum: Sollten Sie da sein!)

– Ich werde auch da sein.

Ihr Antrag bezieht sich stark auf den Mord des Herrn Tasköprü in Hamburg. Auch dazu hat uns der Senat im Laufe der Befassung im Innenausschuss bereits vor einem Jahr den derzeitigen Stand der Ermittlungen aus unserer Sicht schlüssig dargestellt. Dass es sich kriminalistisch sehr viel leichter und effektiver ermitteln lässt, wenn man aus der Retrospektive handelt und das Ergebnis im Grundsatz bereits kennt, versteht sich. Die Angelegenheit NSU wurde im Innenausschuss, wir haben es schon gesagt, des Öfteren behandelt. Der Senat und auch der Verfassungsschutz berichteten. Des Weiteren wurden auch im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Bundestags diese Vorgänge um den NSU beleuchtet. Die öffentliche Berichterstattung war deutlich und ausführlich. Nennenswerte neue Hinweise auf eine Verquickung mit Hamburg haben sich bisher, ich betone bisher, nicht ergeben.

Aus diesem Grunde erscheint uns Ihr Antrag zu diesem Zeitpunkt unbegründet, weil wir glauben, dass wir im Moment wenig neue Erkenntnisse haben. Für den Fall, dass sich aus der Anklageschrift im bevorstehenden Prozess vor dem OLG München neue Erkenntnisse für Hamburg ergeben oder es Verbindungen zwischen dem NSU und rechtsradikalen Gefängnisgruppierungen gibt, was als Nachricht in den vergangenen Tagen über die Sender lief, sollte das im Innenausschuss erörtert werden.

(*Farid Müller GRÜNE:* Hamburg steht da nicht vor Gericht!)

– Hamburg steht nicht vor Gericht, da haben Sie recht.

Von daher erscheint uns der Antrag der SPD auf Überweisung an den Innenausschuss trotz allem im Moment zielführend. Wir werden das unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält nun Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben den Sitzungstag mit einem Gedenken an die endgültige Machtübernahme des Nationalsozialismus vor 80 Jahren durch das Ermächtigungsgesetz begonnen; wir waren alle sehr beeindruckt. Wir haben sehr bewusst diese Debatte heute angemeldet, weil wir natürlich nicht nur in die Vergangenheit schauen wollen, sondern auch in die Gegenwart und die Zukunft.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Nun müssen wir sachlich bleiben!)

Wenn es nun heißt, es könne nicht sein, dass DIE LINKE zum wiederholten Mal eine Debatte über den NSU oder die Neonazis anzettelt, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wir können es gar nicht oft genug machen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Der Rede von Frau Schneider habe ich sehr genau zugehört. Es war eine ausgesprochen sachliche Rede.

(Zurufe von der CDU)

Es gab darin überhaupt keine Schuldzuweisungen. Alles, was hier als Schuldzuweisungen interpretiert wurde, hat sie nicht gesagt. Sie hat niemanden beschuldigt.

(*Klaus-Peter Hesse CDU:* Sie hat einen Ordnungsruf bekommen!)

Sie hat Fragen gestellt, aber alle Redner, die nach ihr gekommen sind, und insbesondere Herr Wysocki, haben nicht eine einzige dieser Fragen aufgegriffen. Es waren Fragen im Zusammenhang mit Ermittlungen, und sie hat Zitate herangezogen. Alles, was Sie ihr vorwerfen, hat sie überhaupt nicht gemacht. Es war weit sachlicher als all das, was ich in den Zeitungen finde. Wenn Sie in die Zeitungen schauen, dann lesen Sie fast täglich neue Enthüllungen über Pannen bei der Ermittlung zum NSU. Nun können Sie doch nicht sagen, es gäbe keine Fragen. Es stellen sich jeden Tag neue Fragen, und deswegen ist es wichtig, dass dieses Thema aufgegriffen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir werden die Rede von Frau Schneider ins Netz stellen, und dann können sich die Hamburgerinnen und Hamburger selbst ein Bild von der Art dieser Rede machen.

(*Wolfgang Rose SPD:* Es geht gar nicht um die Rede!)

– Wenn es nicht um die Rede geht, dann hätte ich gern gewusst, warum Herr Wysocki sich hier hinstellt und mit derartigen persönlichen Angriffen auf Frau Schneider losgeht. Das ist für uns völlig inakzeptabel gewesen. Wenn sich einer entschuldigen muss, dann ist es Herr Wysocki.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Zur Kontrolle der Pressemitteilung hat Frau Möller schon etwas gesagt.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Die darf gar nicht so rausgehen!)

Ich sage nur eines: Wir respektieren die Eigenverantwortlichkeit aller Abgeordneten. Darüber hinaus

(Dora Heyenn)

sage ich noch einmal sehr deutlich: Frau Schneider hat in jedem Fall, auch in diesem Fall und auch in Bezug auf diese Presseerklärung, unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei der LINKEN)

Getoppt hat Herr Wysocki seine Aussagen noch mit dem Zusatz "Wir werden solche Anträge in Zukunft nicht zulassen." Ich weiß nicht, wer wir ist, aber erstens steht ihm das gar nicht zu und zweitens werden Sie das wohl müssen. Und drittens werden wir uns in unserer freien Meinungsäußerung nicht beschneiden lassen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält erneut Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will einiges nicht so stehenlassen. Frau Heyenn, Sie wissen, ich schätze Sie persönlich sehr. Ich kann auch verstehen, dass eine Fraktionsvorsitzende sich vor eine Kollegin aus der eigenen Fraktion stellen muss,

(Zuruf von *Heike Sudmann DIE LINKE*)

aber es gibt Grenzen, und die Grenzen haben Sie heute deutlich überschritten. Ihre eigene Fraktion hätte deutlich machen müssen, dass eben nicht Fragen gestellt wurden, wie Sie es dargestellt haben. Hier sind keine Fragen gestellt worden,

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Es ist eine Frage gestellt worden!)

sondern Behauptungen in den Raum gestellt worden. Das ist auch genau das, was Frau Möller falsch dargestellt hat. Dieser Antrag, den wir heute zur Vorlage haben, ist kein Antrag, der sich auf neue Erkenntnisse stützt, sondern darauf, dass Sie etwas gehört haben und weiterforschen wollen. Dieser Antrag formuliert schlichtweg und durchgängig Behauptungen. Der Beitrag von Frau Schneider tat genau dasselbe. Was uns als Demokraten momentan eigentlich einigen sollte, ist, es nicht zuzulassen, dass der NSU uns in diesem Hause so weit bringt, dass wir unsere eigenen demokratischen Traditionen infrage stellen. Dazu gehört auch, dass wir nicht vorverurteilen. Frau Möller, bei allem Respekt, natürlich darf man das Wort Rassismus gebrauchen, aber ich finde es unglaublich, Menschen persönlich mit diesem Vorwurf ohne einen Hauch von Beweis zu konfrontieren. Das, Frau Möller, dürfen auch wir nicht, und das sollten wir auch nicht machen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der FDP – Zuruf von *Cansu Özdemir DIE LINKE*)

Präsidentin Carola Veit: Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE: Ich glaube, Sie waren es in Ihrem ersten Beitrag, Herr Voet van Vormizeele, der gesagt hat, das Ergebnis stünde noch nicht fest. Das ist wahr, das Ergebnis steht noch lange nicht fest, weil die Aufklärungsarbeit tatsächlich noch ziemlich in den Anfängen steckt. Wir haben das im Innenausschuss mehrfach diskutiert, das letzte Mal vor ungefähr einem Jahr. Damals gab es den Aufklärungsstand, den es heute gibt, noch nicht. Ich entschuldige mich für das Wort gelogen, aber ich kann sagen, dass Vertreter des LKA damals nicht gesagt haben, was sie wussten. Auf dieser Basis haben wir vielleicht 5 Prozent von dem erfahren, was das LKA wusste. Wir haben sehr allgemeine Floskeln gehört, wir haben alles Mögliche erfahren, wie vielen Spuren nachgegangen wurde und so weiter. Vieles haben wir aber nicht erfahren. Die Aufklärung ist nicht abgeschlossen, aber sie ist heute weiter, weil nämlich der Vertreter des LKA Hamburg vor dem Untersuchungsausschuss ausgesagt hat. Ihre Kollegen im Untersuchungsausschuss, das habe ich mir von meinen Kollegen bestätigen lassen, arbeiten ausgezeichnet. Daher möchte ich Sie bitten, sich bei Ihren Kollegen zu erkundigen,

(*Kai Voet van Vormizeele CDU:* Ich warte auf einen Abschlussbericht!)

wie ich mich bei meinen Kollegen erkundigt habe. Von den Tatsachenbehauptungen, die ich aufgestellt habe – ich habe Fragen gestellt, aber auch Tatsachen behauptet, das will ich schon sagen –, habe ich mir keine einzige ausgedacht. Ich habe mir nicht ausgedacht, dass Herr Schwarz, der Leiter dieser Ermittlungsgruppe, gesagt hat, dass man Herrn Tasköprü im LKA einen ganz normalen türkischen Mann genannt hat, und ich habe mir nicht ausgedacht, wie er diesen ganz normalen türkischen Mann charakterisiert hat.

Ich möchte etwas zur Frage des Rassismus sagen. Es liegt mir sehr fern, irgendjemanden des Rassismus zu beschuldigen, weil das ein sehr harter Vorwurf ist. Wenn man zu jemandem sagt, er sei ein Rassist, dann stempelt das diesen Menschen ab. Jetzt kommt das Aber. Ich möchte nach Großbritannien ausweichen. In Großbritannien gab es einen Mord an einem farbigen jungen Mann. Es lag eigentlich alles offen auf der Hand, und trotzdem führte der Prozess nicht zu einer Verurteilung, und zwar, weil die Polizei wahnsinnig geschlampt hatte. Daraufhin war der britische Innenminister so klug, eine Kommission mit einem Lord als Vorsitzenden einzusetzen. Der hat einen Bericht verfasst. Dort ist der Begriff des institutionellen Rassismus geprägt worden, der genau darauf abzielt, dass es völlig unabhängig davon, ob Menschen rassistischen Mist im Kopf haben oder Ressenti-

(Christiane Schneider)

ments pflegen, Handlungsmuster, Praktiken und Verfahrensweisen gibt, die tatsächlich rassistisch sind.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Was wollen Sie uns eigentlich erzählen?)

Es gibt zum Beispiel gerade eine Debatte in der Bundesrepublik zum Racial Profiling.

(Zuruf aus dem Plenum)

– Das gibt es auch in Hamburg.

Gehen Sie einmal im Frühjahr an die Alster. Dort geht die Polizei, weil sich Jugendliche zusammenhocken, trinken und so weiter. Gehen Sie Ihnen einmal hinterher und sehen Sie sich an, wen sie überprüfen. Ich habe das einmal einen ganzen Abend lang gemacht. Es waren ausschließlich Migrantinnen und Migranten, die überprüft wurden. Ich sage nicht, dass diese Polizisten Rassisten sind, aber sie haben eine bestimmte Sichtweise, die natürlich auch durch ihre Erfahrungen geprägt ist. Davon ist nicht nur die Polizei betroffen, sondern jede Institution. Es gibt zum Beispiel einen EU-Untersuchungsbericht über Rassismus in Schulen. Dort wird die Behauptung aufgestellt, dass Lehrer sehr oft als Türöffner oder eben Nichtöffner für Migranten wirken. Diesen wird nicht Rassismus unterstellt, sondern gesagt, dass sie eine bestimmte Sicht auf den Schüler haben.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Das hatten meine Lehrer auf mich auch!)

Das Bewusstsein dafür will ich bei der Polizei auch, wie soll ich sagen, verstärken. Ich weiß aber auch, dass es bei der Polizei Kräfte gibt, die es auch so sehen, dass man die eigene Sichtweise auf Menschen, mit denen man zu tun hat – wir wissen, mit welcher Klientel es die Polizei zu tun hat, sie hat sehr häufig mit Straftätern zu tun –, immer überprüfen muss. Deshalb ist in Großbritannien als eine der Schlussfolgerungen eingeführt worden, bei schweren Straftaten, deren Opfer Migranten oder andere Ethnien sind, standardmäßig dem Motiv einer rassistischen Straftat nachzugehen. Das hat sich bewährt, und das wäre zum Beispiel eine Schlussfolgerung, für die ich in Hamburg und in der Bundesrepublik Deutschland unbedingt eintreten würde.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Dressel.

(*Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:* Das wird aber auch Zeit, dass Sie mal was sagen!)

Dr. Andreas Dressel SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es wirklich bedauerlich und im Hinblick darauf, wie wir den Tag heute begonnen haben, unangemessen, dass wir nun teilweise in einer solchen Lautstärke und Eskalation über dieses sehr, sehr traurige Kapitel in Deutschland sprechen. Das sage ich in alle Richtungen. Wir müssen uns gemeinsam anstrengen, dieses Thema Aufarbeitung NSU miteinander zu diskutieren.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Aber sachlich!)

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe im Bund und in den Ländern, sachlich diese Aufarbeitung zu betreiben und Lehren daraus zu ziehen, damit sich das nicht wiederholen kann. Dem sind wir heute Abend leider nicht ganz gerecht geworden.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN und bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Ich will den Kollegen Wysocki in Schutz nehmen. Es geht nicht um Kontrolle von Pressemitteilungen. Sie müssen aber einmal sehen, wie das gemeint gewesen ist. Schauen Sie sich die Pressemitteilung an. Ich habe eben noch einmal den Wortlaut nachgelesen. Sie haben von eingeschliffenen rassistischen Denk- und Handlungsmustern gesprochen.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Muster!)

Ist diese Formulierung eine Verharmlosung von Rassismus? Ich finde nicht. Das war ein schwerer Angriff auf unsere Sicherheitsbehörden, und den weisen wir entschieden zurück.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Damit wollen wir überhaupt nichts unter den Teppich kehren, was es an Versäumnissen gibt. Wir sind ein Hamburger Landesparlament. Es gibt die Untersuchungsausschüsse in den Ländern, wo eine stärkere Relevanz gegeben ist, wo es auch konkretere Hinweise auf das Versagen von einzelnen Behörden gegeben hat. Es gibt den Untersuchungsausschuss auf Bundesebene. Wir haben alle Anträge, die es zum Thema NSU von der Opposition gab, an den Ausschuss überwiesen, und wir haben überall dafür Sorge getragen, dass alle Fragen, die dazu gestellt worden sind, beantwortet werden. Das ist bisher auch komplett passiert, und das werden wir auch bei diesem Antrag und bei weiteren Anträgen so machen. In Hamburg soll und wird nichts unter den Teppich gekehrt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Deshalb wäre mein Wunsch, dieses gemeinsam an den Ausschuss zu überweisen und dort weiter zu besprechen. Es ist auch völlig in Ordnung, wenn es weitere Anträge dazu gibt. Ich wünsche mir, dass wir vielleicht stärker den gemeinsamen Auftrag in den Vordergrund rücken, unseren parla-

(Dr. Andreas Dressel)

mentarischen Beitrag dazu zu leisten, dass ein "Nie wieder" sich nicht nur auf das bezieht, wovon wir heute um 15 Uhr gehört haben, sondern ein "Nie wieder" sich auch auf die Blutspur bezieht, die der NSU in Deutschland hinterlassen hat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Möller, Sie haben das Wort.

(*Olaf Ohlsen CDU:* War's das?)

Antje Möller GRÜNE:* – Ja, Herr Ohlsen, vielleicht war's das.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dressel, vielen Dank für Ihre Rede.

(Beifall bei *Kazim Abaci SPD*)

Die hat noch einmal zurechtgerückt, was Frau Schneider mit ihrer richtig guten ersten Rede hier begonnen hat. Bei dieser ersten Rede haben viele Ihrer Kolleginnen und Kollegen mitgeklatscht. Wenn man versucht, das, was Sie sagen und das, was Frau Schneider in ihrer ersten Rede gesagt hat, zusammenzupacken und wir uns tatsächlich vornehmen, im Ausschuss über eingeschliffene Muster, über strukturellen und institutionellen Rassismus zu reden, dann kommen wir weiter.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Vielen Dank, meine Damen und Herren! Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer stimmt einer Überweisung an den Innenausschuss nicht zu? – Wer möchte überweisen? – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 38, Drucksache 20/7233, Antrag der CDU-Fraktion: Eintrittsermäßigung für ältere oder dauerhaft erwerbsgeminderte Hamburgerinnen und Hamburger mit geringem Einkommen bei der igs.

[Antrag der CDU-Fraktion:
Eintrittsermäßigung für ältere oder dauerhaft erwerbsgeminderte Hamburgerinnen und Hamburger mit geringem Einkommen bei der igs 2013
– Drs 20/7233 –]

Dazu liegen Ihnen als Drucksachen 20/7573 und 20/7580 in der Neufassung Anträge der Fraktionen der GRÜNEN und der LINKEN vor.

[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Eintrittsermäßigung für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien bei der igs hamburg 2013
– Drs 20/7573 –]

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Nicht ungleich behandeln, was gleich ist, Eintrittsermäßigungen bei der igs für alle Hamburgerinnen und Hamburger mit wenig Einkommen
– Drs 20/7580 (Neufassung) –]

Die CDU-Fraktion hat angeboten, dass die Debatte dazu entfällt. Wir kommen also sogleich zu den Abstimmungen. Eine weise Entscheidung, höre ich. Es wäre im Gegenzug jetzt weise, dass sich alle noch einmal konzentrieren und wir zügig durch die Abstimmungen kommen. Vielleicht sollten alle noch einmal kurz Platz nehmen.

Wir kommen zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 20/7580 in der Neufassung.

Wer schließt sich dem an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte dem Antrag der GRÜNEN Fraktion, Drucksache 20/7573, seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Schließlich zum CDU-Antrag, Drucksache 20/7233.

Wer nimmt ihn an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat auch dieser Antrag keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Punkt 3, Drucksache 20/7311, das ist der Bericht des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/7311 –]

Zunächst zu Ziffer 1.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 69/13, betreffend Änderungen der Ratenzahlungsvereinbarung, abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte sich der Empfehlung anschließen, die der Eingabenausschuss zur Eingabe 659/12 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann war auch das einstimmig.

(Präsidentin Carola Veit)

Von den Ziffern 2 und 3 haben wir Kenntnis genommen.

Die

Sammelübersicht***

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass wir zu den unter A aufgeführten Punkten Kenntnis genommen haben.

Wer stimmt den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Wir kommen zu Punkt 4, Drucksache 20/6717, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Personaleinsparungen 2012.

[Große Anfrage der CDU-Fraktion: Personaleinsparungen 2012 – Drs 20/6717 –]

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer folgt diesem Begehren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Wird das unterstützt? – Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Punkt 5, Drucksache 20/6815, Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Kapazitäten der Hamburger S- und U-Bahnen.

[Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Kapazitäten der Hamburger S- und U-Bahnen – Drs 20/6815 –]

Diese Drucksache soll an den Verkehrsausschuss überwiesen werden.

Wer folgt dem? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Wird das unterstützt? – Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Punkt 6, Drucksache 20/6934, ebenfalls eine Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg und die Ausbildungsvorbereitung AvDual.

[Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Maßnahmen zur Umsetzung der Reform der beruflichen Bildung in Hamburg und die Ausbildungsvorbereitung AvDual – Drs 20/6934 –]

Diese Drucksache soll an den Schulausschuss überwiesen werden.

Wer möchte das auch? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir haben Kenntnis genommen.

Punkt 8, Drucksache 20/6936, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Schattenhaushalte und Tresorschlüssel für alle – Wie steht es um die Buch- und Kassenführung der Stadt?

[Große Anfrage der CDU-Fraktion: Schattenhaushalte und Tresorschlüssel für alle – Wie steht es um die Buch- und Kassenführung der Stadt? – Drs 20/6936 –]

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen.

Wer folgt diesem Überweisungsbegehren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit abgelehnt.

Wir Besprechung beantragt? – Das wird unterstützt. Dann ist die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Punkt 9, Drucksache 20/6937, Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Runder Tisch Sexuelle Dienstleistungen: Gegenwärtiger Stand der Umsetzung der Ergebnisse.

[Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Runder Tisch Sexuelle Dienstleistungen: Gegenwärtiger Stand der Umsetzung der Ergebnisse – Drs 20/6937 –]

Diese Drucksache soll federführend an den Justizausschuss und mitberatend an den Innenausschuss überwiesen werden.

Wer folgt dem Überweisungsbegehren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist auch dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Ich stelle fest, wir haben Kenntnis genommen.

*** Sammelübersicht, siehe Seite 4426f.

(Präsidentin Carola Veit)

Wir kommen zu Punkt 11, Drucksache 20/7083, Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion: Sportberichterstattung im öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk.

**[Große Anfrage der GRÜNEN Fraktion:
Sportberichterstattung im öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk
– Drs 20/7083 –]**

Diese Drucksache soll an den Sportausschuss überwiesen werden.

Wer möchte das auch? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wird Besprechung beantragt? – Wird das unterstützt? – Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zu Punkt 15, Drucksache 20/4930, Senatsantrag: Haushaltsplan 2011/2012, Neustrukturierung des Hamburger Justizvollzuges: Aufhebung der Sperre gemäß § 36 LHO sowie Änderung der Haushaltsplanung 2012.

**[Senatsantrag:
Haushaltsplan 2011/2012
Neustrukturierung des Hamburger Justizvollzuges: Aufhebung der Sperre gemäß § 36 LHO sowie Änderung der Haushaltsplanung 2012
– Drs 20/4930 –]**

Der Senatsantrag aus Drucksache 20/4930 war bereits in unserer Sitzung vom 27. März in erster Lesung angenommen worden. Der Senat hatte einer sofortigen zweiten Lesung zugestimmt.

Wer will den am 27. März in erster Lesung gefassten Beschluss nun auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen worden und damit auch endgültig.

Punkt 18, Drucksache 20/7330, Senatsantrag: Abkommen über die gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung und Abkommen über die gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Herz-Kreislaufforschung.

**[Senatsantrag:
Abkommen über die gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung (DZIF) und Abkommen über die gemeinsame Förderung des Deutschen Zentrums für Herz-Kreislaufforschung (DZHK)
– Drs 20/7330 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Wissenschaftsausschuss überweisen.

Wer folgt diesem Überweisungsbegehren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wer möchte den Senatsantrag aus Drucksache 20/7330 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen worden.

Wir kommen zu Punkt 26, Drucksache 20/7344, Bericht des Haushaltsausschusses: Ankaufsrecht an einem Teil des Grundstücks Alter Wandrahm 17/18.

**[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/6437:
Ankaufsrecht an einem Teil des Grundstücks Alter Wandrahm 17/18 (Senatsantrag)
– Drs 20/7344 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und den Senatsantrag aus Drucksache 20/6437 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Punkt 33, Drucksache 20/7386, Bericht des Schulausschusses: Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014, Einzelplan 3.1, Kapitel 3150 – Keine leeren Versprechen: Ausbildungsgarantie jetzt!

**[Bericht des Schulausschusses über die Drucksache 20/6032:
Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014, Einzelplan 3.1, Kapitel 3150 – Keine leeren Versprechen: Ausbildungsgarantie jetzt! (Antrag DIE LINKE)
– Drs 20/7386 –]**

Wer folgt der Ausschussempfehlung? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mit großer Mehrheit so beschlossen worden.

(Präsidentin Carola Veit)

Top 37, Drucksache 20/7221, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Ganztägige Bildung und Betreuung – Betroffene mitnehmen und endlich Planungssicherheit schaffen!

[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Ganztägige Bildung und Betreuung – Betroffene mitnehmen und endlich Planungssicherheit schaffen!
– Drs 20/7221 –]

Dieser Antrag ist zurückgenommen worden.

Wir kommen zu Punkt 42, Drucksache 20/7399 in der Neufassung, Antrag der CDU-Fraktion: Der SPD-Senat muss Verantwortung für die 149 Millionen Euro Mehrkosten durch die Tariferhöhung übernehmen – Die Bürgerschaft verlangt Transparenz und ein Handlungskonzept.

[Antrag der CDU-Fraktion:
Der SPD-Senat muss Verantwortung für die 149 Millionen Euro Mehrkosten durch die Tariferhöhung übernehmen – Die Bürgerschaft verlangt Transparenz und ein Handlungskonzept
– Drs 20/7399 (Neufassung) –]

Wer möchte diesem Antrag gern seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich abgelehnt worden.

Punkt 48, Drucksache 20/7405, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bessere Qualität in den Kitas für alle Kinder.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Bessere Qualität in den Kitas für alle Kinder
– Drs 20/7405 –]

Die Fraktion DIE LINKE möchte diese Drucksache an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen.

Wer folgt dem Überweisungsbegehren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Die Fraktionen der GRÜNEN und der FDP möchten den Antrag der LINKEN aus Drucksache 20/7405 ziffernweise abstimmen lassen.

Zunächst die Ziffern 1, 2 und 6.

Wer stimmt diesen zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann sind die Ziffern 1, 2 und 6 abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat auch Ziffer 3 keine Mehrheit gefunden.

Wer möchte Ziffer 4 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 4 abgelehnt.

Wer schließt sich Ziffer 5 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann hat auch Ziffer 5 keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Punkt 49, Drucksache 20/7406, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Rundfunkbeitrag sozial gestalten.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Rundfunkbeitrag sozial gestalten
– Drs 20/7406 –]

Zu dieser Drucksache liegt seitens der Fraktion DIE LINKE ein Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien vor.

Wer möchte diesem Überweisungsbegehren folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieses Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache.

Wer möchte sich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Punkt 57, Drucksache 20/7422, Antrag der SPD-Fraktion: Sanierungsfonds Hamburg 2020: Sanierungsoffensive für unsere Freiwilligen Feuerwehren.

[Antrag der SPD-Fraktion:
Sanierungsfonds Hamburg 2020: Sanierungsoffensive für unsere Freiwilligen Feuerwehren
– Drs 20/7422 –]

Die GRÜNE Fraktion möchte die Drucksache an den Innenausschuss überweisen.

Wer folgt diesem Begehren? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Wer schließt sich dem Antrag der SPD-Fraktion an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

(Präsidentin Carola Veit)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Erholen Sie sich gut. Wir sehen uns in zwei Wochen.

Ende: 21.58 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Robert Heinemann, Jens Kerstan, Dorothee Martin, Silke Vogt-Deppe und Mehmet Yildiz

Anlage 1

(siehe Seite **4395**)

Namentliche Abstimmung
über den Antrag der CDU-Fraktion
Keine Abstriche beim Schutz des Kindeswohls hinnehmen — unverzügliche Nachbesetzung freier Stellen in den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD) sicherstellen!
Drucksache 20/7424

Name	Abstimmungsergebnis
Kazim Abaci	Nein
Christoph Ahlhaus	Ja
Matthias Albrecht	Nein
Peri Arndt	Nein
Kersten Artus	Ja
Jan Balcke	Nein
Ksenija Bekeris	Nein
Dr. Stefanie von Berg	Ja
Robert Bläsing	Ja
Christiane Blömeke	Ja
Ole Thorben Buschhüter	Nein
Matthias Czech	Nein
Phyliss Demirel	Ja
Gabi Dobusch	Nein
Anja Domres	Nein
Dr. Andreas Dressel	Nein
Barbara Duden	Nein
Olaf Duge	Ja
Dr. Kurt Duwe	Ja
Gunnar Eisold	Nein
Katharina Fegebank	Ja
Jan-Hinrich Fock	Nein
Dr. Friederike Föcking	Ja
Dennis Gladiator	Ja
Christa Goetsch	Ja
Tim Golke	Ja
Daniel Gritz	Nein
Dr. Eva Gümbel	Ja
Birte Gutzki-Heitmann	Nein
Norbert Hackbusch	Ja
Anja Hajduk	Ja
Metin Hakverdi	Nein
Jörg Hamann	Ja
Ulrike Hanneken-Deckert	Nein
Nikolaus Haufler	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Heiko Hecht	Ja
Roland Heintze	Ja
Klaus-Peter Hesse	Ja
Dora Heyenn	Ja
Lars Holster	Nein
Regina-Elisabeth Jäck	Nein
Carl-Edgar Jarchow	Ja
Hildegard Jürgens	Nein
Annkathrin Kammeyer	Nein
Gert Kekstadt	Nein
Dirk Kienscherf	Nein
Thilo Kleibauer	Ja
Dr. Thomas-Sönke Kluth	Ja
Martina Koeppen	Nein
Uwe Koßel	Nein
Thomas Kreuzmann	Ja
Annegret Krischok	Nein
Philipp-Sebastian Kühn	Nein
Gerhard Lein	Nein
Dr. Melanie Leonhard	Nein
Prof. Dr. Loretana de Libero	Nein
Uwe Lohmann	Nein
Antje Möller	Ja
Farid Müller	Ja
Doris Müller	Nein
Arno Münster	Nein
Ralf Niedmers	Ja
Barbara Nitruch	Nein
Olaf Ohlsen	Ja
Dr. Christel Oldenburg	Nein
Cansu Özdemir	Ja
Dr. Mathias Petersen	Nein
Wolfhard Ploog	Ja
Lars Pochnicht	Nein
Jan Quast	Nein
Finn-Ole Ritter	Ja
Hans-Detlef Roock	Ja
Wolfgang Rose	Nein
Andrea Rugbarth	Nein
Dr. Monika Schaal	Nein
Dr. Martin Schäfer	Nein
Dr. Walter Scheuerl	Ja

Name	Abstimmungsergebnis
Dr. Wieland Schinnenburg	Ja
Frank Schira	Ja
Hansjörg Schmidt	Nein
Heidrun Schmitt	Ja
Frank Schmitt	Nein
Christiane Schneider	Ja
Brigitta Schulz	Nein
Sören Schumacher	Nein
Jens-Peter Schwieger	Nein
Ali Simsek	Nein
Dr. Till Steffen	Ja
Olaf Steinbiß	Nein
Hjalmar Stemmann	Ja
Sabine Steppat	Nein
Birgit Stöver	Ja
Katja Suding	Ja
Heike Sudmann	Ja
Urs Tabbert	Nein
Dennis Thering	Ja
Carola Thimm	Nein
Juliane Timmermann	Nein
Karin Timmermann	Nein
Dr. Anjes Tjarks	Ja
Dr. Sven Tode	Nein
André Trepoll	Ja
Anna-Elisabeth von Treuenfels	Ja
Carola Veit	Nein
Isabella Vértes-Schütter	Nein
Kai Voet van Vormizeele	Ja
Christoph de Vries	Ja
Andreas C. Wankum	Ja
Karl-Heinz Warnholz	Ja
Dietrich Wersich	Ja
Frank Wiesner	Nein
Katharina Wolff	Ja
Sylvia Wowretzko	Nein
Ekkehard Wysocki	Nein

Anlage 2

Neufassung

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 10. und 11. April 2013

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
24	7366	Bürgerschaftliches Ersuchen vom 29. August 2012 "Hamburg als europäische Musikmetropole stärken!" – Drs. 20/4981; hier: Ziffer 5
25	7271	Bericht des Haushaltsausschusses
27	7348	Bericht des Haushaltsausschusses
28	7327	Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration
29	7328	Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration
30	7329	Bericht des Umweltausschusses
31	7361	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses
32	7385	Bericht des Schulausschusses
34	7396	Bericht des Verkehrsausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
10	7082	Grüner Tourismus in Hamburg	GRÜNEN	Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien
17	7293	Entwurf eines Gesetzes über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2013	SPD	Haushaltsausschuss
19	7294	Vorläufiger kameraler Abschluss des Haushaltsjahres 2012	SPD	Haushaltsausschuss
21	7359	Stellungnahme zum Ersuchen der Bürgerschaft vom 11. November 2011 "Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 – Einzelplan 2 Hamburg 2020: Sicherheit durch erfolgreiche Resozialisierung" – Drucksache 20/2161 –	SPD	Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung (f.) und Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration
	7572	Erfolgreiche Resozialisierung ohne die erforderlichen Mittel?	SPD	Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung (f.) und Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration
23	7331	Tätigkeitsbericht 2012 und Empfehlungen des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik (Drs. 19/2896 und 19/4403)	SPD	Europaausschuss

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
35	7417	Unterrichtung der Bürgerschaft über die Tätigkeit im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union im Jahr 2012	SPD	Europaausschuss
36	7171	Sanierungsfonds 2020: Depot in der Kunsthalle sanieren, Kunstwerke retten!	SPD	Kulturausschuss
	7552	Sanierungsbedarf in der Hamburger Kunsthalle	SPD	Kulturausschuss
43	7400	Institutionelle Erziehungsberatung in Hamburg – Gesamtkonzept vorlegen und Zukunft sichern!	SPD	Familien-, Kinder- und Jugendausschuss
47	7404	Abzocke beenden – Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zur Diskriminierung türkischer Staatsangehöriger umsetzen!	SPD	Innenausschuss
51	7413	Wochenmarktgebühren auf den Prüfstand stellen	SPD und FDP	Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien
53	7418	BID und HID – klare Strukturen und transparente Planungen	SPD	Stadtentwicklungsausschuss
54	7419	Der Hamburger Hafen braucht den Nord-Ostsee-Kanal	GRÜNEN	Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien
56	7421	Windmesse: Kooperation statt Konfrontation	SPD und GRÜNEN	Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien
	7553	Windmesse: Kooperation statt Konfrontation	SPD und GRÜNEN	Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien
	7579	Windmesse – Kooperation statt Konfrontation	SPD und GRÜNEN	Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien